

Das Parlament

Berlin, 28. Juni 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 26-27 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Nochmals im Kreuzverhör

Angela Merkel Für die Bundeskanzlerin war es eine Woche der voraussichtlich letzten großen Auftritte im Bundestag: Am Mittwoch stand sie in der Regierungsbefragung Rede und Antwort – teils launig, teils amüsiert. So listete die CDU-Politikerin auf die Frage des SPD-Abgeordneten Carsten Schneider nach der Nettokreditaufnahme im Detail die Zahlen bis 2025 auf und fragte: „Stimmt das mit Ihrem Wissen überein?“ Auch die Regierungserklärung am Donnerstag dürfte Merks letzte gewesen sein, wofür sie sich nicht aber der EU-Gipfel, auf den diese sich bezog: Der nächste Europäische Rat ist für den 21./22. Oktober terminiert, einen knappen Monat nach der Bundestagswahl. Merkel könnte als geschäftsführende Regierungschefin teilnehmen, sollte der Bundestag bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Nachfolgerin oder keinen Nachfolger gewählt haben (siehe Seiten 9 und 10). *aha*

ZAHLE DER WOCHE

83

Regierungserklärungen hat Angela Merkel im Bundestag abgegeben, davon fünf noch als Umweltministerin in den 1990er Jahren. Helmut Kohl kam in den 16 Jahren seiner Kanzlerschaft auf 85 Regierungserklärungen.

ZITAT DER WOCHE

»Europa taumelt wie ein Boxer.«

Dietmar Bartsch, Linken-Fraktionschef, wirft Merkel mit Blick auf ihre Kanzlerschaft fehlende Ambitionen für die Europäische Union vor, räumt aber auch ein: „Sie haben vielfach Schlimmeres verhindert.“

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Arbeit und Soziales Debatte zum Armuts- und Reichtumsbericht Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Umwelt Bundestag stimmt für Verschärfung der Klimaziele Seite 8

KULTUR UND BILDUNG
Berufsbildung Enquete-Kommission legt ihren Abschlussbericht vor Seite 11

KEHRSEITE
Bundestag Jugendbegegnung im Zeichen der Erinnerungskultur Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG



Lehren aus Afghanistan

ABZUG Abgeordnete fordern ehrliche Bilanz des Einsatzes und weiterhin ziviles Engagement

Wichtige Kampfmittel sind verpackt oder verschickt, die ersten Kameraden wieder zu Hause in Deutschland, doch knapp tausend Bundeswehrosoldaten sind noch immer im deutschen Lager in Masar-i-Scharif im Norden Afghanistans stationiert. Bis zum 30. Juni soll die letzte Basis der Bundeswehr geräumt sein, auch andere Verbündete, allen voran die USA, räumen ihre Camps. Das Ende der Nato-Mission „Resolute Support“, an der zuletzt 36 Nato-Staaten und Partnerländer beteiligt waren, ist eingeläutet – und damit das Ende der 20 Jahre andauernden internationalen Militärmission am Hindukusch. Die nahm nach den Anschlägen in den USA vom 11. September 2001 ihren Anfang: mit dem Ziel, die Terroristen der Organisation Al-Qaida zu verfolgen und die im Land herrschenden radikalislamischen Taliban zu stürzen, steuerte die Bundeswehr damals in den verlustreichsten und teuersten Einsatz ihrer bisherigen Geschichte. Zwischenzeitlich waren mehr als 5.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan stationiert, 59 verloren ihr Leben. Mehr als zwölf Milliarden Euro kostete die Mission von 2001 bis Ende 2020, wie aus der Antwort (19/28361) der Bundesregierung vom April 2021 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (19/26752) hervorgeht. Der Bundestag nutzte die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause, um den Soldatinnen und Soldaten, die am Einsatz in Afghanistan beteiligt waren, für ihre Einsatzbereitschaft zu danken, aber auch um Bilanz zu ziehen. Diese fiel in einer eigens anberaumten Aktuelle Stunde in Anwesenheit von Rückkehrern der Mission Resolute Support überwiegend kritisch aus.

Zunehmende Gewalt Das Erreichte sei „nicht nachhaltig“, urteilte etwa Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) mit Verweis auf die jüngsten Eroberungszüge der Taliban und die Vielzahl an Gefechten und Anschlägen auf Zivilisten. Dies zeige, „wie viel mehr hätte erreicht werden können und müssen“. Eine Bilanzierung sei „überfällig“, sagte Nouripour. Notwendig sei in Zukunft eine „auf die Menschen zentrierte Afghanistan-Strategie“ und mehr Unterstützung für die Zivilgesellschaft. Deutschland sei den Opfern eine „differenzierte Betrachtung“ des Einsatzes schuldig, befand auch Bijan Djir-Sarai (FDP). Zwar habe Afghanistan sich stark verändert. „Eine neue Generation junger Frauen und



Ein Transporthubschrauber der Bundeswehr wird am 18. Mai auf dem Flughafen Leipzig/Halle entladen. Die Landung des ersten Flugzeugs mit Bundeswehr-Material markierte den Beginn der Rückverlegung des deutschen Materials aus dem Auslandseinsatz Resolute Support.

Männer hat nicht zuletzt durch deutsche Hilfe studiert oder eine Ausbildung begonnen und damit Zukunftsperspektiven erhalten.“ Doch die innerafghanischen Friedensbemühungen kämen nicht voran, die Gewalt nehme seit 2020 stark zu. Deutschland müsse mit zivilen Mitteln engagiert bleiben. Auch für Aydan Özgöz (SPD) ist klar: „Das Land wird weiterhin von internationaler Hilfe abhängig sein.“

Armin-Paulus Hampel (AfD) warf den Nato-Partnern vor, sich in Afghanistan „mit den übelsten Figuren des Landes, mit Warlords, Drogenhändlern, Waffenschleppern und Vergewaltigern“ verbündet zu haben, anstatt mit den alten Stammeskulturen zu kooperieren. Den Drogenhandel, „die Geldquelle der Taliban“, hätten die Nato-Staaten „ignoriert und munter blühen lassen“. So gewinne man keinen Krieg. Priorität habe jetzt, den Bundeswehrosoldaten einen „ehrenvollen Abmarsch in Sicherheit und Frieden zu gewährleisten“, forderte er.

Auch Dietmar Bartsch (Die Linke) sah den von der Nato erklärten „Krieg gegen den Terror“ als gescheitert an. Die Taliban säßen vielfach wieder an den Schalthebeln der Macht, viele Mädchenschulen seien bereits wieder geschlossen. „Die Nato hat dem Land keine Sicherheit gebracht.“ Profitiert hätten nur die Taliban und die Rüstungsindustrie. Bartsch forderte eine Exit-Strategie, eine „tiefgreifende Evaluierung“ des Einsatzes und einen Ausbau des zivilen Engagements. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) kündigte in der Debatte an, nach der „stillen Anknüpfung“ der letzten Soldatinnen und Soldaten und vor dem großen Abschlussappell mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im September bei einer Veranstaltung Bilanz ziehen zu wollen. Es gelte, aus den „harten“ Lektionen des Afghanistan-Einsatzes Lehren für künftige Einsätze der Bundeswehr, etwa in der Sahel-Zone, zu ziehen, damit

dem großen Abschlussappell mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im September bei einer Veranstaltung Bilanz ziehen zu wollen. Es gelte, aus den „harten“ Lektionen des Afghanistan-Einsatzes Lehren für künftige Einsätze der Bundeswehr, etwa in der Sahel-Zone, zu ziehen, damit

sich „überzogene politische Ambitionen und Ziele nicht wiederholen“. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) sicherte zu, dass Deutschland in enger Partnerschaft mit der afghanischen Regierung und mit zivilen Mitteln fortführen werde, wofür die deutschen Soldatinnen und Soldaten „so viele Opfer“ gebracht hätten.

»Mehr Zurückhaltung« Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte bereits Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) eine „ehrliche Bilanz“ des Einsatzes gefordert. Die Erfahrungen lehrten, „zurückhaltender in unseren Erwartungen und in der Einschätzung unserer Möglichkeiten zu sein“, und mahnten zudem, „unsere Schutzverpflichtung gegenüber der Bundeswehr ernst zu nehmen“. Dies gelte auch gegenüber den afghanischen Ortskräften, die für die Bundeswehr, die Bundespolizei und andere deutsche Organisationen tätig gewesen seien. Weil diese von Taliban vielfach mit dem Tode bedroht werden, will die Bundesregierung jetzt mehr afghanische Helfer in Deutschland aufnehmen als ursprünglich geplant (siehe Text unten und Interview auf Seite 2). *Johanna Metz*

EDITORIAL

Harte Lektionen

VON ALEXANDER WEINLEIN

Noch ganze drei Jahre konnte sich das Regime von Präsident Mohammed Nadschibullah nach dem Abzug der sowjetischen Truppen im Februar 1989 halten. Dann wurde Kabul an die vom Westen unterstützten Mudschahedin übergeben. Derzeit vermag niemand vorauszusagen, wie lange sich die afghanische Regierung von Präsident Aschraf Ghani gegen die Taliban wird behaupten können, wenn die letzten Soldaten der Nato bis zum symbolträchtigen 11. September abgezogen sein werden. Folgt man jedoch den aktuellen Meldungen vom Hindukusch, dann könnte es sich eher um Monate als Jahre handeln. Die Taliban scheinen Region für Region einzunehmen. Die mühsam aufgebaute afghanische Armee ist offenbar nicht fähig, ihnen erfolgreich entgegenzutreten.

Vom Scheitern am Hindukusch wollten in der vergangenen Woche weder Vertreter der Bundesregierung noch von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan mitgetragen haben, sprechen. Aber von Optimismus war wenig bis nichts zu verspüren. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) mahnte, die „harten Lektionen“ müssten bei den Auslandseinsätzen insgesamt bedacht werden. Ausdrücklich nannte sie den Einsatz in der Sahelzone, sprich in Mali. Kramp-Karrenbauer scheint zu ahnen, dass diese „harten Lektionen“ massive Auswirkungen auf die zukünftige deutsche Außen- und Sicherheitspolitik haben werden. Wie gefährlich der Einsatz in dem instabilen westafrikanischen Land ist, offenbarte sich zum Ende der letzten Sitzungswoche im Parlament einmal mehr. Bei einem Bomben-Attentat auf eine Blauhelm-Patrouille wurden mehrere deutsche Soldaten verletzt.

Seit 2013 engagiert sich Deutschland in Mali neben Frankreich als wichtigster und größter Truppensteller im Rahmen der Einsätze der EU und der UNO. Doch die aktuellen Entwicklungen in Mali lassen nach zwei Militäreinsätzen nichts Gutes erahnen. Frankreichs Präsident Emanuel Macron jedenfalls kündigte bereits einen Teilabzug des französischen Kontingentes an. Kein Wunder: Die Mehrheit der Franzosen lehnt die Missionen ab. Doch Merks Amtszeit endet – parallel zum Afghanistan-Einsatz. Danach sieht die Welt anders aus.

»Wir können sie jetzt nicht einfach zurücklassen«

ORTSKRÄFTE Bundestag lehnt Grünen-Antrag für Gruppenverfahren zur »großzügigen Aufnahme« in Deutschland ab

Die Grünen-Fraktion ist mit einem Vorstoß zur erleichterten Aufnahme afghanischer Helfer deutscher Institutionen wie der Bundeswehr gescheitert. Mit den Stimmen der Koalition sowie der AfD lehnte das Parlament vergangene Woche einen Grünen-Antrag (19/9274) ab, ein Gruppenverfahren zur „großzügigen Aufnahme afghanischer Ortskräfte einzuführen“, die für deutsche Behörden und Organisationen gearbeitet haben. In der Vorlage kritisierten die Grünen, dass der bisher vorausgesetzte Nachweis einer konkreten individuellen Bedrohung eine unzumutbare Hürde darstelle. Das Verfahren müsse auf der Annahme basieren, dass die Ortskräfte durch ihre Arbeit für deutsche Organisationen generell in Afghanistan gefährdet ist.

Thorsten Frei (CDU) hielt dem in der Debatte entgegen, dass man nicht allein aufgrund der Tätigkeit für Deutschland Rückschlüsse auf eine lebensgefährdende Situation ziehen könne, weil die Sicherheitslage in Afghanistan höchst unterschiedlich sei. Entscheidend sei die persönliche Gefährdungslage, die im Einzelnen geprüft werden müsse. Seit 2013 seien über das Aufnahmeverfahren für Ortskräfte und deren



Eine afghanische Ortskraft (links) unterhält sich 2014 im Camp Marmal in Masar-i-Scharif mit einem Bundeswehrosoldaten.

Familienangehörige 3.400 Menschen aus Afghanistan nach Deutschland gekommen. Inzwischen gebe es für weitere 400 Ortskräfte und etwa 1.500 Familienangehörige Aufnahmezusagen. Helge Lindh (SPD) verwies darauf, dass eine Einreise nach Deutschland rückwirkend für eine Tätigkeit bei deutschen Institutionen ab 2013 beantragt werden könne statt wie bisher nur bei Tätigkeiten in den vergangenen zwei Jah-

ren. Er warb zugleich dafür, „in einem Zusammenspiel von Bund und Ländern die Finanzierung der Reisen zu übernehmen“. Rüdiger Lucassen (AfD) bewertete die von der Bundesregierung getroffene Regelung zur Versorgung der Ortskräfte als ausreichend. Wer für Deutschland gearbeitet habe und durch die Taliban an Leib und Leben bedroht sei, könne mit seiner Familie in die Bundesrepublik kommen.

Peter Heidt (FDP) betonte, viele afghanische Helfer fürchteten zu Recht die Rache der Taliban. Deutschland könne diese Ortskräfte nicht einfach zurücklassen. Ein Gruppenverfahren würde jedoch der Gefahr des Missbrauchs Tür und Tor öffnen. Ulla Jelpke (Linke) mahnte, Afghanen, die aufgrund ihrer Tätigkeit für deutsche Institutionen gefährdet seien, müssten schnell und unbürokratisch in Deutschland aufgenommen werden. Das solle auch für jene gelten, die nicht direkt bei deutschen Ministerien, sondern bei Subunternehmen beschäftigt waren.

Luise Amsberg (Grüne) begrüßte, dass die Zweijahresgrenze für die Gefährdungsanzeigen der für die Bundeswehr tätigen Ortskräfte fallen sei. Ortskräfte, die für Subunternehmen der Bundeswehr tätig waren, hätten indes „keinen Zugriff auf dieses Verfahren“, beklagte sie. *Helmut Stoltenberg*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

WEITER ABSCHIEBEN?

Behutsam prüfen

PRO



Hagen Strauß, »Saarbrücker Zeitung«

Es ist ein heikler Abwägungsprozess, den alle Beteiligten vornehmen müssen. Zum einen gilt: Wer Schutz benötigt, dem wird Schutz in Deutschland gewährt. Das gebietet die Verfassung. Daran darf auch nicht gerüttelt werden.

Genau das treibt doch Menschen um – warum der Staat in solchen Fällen nicht durchgreift, warum Taten geschehen, obwohl derjenige längst das Land hätte verlassen müssen.

Kein sicheres Land

CONTRA



Daniela Vates, Redaktionsnetzwerk Deutschland

Die internationalen Truppen ziehen aus Afghanistan ab und die Taliban rücken vor. Stück für Stück erobern sie Gebiete. Es gibt schwere Kämpfe, es gibt Anschläge, bei denen Polizisten, Soldaten, Zivilisten sterben.

Noch laufen die Friedensgespräche. Ob die Taliban darin mehr sehen als eine Beruhigungsmethode für den Westen, lässt sich bezweifeln. Sie haben angekündigt, „ein echtes islamisches System“ errichten zu wollen.

Frau Vogt, das Kabinett hat sich darauf verständigt, dass Afghanen, die ab 2013 für staatliche deutsche Einrichtungen gearbeitet haben, in Deutschland Schutz vor den Taliban finden können.

Ja. Wir sind sehr zufrieden und froh in der SPD-Fraktion, dass es jetzt zu dieser Entscheidung gekommen ist. Wir hatten immer in kleinen Schritten Verbesserungen erreicht.

Vorher hatte etwa das Innenministerium argumentiert, dass die individuelle Gefährdung einer Ortskraft in zeitlichem Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis stehen müsse und sich die Bundesregierung bereits vor langem für eine Frist von zwei Jahren ausgesprochen hat.

Wenn man überlegt, wann sich so eine Gefahr äußert, ist bei „normalen“ Verhältnissen schon davon auszugehen, dass nach zwei Jahren klar sein müsste, ob jemand bedroht ist oder nicht.

Andere Entsendedstaaten fanden da schneller zu großzügigeren Lösungen...

Ja. Bei uns ist es häufig so, dass in der Union erstmal einige Abwehrreflexe greifen, sobald es um das Thema Zuwanderung geht. Die haben wir aber Gott sei Dank jetzt überwunden.

Der Abzug der westlichen Truppen soll bis zum 11. September abgeschlossen sein; die Ortskräfte müssen jetzt schnell in Sicherheit. Geht das rechtzeitig?

Wir haben ja ein einfaches Verfahren, mit Ansprechpartnern vor Ort. Wichtige Dinge wie die Sicherheitsüberprüfung, die das Verfahren oft verzögern können, werden nun in Deutschland vorgenommen.

Neu ist auch, dass die ehemaligen Helfer nun alle ihre ledigen Kinder mit-

»Richtiger Durchbruch«

UTE VOGT Die SPD-Innenexperte begrüßt die neue Regelung zur Aufnahme afghanischer Ortskräfte in Deutschland



© Susie Knoll

bringen dürfen, nicht nur die minderjährigen. Ein gutes Signal? Dass auch erwachsene Kinder mitkommen können, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Für »Zweitfrauen« gilt die Regelung aber nicht. Sind die weniger gefährdet?

Das ist ein Problem, weil das mit unserem Recht in Konflikt kommt. Wir haben ja erst vor wenigen Jahren festgelegt, dass sich in Deutschland auch an unsere Regelungen in Bezug der Eheschließung halten muss, wer

hier leben will. Die betroffenen Frauen müssten daher wohl selbst noch einmal ihre Gefährdung nachweisen und können sich auf dem normalen Weg um eine Einreise und ein Aufenthaltsrecht in Deutschland bemühen, aber in dem beschleunigten Verfahren wäre das schwierig.

Ortskräfte, die vor 2013 etwa für die Bundeswehr gearbeitet haben, werden in der jetzt vorgesehenen Regelung nicht erfasst. Sind da alle Gefährdeten schon in Deutschland?

Da haben zumindest viele schon die Möglichkeit genutzt. Deren Tätigkeit für uns

liegt jetzt mehr als sieben Jahre zurück – da kann man schon davon ausgehen, dass diejenigen, die deswegen Probleme bekommen haben, schon die Chance hatten, nach Deutschland zu kommen.

Noch offen ist die Finanzierung der Reise nach Deutschland. Bisher müssen die Ortskräfte den Flug selbst bezahlen – wer das nicht kann, hat Pech gehabt?

Wir würden es begrüßen, wenn diese Kosten übernommen werden – zumal es ja nicht um so wahnsinnig viele Menschen geht. Deren Flug zu finanzieren, würde uns nicht überfordern und wäre auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber der Arbeit, die da für uns geleistet worden ist.

Von welcher Größenordnung reden wir, also neben den rund 400 bereits für die Ausreise erfassten Helfern und ihren Familien? Geschätzt werden wohl etwa 350 weitere Ortskräfte, die eine Einreiseerlaubnis erhalten können; wie viele werden das dann mit Ehefrau und Kindern? 1.500 etwa, rechnen wir.

Der Bundestag hat vergangene Woche einen Grünen-Antrag abgelehnt, ein »Gruppenverfahren« für die Aufnahme afghanischer Ortskräfte einzuführen, weil der Nachweis einer konkreten individuellen Bedrohung eine unzumutbare Hürde darstelle. Ist das falsch?

Wir haben mit dem vereinfachten Verfahren schon die Möglichkeit geschaffen, dass viele kommen können. Gegen das Gruppenverfahren haben wir uns entschieden, weil wir keine massenhafte Abwanderung gut qualifizierter Leute wollen.

Seit 2013, dem Start des Ortskräfteverfahrens, sind darüber etwa 3.400 Menschen nach Deutschland gekommen. Die erhielten nur eine befristete Aufenthalts-erlaubnis. Kann das so bleiben?

Das wir derzeit Menschen aufnehmen, weil sie gefährdet sind, spricht dafür, dass wir nicht diejenigen zurückschicken, die bereits hier sind, weil sie gefährdet waren. Es ist ein normales Verfahren, zu überprüfen, ob sich die Lage im Land stabilisiert.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg

Ute Vogt (56) ist seit Oktober 2019 innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Nachdem sie dem Parlament bereits von 1994 bis 2005 angehörte, ist sie seit 2009 erneut Mitglied des Bundestages.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Rheinländerin: Marie-Agnes Strack-Zimmermann

Sie kommt rasch auf den Punkt. »Es geht um Leben und Tod«, sagt Marie-Agnes Strack-Zimmermann über die afghanischen »Ortskräfte« – jene Menschen also, die der Bundeswehr bei ihrem Einsatz am Hindukusch zugeordnet haben.

Seit 2017 sitzt die Rheinländerin im Bundestag, ist für die Fraktion der Liberalen auch Sprecherin für Kommunalpolitik. In ihr hat sie einige Erfahrung gesammelt: Mit 32 Jahren war Strack-Zimmermann in die Partei eingetreten, es war das Jahr Eins nach dem Mauerfall.



»Von den Taliban ist nichts verlangt worden, damit ist der Westen ein zahloser Tiger geworden.«

schließlich Erste Bürgermeisterin und Vize des Oberbürgermeisters. In dieser Zeit erarbeitete sich Strack-Zimmermann den Ruf einer nahbaren Macherin. »Die Politik holte mich ein. Das waren mitunter Zufälle, mir wurde nicht an der Wiege gesungen, dass ich einmal Berufspolitik machen würde.«

Stadtrat, allerdings für die CDU. »Meine Eltern versuchten liebevoll, mich für die CDU zu begeistern, aber das Welt- und Frauenbild der Union in den Siebzigern war nicht meins.« Ursprünglich wollte Strack-Zimmermann Journalistin werden.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag

Fotos Stephan Roters

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte

Redaktionsschluss 25. Juni 2021

Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Druck und Layout Frankfurt Societatis-Druckerei GmbH & Co. KG

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Chefredakteur N. N.

Leserservice/Abonnement FAZIT Communication GmbH

Für Unterzeichnungsarbeiten können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ah) V.i.S.d.P.

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition FAZIT Communication GmbH

»Das Parlament« ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Verantwortliche Redakteure Annette Beutler (ab) Lisa Brüßler (lbr)



Mitschülerinnen trauern um die 58 Opfer eines mutmaßlich von den Taliban verübten Bombenanschlags auf eine Mädchenschule in Kabul – die meisten waren Teenager (linkes Bild). Die Islamisten haben in den vergangenen Wochen zahlreiche Gebiete des Landes zurückeroberd und die afghanische Armee (rechtes Bild), die in den vergangenen zwei Jahrzehnten von Nato-Soldaten ausgestattet und ausgebildet wurde, zum Rückzug gezwungen.



Die Islamisten haben in den vergangenen Wochen zahlreiche Gebiete des Landes zurückeroberd und die afghanische Armee (rechtes Bild), die in den vergangenen zwei Jahrzehnten von Nato-Soldaten ausgestattet und ausgebildet wurde, zum Rückzug gezwungen.

Düstere Aussichten

TRUPPENABZUG Während die Soldaten packen, spitzt sich die militärische und politische Lage in Afghanistan zu

Es wird kein hastiges Rennen hin zum Ausgang geben“, war sich der US-Präsident sicher, als er am 14. April verkündete, dass sich die US-Armee nach zwei Jahrzehnten Präsenz am Hindukusch zurückziehen werde. Entgegen dem dringenden Rat seiner Militärs setzte Joe Biden den Abzug in Gang. Biden realisiert damit ausgerechnet die Abmachung, die sein Vorgänger Donald Trump mit den afghanischen Taliban ausgehandelt hatte und die er, wie er betonte, so und in dieser Form nicht akzeptiert hätte. Ursprünglich sollten die Truppen bereits zum 1. Mai „raus“ aus Afghanistan sein. Nun ist der offizielle Abzugstermin der bedeutungsschwangere 11. September. Der fällt in diesem Jahr mit dem 20. Jahrestag von „9/11“ zusammen, dem Tag des Anschlags auf das World Trade Center in New York. Tausende waren ihm zum Opfer gefallen, er hatte die militärische Intervention in Afghanistan provoziert. Heute möchte Washington so schnell es geht vom Schlachtfeld Afghanistan. Die US-Administration wie auch ihre Nato-Verbündeten sind bemüht, dem Ganzen den Anschein eines geordneten Rückzugs zu geben. Es gilt, die knapp zehntausend Nato-Soldatinnen und Soldaten, darunter 2.500 US- und rund tausend Bundeswehrosoldaten, im Eiltempo aus dem heftig umkämpften Land zu holen. Auch die Bundeswehr operiert dabei im internationalen Abzugstakt. Erst fliegen zusätzliche Soldaten ins Einsatzgebiet, um die Operation zu sichern. Dann wird das Kriegsmaterial heimgefliegen. Alles was man den Afghanen verkaufen kann, wird verschleubt, der Rest vernichtet. Schließlich fliegen auch die Truppen nach Hause. Laut Bundeswehr wird selbst der Heldenhain, der den 59 im Einsatz Gefallenen gedenkt, nach Deutschland transportiert und wieder eingerichtet.

Politische Niederlage Der Drang zum Rückzug erklärt sich weniger militärisch – es hat nie schwere Niederlagen gegeben –, sondern aus einer insgeheim wahrgenommenen politischen Niederlage. Zwar mangelt es nicht an Erfolgsmeldungen, die vor allem aus den Hauptstädten der Nato-Partner kommen. Washington betont, Al-Qaida sei verdrängt. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) verweist auf Mädchenschulen in Afghanistan. Weniger gerne spricht man je-

doch von den steigenden, unkalkulierbaren Risiken, die alle durchaus echten Errungenschaften im Handumdrehen zu nichtemachen könnten. Die Taliban seien im Stande, mit ihren heftigen Angriffen das Land wieder ganz unter ihre Kontrolle zu bringen, unken die Pessimisten. Die 300.000 Mann (und wenige Frauen) starke afghanische Armee, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten von Nato-Soldaten ausgestattet und ausgebildet wurde, sei in der Lage sich und die Republik gegen die Taliban zu verteidigen, sagen die Optimisten. Dabei ist einer der größten Risikofaktoren die afghanische Regierung selbst. Denn die ist, trotz aller Unterstützung, trotz Wohlwollen und Finanzspritzen aus dem Westen, labil. Die fragwürdigen Wahlergebnisse nach den Wahlen 2015 und 2019 haben im ethnisch fragmentierten Afghanistan Krise um Krise heraufbeschworen und zum zeitweiligen Regierungspakt geführt. Das wahrscheinlichste Szenario dürfte in den Provinzen für die Taliban, bei zeitgleichem Halten der Städte durch die afghanischen Sicherheitskräfte. Hier lebt heute die große Mehrheit der Bürger, zumindest so lange die internationale Gemeinschaft ihre logistische und finanzielle Unterstützung aufrechterhält.

Doch ist hierauf Verlass? Die logistische Unterstützung schwächelte bereits vor dem konkreten Abzug. Mit den Truppen verlassen nun auch Heerscharen sogenannter „Contractors“ das Land, zivile Experten, die im Auftrag der US-Regierung die afghanischen Techniker ausgebildet, das beschädigte Kriegsmaterial repariert und die Bodentruppen mit genauen militärischen Zielinformationen versorgten. Auch die für die Bekämpfung der Freischärler der Taliban entscheidende Luftunterstützung wird künftig eher am Boden bleiben. Bisher eilten die US-Jets von den Flughäfen Bagram und Kandahar aus den afghanischen Truppen zur Hilfe, wenn diese in Bedrängnis gerieten. Stand heute ist die afghanische Luftwaffe nicht in der Lage, diese effiziente Unterstützung zu gewährleisten. Es wird von Hubschraubern berichtet, die nach Kampfhandlungen nicht mehr repariert werden können, oder von Radaranlagen, die nicht mehr funktionsfähig sind. Flugzeuge können bereits zwei Monate nach dem Abzug der US-Truppen

vom Flughafen Kandahar dort nur noch bei Tageslicht landen. Die Hoffnung der US-Planer, Luftunterstützung aus Stützpunkten in Nachbarländern anbieten zu können, schwindet. Denn die Verhandlungen mit den Ex-Sowjetrepubliken Usbekistan und Tadschikistan verlaufen zäh. Offensichtlich rächt sich nun die politische Konfrontation mit Russland, das in diesen Ländern weiterhin sehr einflussreich ist. Nicht einmal auf einen Stützpunkt in Pakistan dürfen die USA hoffen. Denn Washingtons Beziehung zu Islamabad ist seit der Tötung Osama bin Ladens auf pakistanischem Boden höchst angespannt. Die Taliban drohten Pakistan kürzlich mit „schmerzhaften Schlägen“, sollte es den USA Unterstützung gewähren. So müssen die US-Strategen für eine Luftunterstützung Kabuls auf ihre Flugzeugträger im Arabischen Meer oder die Stützpunkte im Mittleren Osten ausweichen, was eine echte Herausforderung ist. Denn die Strecke ist so lang, dass die Jets in der Luft zwischenbrenkt werden müssen. Hilfe in Notfällen kann erst nach mehreren Stunden erfolgen. Afghanistan werde keinesfalls allein gelassen, betonen westliche Politiker immer wieder bei ihren Besuchen in Kabul. Dennoch haben sie die Hoffnung auf eine diplomatische Lösung des Konflikts nicht ganz aufgegeben. Wie das alles funktionie-

ren soll, wird aber von Woche zu Woche unklarer. Denn die sich seit dem Abzug stetig verschlechternde Sicherheitslage bringt selbstverständlich auch die diplomatischen Vertretungen in Bedrängnis. Australien hat seine Botschaft in Kabul bereits geschlossen. Die USA und Großbritannien riefen ihre Staatsbürger auf, das Land zügig zu verlassen.

Aufpasser gesucht Mindestens der Flughafen Kabul solle auch künftig so sicher sein, dass die Diplomaten ein- und ausreisen können, heißt es kleinlaut aus den Hauptstädten der westlichen Welt. Daher wollen die Nato-Strategen ihren Bündnispartner Türkei zum Aufpasser des Flughafens machen. Die Türken, die diese Aufgabe in der Vergangenheit schon mehrfach übernommen haben und daher die praktischen Herausforderungen kennen, stellen aber Bedingungen. Genaueres darüber ist noch nicht bekannt. Doch Washingtons Kontakte zu Ankara sind ebenso angespannt, wie die zu Moskau oder Islamabad. Erst kürzlich wurden die Türken von der gemeinsamen Produktion der F-35-Kampfflugs aus geschlossen, worauf Ankara wütend reagierte. Die Taliban erklärten bereits, den türkischen Schutz des Flughafens entschieden abzulehnen. Sie sähen in der türkischen Armee zwar keinen Feind, da es sich um muslimische Brüder handele. Dennoch fordern die Taliban auch ihren Rückzug gemeinsam mit den anderen „Fremdbesatzern“. Die türkische Regierung wiederum erklärt seit Jahren, sie beabsichtige nach

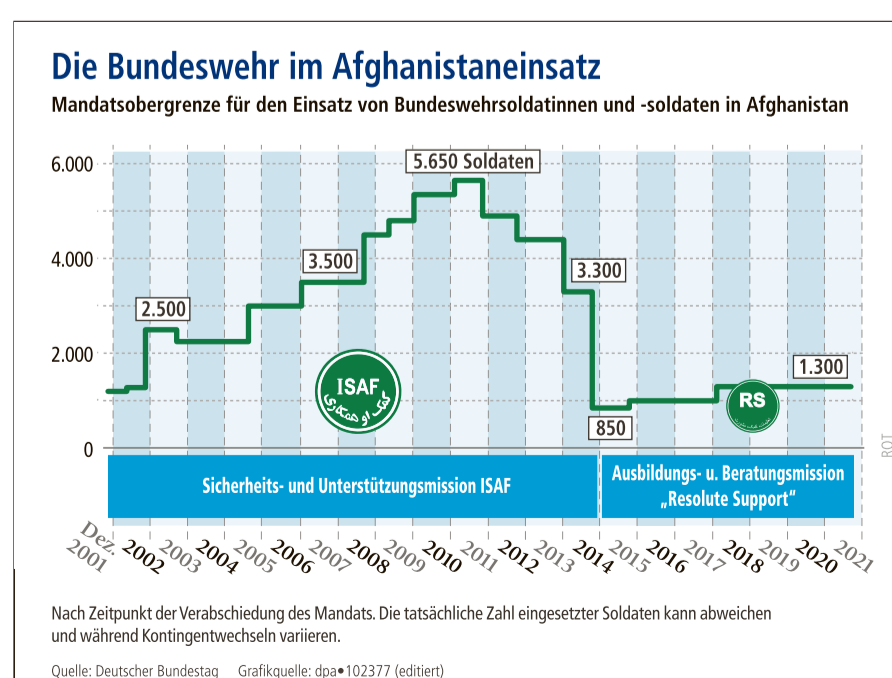
dem Ende des Nato-Einsatzes in Afghanistan zurück zu wollen – aber die Taliban sind nicht interessiert. Letztlich stehen auch die dringend benötigten Finanzhilfen für Afghanistan durch den Abzug auf wackeligen Füßen. Bei der letzten großen Geberkonferenz Ende 2020 stellten 66 Staaten und 32 internationale Organisationen Kabul insgesamt 13 Milliarden US-Dollar in Aussicht. Ob die versprochenen Beträge tatsächlich fließen werden? Und selbst wenn, kann diese Summe nicht den tatsächlichen Finanzbedarf decken. Armut, Dürre und die Corona-Pandemie machen Afghanistans Chancen auf Selbstversorgung zunichte. Um allein den mehr als 18 Millionen in Not lebenden Menschen humanitäre Hilfe zu leisten, benötigen die Vereinten Nationen und andere Hilfsorganisationen rund 1,3 Milliarden US-Dollar, schrieben sie jüngst in einer gemeinsamen Erklärung. Bisher flossen lediglich knapp 170 Millionen US-Dollar, also nur 13 Prozent des schon heute dringenden Bedarfs. Angesichts der katastrophalen Aussichten sitzen Tausende vor allem der besser ausgebildeten Afghaninnen und Afghanen auf gepackten Koffern. Immerhin wird Afghanistan und deren Familien, die den internationalen Truppen geholfen und mit ihnen zusammengearbeitet haben, Aufnahme in westliche Länder in Aussicht gestellt (siehe Seite 1 und 2). Dabei sind solche Fluchtbewegungen immer auch der im Heimatland befürchtete „brain drain“ derjenigen, die für einen Wiederaufbau dringend benötigt werden, warnte Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) kürzlich.

tischen Aufstands in der Xinjiang-Region, die an Afghanistan angrenzt, via Kabul zu minimieren. Dass dies China zu mehr Engagement am Hindukusch verleiten könnte, ist aber nur schwer vorstellbar. Die militärische und politische Schiefelage Kabuls sorgt bereits für Zerfallserscheinungen. Geister, die lange vertrieben schienen, kehren zurück: Der usbekische Abdul Raschid Dostum, der selbst ernannte Held Ismail Khan, der Hasara-Führer Hadschi Mohammad Mohaqqi und weitere Warlords haben dem Land schon früher ihre Stempel brutal aufgedrückt. Auch die ethnische Fragmentierung Afghanistans entwickelt ihr eigenes Momentum. Im Nordwesten hissen bewaffnete Demonstranten die sogenannte städturkistanische Flagge. Im Norden und Nordosten reden tadschikische Vertreter verkläuelt von föderalen Staatsstrukturen oder einer „friedlichen Nachbarschaft mit den Paschtunen“ – was im Keim der Androhung einer Unabhängigkeit gleichkommt. Jedenfalls wollen sie nicht auf Kabul warten, sondern sich bewaffnen und gegen die Taliban kämpfen, die hier einst unbeschreibliche Massaker veranstalteten.

Tiefsitzende Angst Die Zentralregierung versucht derweil, die Minderheitenführer mit einem neugegründeten Hohen Staatsrat beisammen zu halten. Doch der tiefstehenden Angst der Minderheiten, bei einem möglichen Friedensabkommen zwischen der Regierung in Kabul und den Taliban den Kürzeren zu ziehen, ist damit nicht beizukommen. Das Chaos in Afghanistan, oder vielmehr die Stimmung am Vorabend eines Bürgerkrieges, ist allorten zu spüren. Afghaninnen und Afghanen diskutieren nur noch über düstere und vollkommen düstere Aussichten. Dabei wäre die düstere der Bürgerkrieg mit einheimischen Gegnern. Die vollkommen düstere Vision wäre der Krieg, der auch die Nachbarländer miteinbezieht.

Einer der größten Risikofaktoren ist die afghanische Regierung selbst.

Seit dem Abzugsbeschluss spielen die Taliban auf Zeit und machen keine Kompromisse.



Durchhalteparolen Der überstürzte Abzug erwischt vor allem die afghanische Regierung kalt. Unvorbereitet und geschwächt wirken deren Durchhalteparolen kaum vertrauensweckend. Sie beteuert zwar, dass ihre Streitkräfte das Land ohne die internationalen Truppen besser verteidigen könnten, hat aber politisch wenig vorzuweisen. Die Friedensverhandlungen mit den Taliban, die im Abkommen mit den USA fest vereinbart waren, kommen nicht vom Fleck. Seitdem der Abzug beschlossen ist, spielen die Taliban nur noch auf Zeit und machen keine Kompromisse. Der afghanische Präsident Aschraf Ghani hofft derweil verzweifelt auf eine Kooperation mit China. Das könnte damit gelockt werden, das Sicherheitsrisiko eines islamis-

Der Autor ist freier Journalist.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





»Zwölf Gründe«

AMRI-AUSSCHUSS Bewegende Debatte über den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zum Anschlag 2016 auf dem Breitscheidplatz.

Mit einem gestohlenen Lastwagen steuerte der Attentäter 2016 auf den Weihnachtsmarkt und übererfuhr zahlreiche Besucher.

© picture-alliance/Pacific Press/Simone Kuhlmeier

Im sonst so hektischen Debatten-Endspurt zum Ende der Legislaturperiode waren dies in der vergangenen Woche 30 besondere Sekunden des Innehaltens: Der Berliner Abgeordnete Klaus-Dieter Gröhler (CDU) verlas die Namen der zwölf Todesopfer des Anschlags auf den Weihnachtsmarkt vom 19. Dezember 2016 auf dem Berliner Breitscheidplatz, während Angehörige der Opfer auf der Zuschauertribüne saßen und zuhörten. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) hatte die Tonlage vorgegeben: „Dieser Tagesordnungspunkt ist alles andere als parlamentarische Routine.“ Der Terrorakt bleibe im Gedächtnis, weil er viele Fragen aufgeworfen habe. „Und die schmerzlichste dieser Fragen lautet: Warum ist es damals nicht gelungen, den Anschlag zu verhindern, obwohl der Täter den Sicherheitsbehörden bekannt war?“

Akribische Aufarbeitung Unter Gröhlers Vorsitz ging der Untersuchungsausschuss „Breitscheidplatz“ den Fragen nach: 40 Monate lang, 462 Stunden in 132 Sitzungen mit der Vernehmung von 147 Zeugen, Tausende Akten wurden durchforstet. Der Abschlussbericht (19/30800) umfasst 1.873 Seiten. Er geriet deshalb so umfangreich, weil er neben dem mit der Mehrheit der Koalition beschlossenen Befund auch zwei Sondervoten der Oppositionsfractionen umfasst – eins von FDP, Linken und Grünen, eins von der AfD. Einig sind sie sich – wenn auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln – im „traurigen Ergebnis“, so Gröhler: „Diese mörderische Tat hätte

verhindert werden können.“ Gröhler fasste das Ergebnis aus Koalitionssicht zusammen: Es habe individuelle Fehleinschätzungen und Versäumnisse wie auch strukturelle Probleme in den zuständigen Behörden gegeben. Keine der Pannen sei jeweils besonders gravierend gewesen. Indes: „Alle zusammen waren fatal.“ Fritz Felgentreu (SPD) lenkte den Blick auf die Überlastung aller Stellen, die 2015 und 2016 mit der Welle von Geflüchteten konfrontiert waren. Der Bericht verweist auch auf eine Zersplitterung staatsanwaltschaftlicher Zuständigkeiten bezogen auf Tatverdächtige, die als Gefährder eingestuft wurden. Erwähnt werden Mängel beim Informationsaustausch und der Koordination der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum. Lehren zu ziehen: Auch dieser Aufgabe stellte sich der Untersuchungsausschuss. Mit Erfolg, wie Felgentreu befand: Viele Schwächen, die der Täter Anis Amri ausgenutzt habe, seien inzwischen behoben. Der Bericht spricht von Reformen, durch die die föderale Sicherheitsstruktur heute viel robuster aufgestellt sei, um den Herausforderungen durch die Bedrohung durch islamistische Extremisten mit ihrer großen Zahl von Gefährdern zu trotzen. **Islamistisches Netzwerk** Im Sondervotum von FDP, Linken und Grünen wird betont, die These von Amri als einem selbst radikalisierten Einzelgänger sei widerlegt. Er sei, so sagte es die Abgeordnete Irene Mihalic (Grüne), eingebunden gewesen in das dschihadistische Netz-

werk bis hin zum IS. Dass mögliche Mitwissener und Unterstützer oder gar Mittäter immer noch auf freien Fuß sein könnten, stufte sie als relevante Gefahr ein. Das Bundeskriminalamt (BKA) habe darauf hingearbeitet, die These vom Einzelgänger zu bestätigen – „ganz nach dem Motto, der Täter ist tot, der Fall ist gelöst“. Martina Renner (Die Linke) mahnte: Wer trotz europaweiter Vernetzung der Islamisten an der Fiktion von Amri als Einzelgänger festhalte, werde weitere Anschläge nicht verhindern können. Amri sei islamistisch geschult und logistisch unterstützt worden. Im Bericht der drei Fraktionen wird herausgestellt, dass Amri viele Monate lang unter den Augen verschiedener Sicherheitsbehörden agiert habe. Sie hätten ihn beobachtet, sein Um-

feld infiltriert, seine digitale Kommunikation mitverfolgt. Mindestens ein V-Mann habe regelmäßig vor Amris Gefährlichkeit gewarnt. Dies ließ Benjamin Strasser (FDP) nach einer gesetzlichen Grundlage für den Einsatz von V-Leuten rufen.

Geschwätzte Akten Zugleich gab er sich ungehalten darüber, dass die Ausschussmitglieder nicht alle Steine hätten umdrehen können. Die Bundesregierung habe maximale Transparenz versprochen. Tatsächlich sei es aber zu einer Aufklärung mit angezogener Handbremse – etwa geschwätzten Akten – gekommen. Stefan Keuter (AfD) ging mit den Vertretern aller anderen Fraktionen ins Gericht. Die hätten sich einem breiten Untersuchungsauftrag verweigert, der laut Antrag seiner Fraktion neben dem Attentat auch die Asyl- und Migrationspolitik, die Grenzöffnung 2015, den Islamismus und den islamischen Terrorismus umfasst hätte. Und die Bevölkerung? Gröhler sagte, er sei häufiger gefragt worden, warum der Anschlag in einem Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werde, obwohl dadurch das Leid der Betroffenen doch nicht zu lindern sei. Für ihn gebe es zwölf Gründe, sagte der Berliner Abgeordnete, bevor er die Namen der zwölf Todesopfer verlas. Er sei am Tag nach dem Anschlag selbst auf dem Breitscheidplatz gewesen und habe „noch heute die beklemmende Stille im Ohr“. Gröhler fügte mahnend hinzu, er hoffe, dass der Bundestag nie wieder einen solchen Untersuchungsausschuss einsetzen müsse. Franz Ludwig Averdunk

> KOMPAKT

Der Amri-Untersuchungsausschuss

- > Dauer** Die Abgeordneten verbrachten bei ihrer Untersuchung während 40 Monaten 462 Stunden in 132 Sitzungen und vernahmen 147 Zeugen.
- > Ergebnis** Fehleinschätzungen und Versäumnisse waren aus Koalitionssicht jeweils nicht gravierend, aber in der Summe fatal.
- > Opposition** Der 1.873 Seiten umfassende Abschlussbericht enthält Sondervoten von Linken, Grünen und FDP sowie von der AfD. Die These vom Einzelgänger Anis Amri wird in Zweifel gezogen.

Auch bei Bagatelldelikten

INNERES I Bundestag verschärft Einbürgerungsrecht

Bei Enthaltung der AfD-Fraktion hat der Bundestag vergangene Woche eine Verschärfung der Einbürgerungsregeln in Deutschland beschlossen. Mit der Zustimmung zu einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (19/28674) folgte das Parlament der Beschlussempfehlung des Innenausschusses (19/30939), der die Regierungsvorlage zuvor modifiziert hatte. Danach führt künftig jede Verurteilung wegen einer antisemitischen oder rassistisch motivierten Straftat zu einem Ausschluss von der Einbürgerung. Am Freitag passierte die Neuregelung auch den Bundesrat. Damit wird von einer Einbürgerung ausgeschlossen, wer „wegen einer rechtswidrigen antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen oder sonstigen menschenverachtenden Tat“ auch unterhalb der Schwelle sogenannter Bagatelldelikte verurteilt wird. Dies betrifft Verurteilungen zu Geldstrafen bis zu 90 Tagesstrafen oder zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten. Mit dem Gesetz wird zugleich ein gesetzlicher Rahmen zur Einbürgerung früherer NS-Verfolgter und deren Nachkommen geschaffen. Das Bundesinnenministerium

hatte der Vorlage zufolge 2019 Erlassregelungen in Kraft gesetzt, durch die Nachfahren NS-Verfolgter, die staatsangehörigkeitsrechtlich Nachteile erlitten haben, aber nicht unter den Anspruch aus Artikel 116 Absatz 2 des Grundgesetzes fallen, die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können. „Berücksichtigt wurden auch Kinder deutscher und früherer deutscher Staatsangehöriger, die bei Geburt vor dem 1. Januar 1975 beziehungsweise vor dem 1. Juli 1993 in geschlechterdiskriminierender Weise vom Abstammungserwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ausgeschlossen waren, sowie deren Abkömmlinge“, heißt es in der Vorlage weiter. Diese Erlassregelungen werden nun in gesetzliche Anspruchsgrundlagen übergeleitet. Dabei erfolgt die gesetzliche Verankerung laut Bundesregierung auch, „um den Wiedergutmachungsregelungen das von Betroffenen geforderte symbolische Gewicht zu geben“. Mehrere Vorlagen der Fraktionen von AfD (19/26546, 19/26547), Die Linke (19/19484) und Bündnis 90/Die Grünen (19/19552) zum Staatsangehörigkeitsrecht fanden dagegen im Parlament keine Mehrheit. **sto**

AfD-Asylvorstoß abgelehnt

INNERES II Breite Mehrheit gegen Verfahrensverschärfung

Die AfD-Fraktion ist vergangene Woche im Bundestag mit mehreren Vorlagen zur Verschärfung des Asylrechts in Deutschland gescheitert. Mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen lehnte das Parlament einen AfD-Antrag ab (19/30963), das Asylverfahren so zu novellieren, dass künftig reguläre Überprüfungen der Schutzbedürftigkeit eines Asylbewerbers oder Flüchtlings durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Abständen von drei Jahren erfolgen. Zudem sollte das Bamf der Vorlage zufolge wiederkehrend auch die Möglichkeit und Zumutbarkeit einer Ansiedlung des Antragstellers in einem an sein Herkunftsland angrenzenden Staat prüfen. Abgelehnt wurde auch ein zweiter AfD-Antrag (19/27843), wonach der Bundestag feststellen sollte, dass es ein Gebot politischer Vernunft darstelle, „dem Missbrauch des Asylrechts durch die massenhafte Stellung offensichtlich unbegründeter Asylanträge durch entsprechende rechtliche Vorkehrungen einen Riegel vorzuschieben“. Dabei sei davon auszugehen, dass ein Fluchtgrund nicht mehr vorliege, wenn der

Flüchtling einen sicheren Drittstaat erreicht hat. In der Debatte hielt Detlef Seif (CDU) der AfD vor, dass ihr egal sei, ob Menschen verfolgt sind oder nicht. Würden ihre Forderungen umgesetzt, träfe dies auch verfolgte Menschen. Lars Castellucci (SPD) sagte, es gebe kein Asylchaos, wie es die AfD-Anträge suggerierten, sondern nur „die Wunschvorstellung der AfD, dass es ein solches Asylchaos gäbe“, weil sie bei Wahlen davon profitieren wolle. Benjamin Strasser (FDP) verwies darauf, dass die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems weiter ungelöst sei. Ulla Jelpke (Linke) sagte, die AfD hetze wieder gegen Geflüchtete und glänze mit asylopolitischen Inkompetenz. Luise Amtsberg kritisierte, die AfD-Fraktion unternehme den Versuch, um Geflüchtete zu diffamieren. Gottfried Curio (AfD) bemängelte dagegen eine „mehr oder weniger bedingungslose Öffnung zur Aufnahme illegaler Migranten aus allen Kontinenten“. Die „Öffnung der Grenze war die Öffnung der Büchse der Pandora“, fügte er hinzu. **sto**

Sprachen-Disput

GESCHÄFTSORDNUNG AfD gegen Gendern in Anträgen

In namentlicher Abstimmung hat der Bundestag vergangene Woche einen Antrag der AfD-Fraktion gegen die Verwendung der „sogenannten gendergerechten Sprache durch die Bundesregierung“ (19/30964) abgelehnt. Die Vorlage wurde mit 531 Stimmen gegen 74 Stimmen bei drei Enthaltungen zurückgewiesen. Ein weiterer Antrag der Fraktion auf Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments mit dem Titel „Bessere Lesbarkeit von Drucksachen durch Verzicht auf Gendersprache“ (19/30965) wurde an den Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. In der abgelehnten Vorlage forderte die AfD-Fraktion die Bundesregierung auf, die „sogenannte ‚gendergerechte Sprache‘, insbesondere in Form von Gender-Sternen, Doppelpunkten, Binnen-Is, Schräg- oder Unterstrichen etc.“ nicht anzuwenden. Der Bundestag sollte nach dem Willen der Fraktion feststellen, dass die Verwendung gendergerechter Sprache zu einer „unnatürlichen Verunstaltung der deutschen Sprache“ führe, „durch welche ihre Ver-

ständlichkeit erheblich eingeschränkt“ werde. Ebenfalls feststellen sollte das Parlament der Vorlage zufolge, dass nach dem „allgemein üblichen Sprachgebrauch und Sprachverständnis der Bedeutungsgehalt einer grammatisch männlichen Personenbezeichnung („generisches Maskulinum“) jedes natürliche Geschlecht“ umfassen könne und die Verwendung der „gendergerechten Sprache“ nicht erforderlich sei, um alle Geschlechter anzusprechen. In dem zweiten Antrag verwies die Fraktion darauf, dass „Gendersternchen, Binnen-I und andere Formen der sogenannten gendergerechten Sprache“ in den Vorlagen des Bundestages Einzug gehalten hätten. Dagegen soll nach dem Willen der AfD in der Geschäftsordnung des Parlaments festgeschrieben werden, dass insbesondere Gesetzentwürfe und Anträge, die im Plenum oder in den Ausschüssen behandelt werden, „in klarer, verständlicher und einfach lesbarer Schreibweise abzufassen“ sind und die „Gendersprache“ nicht zur Anwendung kommt. **sto**

»Unrecht auch in den Zeiten der Bundesrepublik«

ANTIZIGANISMUS Fast alle Fraktionen dringen auf verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung des Rassismus gegenüber Sinti und Roma

Abgeordnete der Koalition wie der Opposition haben zu verstärkten Anstrengungen im Kampf gegen Antiziganismus in Deutschland aufgerufen. In einer Debatte über den Bericht der „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“ (19/30310) beklagte Axel Müller (CDU) vergangene Woche, Sinti und Roma „wurden und werden aus rassistischen Gründen ausgegrenzt, unterdrückt und ermordet“. Das sei nicht nur während des Nationalsozialismus, sondern auch schon früher der Fall gewesen. Auch der Bundestag sei es in Bezug auf das Leben von Sinti und Roma nur bedingt ge-

lungen, die Fehler der Weimarer Republik nicht zu wiederholen. Müller mahnte, den Genozid an Sinti und Roma umfassend anzuerkennen und für eine „angemessene Entschädigung“ zu sorgen. Auch sei das in der Bundesrepublik gegenüber der Minderheit begangene Unrecht aufzuarbeiten. Wie Müller stellte sich Helge Lindh (SPD) hinter die Forderung der Kommission, einen Antiziganismus-Beauftragten zu berufen. Zudem plädierte er unter anderem für einen nationalen Aktionsplan gegen Antiziganismus sowie für eine Wahrheitskommission, die sich mit dem „Unrecht in den Zeiten der Bundesrepublik“ befasst. Sandra Bubendorfer-Licht (FDP) betonte die „große historische Verantwortung, die aus den Gräueltaten der Nationalsozialisten an Sinti und Roma besteht“. Antiziganismus habe indes „nicht erst mit den Verbrechen der Nationalsozialisten begonnen

und auch nicht nach dem Ende der Nazi-herrschaft aufgehört, zu bestehen“. Ihre Fraktion wolle unter anderem eine größere Sensibilisierung für antiziganistische Straftaten herbeiführen und Meldestellen bei der Polizei ausbauen. Ulla Jelpke (Linke) verwies darauf, dass im Ausland lebende NS-Opfer bis heute von Entschädigungen ausgeschlossen worden seien. Es dürfe aber „keine NS-Opfer wie die Roma geben, die als Opfer zweiter Klasse diskriminiert werden“. Auch kritisierte die Kommission die Einstufung der Westbalkanstaaten als asylrechtlich sichere Herkunftstaaten. Dort würden Roma rassistisch diskriminiert. „Alle Roma, die heute in Europa leben, sind Überlebende des NS-Völkermordes und deren Nachkommen“, fügte Jelpke hinzu. Ihre Sicherheit zu gewährleisten, müsse deutsche Staatsräson werden.

Filiz Polat (Grüne) konstatierte, der Rassismus gegenüber Sinti und Roma ziehe sich bis heute „wie ein roter Faden durch unsere Gesellschaft und staatlichen Institutionen“. Nicht nur sei der NS-Völkermord lange Zeit nicht anerkannt, sondern auch „Praktiken der Stigmatisierung und Sondererfassung einfach fortgeführt“ worden. Sie forderte, die Benachteiligung in der Wiedergutmachungspraxis nach 1945 schnellstmöglich auszugleichen, die Einrichtung einer Kommission zur Aufarbeitung des Unrechts nach 1945 einzurichten und geflüchtete Roma als besonders schutzwürdige Gruppe anzuerkennen. Im Gegensatz zu den übrigen Rednern äußerte Markus Frohnmaier (AfD) scharfe Kritik an der Kommission. Diese kriminalisiere „den Begriff ‚Zigeuner‘, den viele Sinti noch immer mit Stolz verwenden“, sagte Frohnmaier. Auch sollten nach dem



Das „Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas“ in unmittelbarer Nähe des Reichstagsgebäudes in Berlin. © picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Willen der Kommission „sämtliche Bücher aus der Vergangenheit, in denen beispielsweise ein romantisierter Zigeunerle-

ben dargestellt wird, umgeschrieben werden“. Dies sei „ein Verbrechen an der Literatur und Kultur“. Helmut Stoltenberg

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Das Versprechen des sozialen Aufstiegs erfüllte die Bundesrepublik viele Jahrzehnte. Seit einigen Jahren zeigen die Statistiken: Kindern aus armen Familien gelingt der Aufstieg immer seltener.

© picture-alliance/Axel Heimken

Armut verfestigt sich

SOZIALES Der Armuts- und Reichtumsbericht liefert Fakten – und viel Raum für Interpretationen

Alle vier Jahre legt die Bundesregierung einen Armuts- und Reichtumsbericht vor und alle vier Jahre flammt danach die Diskussion darüber auf, wie dieser nun zu interpretieren sei. Und zu interpretieren gibt es da in der Tat viel, denn auf nicht weniger als 500 Seiten wird eine Fülle von Material zusammengetragen, um „Lebenslagen in Deutschland“ zu dokumentieren. Diese beinhalten nicht nur die Einkommensverteilung in den Haushalten, sondern auch die Wohnsituation der Bevölkerung, die soziale Mobilität, die Wirkung von Sozialleistungen, Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Und, aus aktuellem Anlass, spielen im aktuellen, sechsten Armuts- und Reichtumsbericht (19/29815) auch die Folgen der Corona-Pandemie eine Rolle. Unter anderem geht aus dem Bericht hervor, dass es nach wie vor deutliche Unterschiede in der Einkommensentwicklung bei Ost- und Westdeutschen gibt. Das niedrigere Einkommensniveau im Osten geht demnach mit einer höheren Armutsrisikoquote einher. Diese lag im Jahr

»Statt Selbstbestimmtheit zu fördern, schränkt Hartz IV die Freiheit ein.«

Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne)

2016 bei knapp 23 Prozent und im Westen bei knapp 15 Prozent. Gegenüber 2006 ist das ein Anstieg von vier Prozent in Ostdeutschland und rund zwei Prozent in Westdeutschland. Die gesamtdeutsche Armutsrisikoquote lag bei 16,6 Prozent. Unabhängig von solchen Einzelergebnissen kommt die Regierung in dem Bericht zu dem Schluss, „dass der überwiegende Teil der Menschen in stabilen sozialen Lagen lebt: Deutschland ist keine ‚Abstiegsgesellschaft‘, weiterhin bestehen gute Aufstiegschancen aus der Mitte nach Oben. Problematisch ist die Verfestigung in den unteren sozialen Lagen, aus denen es im Zeitablauf immer weniger Personen gelungen ist, aufzusteigen.“ In der Bundestagsdebatte am vergangenen Freitag kritisierte vor allem Sabine Zimmermann (Die Linke) den Bericht als solchen scharf: „Wenn man ihn liest, könnte man meinen, es sei alles halb so wild“, ärgerte sie sich. Sie warf der Bundesregierung vor, mit geschönten Zahlen zu arbeiten, damit der Bericht „ins Bild passt. Aber Ihr Bild passt nicht in die Realität“, stellte Zimmermann fest. „Hören Sie endlich auf, die Armut kleinzureden und den Reichtum zu beschönigen“, forderte

sie unter Hinweis auf die Milliardengewinne der großen Tech-Konzerne. Daniela Kolbe (SPD), die ihre letzte Rede als Bundestagsabgeordnete hielt, kam zu einer völlig anderen Interpretation: „An dem Bericht kann man ablesen, dass das, was wir hier machen, etwas bewirkt.“ Gleichwohl dürfe nicht hingeworfen werden, was der Armutsbericht auch festhalte: Die Schere zwischen Arm und Reich sei zu weit auseinander und schließe sich nicht, und dass die Aufstiegsmobilität derart gering sei, widerspreche dem Gedanken der Leistungsgerechtigkeit, so Kolbe. **Die Quote stagniert** Auch Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) kritisierte, dass sich Armut zunehmend verfestige und die Armutsrisikoquote stagniere - dies alles trotz des guten wirtschaftlichen Umfeldes der vergangenen Jahre. „Statt Selbstbestimmtheit zu fördern, schränkt Hartz IV die Freiheit ein. Wir wollen das System überwinden“, kündigte er an. Eine Garantiesicherung müsse so hoch sein, dass soziale und kulturelle Teilhabe wirklich ermöglicht werde. Dem trat Matthias Zimmer (CDU) in seiner ebenfalls letzten Rede im Bundestag entgegen, indem er das Prinzip des „Förderns und Forderns“ in der Grundsicherung verteidigte: „Menschenwürde ist nicht voraussetzungslos, sondern in die Praxis gestellt und damit mehr als ein philoso-

phisches Konzept“, erläuterte er in seiner, von philosophischen Bezügen durchzogenen Rede über die Befreiungswirkung von Gesetzen. Bundesarbeits- und -sozialminister Hubertus Heil (SPD) sprach zwar nicht von Befreiung, listete aber doch zufrieden alle jene Gesetze auf, mit denen die Bundesregierung seiner Ansicht nach dafür gesorgt habe, Armut zu bekämpfen: unter anderem das Paketbotenschutzgesetz, die Corona-Sozialschutzpakete und das Gesetz für einen sozialen Arbeitsmarkt. „Den starken Sozialstaat sollte, trotz seiner Schwächen, niemand kleinreden“, betonte er.

Martin Reichert (AfD) warf den Grünen und Linken vor, in ihren ebenfalls debattierten Anträgen zu ignorieren, dass das zu verteilende Geld erstmal erwirtschaftet werden müsse. „Die Grünen wollen eine unterschiedslose Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme und nennen das qualifizierte Zuwanderung“, sagte Reichert. Pascal Kober (FDP) wiederum bezeichnete die Legislatur als „sozialpolitisch vier verlorene Jahre“. Weder helfe die Grundrente gegen Altersarmut. Noch hätte die Regierung ernsthaft versucht, die Ärmsten der Armen in der Pandemie zu unterstützen, lautete sein Vorwurf. **Claudia Heine** ||

Kliniken mit Baustellen

KRANKENHÄUSER Die Weiterentwicklung der Krankenhausversorgung gehört zu den großen Reformprojekten im Gesundheitssektor. Experten fordern schon lange mehr Effizienz und eine stabilere Finanzierungsgrundlage für die Häuser. Kritisch hinterfragt werden vor allem die unzureichende Investitionskostenfinanzierung durch die Länder sowie die Abrechnung über Fallpauschalen (DRG). Vergangene Woche waren die Krankenhäuser erneut Thema im Bundestag, Anträge von FDP, Linken und Grünen (19/30803; 19/30119) fanden dabei keine Mehrheit. In der Aussprache räumten aber auch Redner der Koalitionsfraktionen Änderungsbedarf ein. Claudia Schmidtke (CDU) sagte: „Wir brauchen eine ehrliche und engagierte Debatte über die Zukunft unserer Krankenhäuser.“ Das Vertrauen in das System sei beeinträchtigt. Sie fügte hinzu, die Abrechnung über Fallpauschalen sei grundsätzlich gut geeignet, um eine qualitätsorientierte Krankenhausfinanzierung sicherzustellen, das Instrument müsse aber weiterentwickelt werden. Edgar Franke (SPD) betonte: „Ein flächendeckendes Netz aus Krankenhäusern ist kein Luxus, sondern absolut notwendig.“ Daher müsse eine auskömmliche Finanzierung der Kliniken sichergestellt werden. Als Hauptproblem benannte Franke, dass die Länder ihrer Investitionsverpflichtung nicht nachkommen. Es fehlten jedes Jahr drei Milliarden Euro.

Reformen verschleppt Nach Ansicht von Jörg Schneider (AfD) hat sich das DRG-System im Alltag nicht bewährt. Die individuellen Bedürfnisse der Patienten stünden nicht im Fokus der Abrechnung. Seine Fraktion lehne die Fallpauschalen daher ab. Die nötigen Reformen dürften aber nicht zu mehr Bürokratie führen. Andrew Ullmann (FDP) sagte, eine Krankenhausstrukturreform sei überfällig. „Wir müssen die Häuser qualitativ aufbessern und besser vernetzen.“ Er hielt der Koalition vor, das Finanz- und Strukturproblem der Kliniken verschleppt zu haben. Pfleger und Ärzte hätten auch wegen der überbordenden Bürokratie keine Zeit mehr für die Patienten. Harald Weinberg (Linke) forderte, eine bedarfsgerechte Personalbemessung und eine Reform der Krankenhausfinanzierung müssten sofort angegangen werden. „Die Zeit ist überreif für eine solche grundlegende Reform.“ Maria Klein-Schmeink (Grüne) rügte Fehlentwicklungen im Krankenhausbereich, die seit Jahren bekannt seien. Die Baustellen müssten endlich angegangen werden. **pk** ||

KURZ NOTIERT

Reformvorschlage der Opposition fur die Pflege

Nach der Verabschiedung eines Pflegeverformpaketes Mitte Juni ist die Pflegeversorgung vergangene Woche erneut Thema im Plenum gewesen. Die Abgeordneten berieten abschließend über zahlreiche Anträge der Opposition. Nach Ansicht von Linken und Grünen muss die Pflege finanziell nachhaltiger aufgestellt werden. Die Linke setzt sich für eine Pflegevollversicherung ein, die Grünen werben für eine Pflege-Bürgerversicherung. Auch die AfD brachte Reformvorschlage ein. Die Anträge der Opposition wurden abgelehnt. **pk** ||

> STICHWORT

Armutsgefahrung in Deutschland

> **Grundsicherung** Ende 2020 waren so viele Rentner auf Grundsicherung im Alter angewiesen wie noch nie: Mehr als 564.000 Menschen haben diese Leistungen bezogen.

> **Armutsrisikoquote** Die gesamtdeutsche Armutsrisikoquote lag 2016 laut aktuellem Armutsbericht bei 16,6 Prozent. Im Osten lag sie mit knapp 23 Prozent deutlich über jener in Westdeutschland mit knapp 15 Prozent.

> **Überschuldung** Etwa sieben Millionen Menschen in Deutschland sind überschuldet, darunter sind sehr viele alleinerziehende Mütter.



© picture-alliance/dpa

Ein Hashtag und viel Kritik an der Ministerin

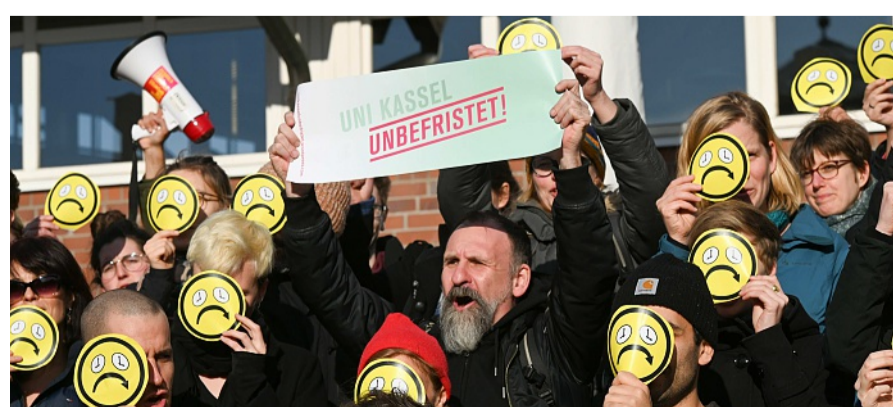
BILDUNG Opposition kritisiert Befristungen an Hochschulen und das Wissenschaftszeitvertragsgesetz

Seit Jahren schwelt die Debatte um prekäre Arbeitsbedingungen an Hochschulen. Mit dem 2016 novellierten Wissenschaftszeitvertragsgesetz wollte die Bundesregierung Nachwuchswissenschaftler vor solchen besser schützen. Doch ohne Erfolg, kritisierte die Opposition, die Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) in einer aktuellen Stunde am vergangenen Donnerstag Versagen vorwarf. Tausende Wissenschaftler arbeiteten seit Jahren zu „miserablen Bedingungen“, kritisierte Nicole Gohlke (Linke). Ihre Verträge seien dauerhaft befristet, nicht selten auf Lauf-

zeiten von unter einem Jahr. Viele Nachwuchswissenschaftler arbeiteten sogar auf Viertelstellen, von denen sich nicht einmal die Miete zahlen lasse. Kein Wunder, dass sich der Frust der Betroffenen nun in Protesten entlade, sagte Gohlke. Der Auslöser für die Empörung: Ein Video, das das Bildungsministerium 2018 bereits veröffentlicht hatte. Befristete Verträge würden dort als innovationsfördernd „schöngeredet“, schimpfte Gohlke. Für Nachwuchswissenschaftler klinge das wie „Hohn“, hielt sie Karliczek vor. Unter dem Hashtag „#IchBinHanna“ schreibe der wis-

senschaftliche Nachwuchs von Zukunftsängsten, Leistungsdruck und unmöglicher Lebensplanung. Die Ministerin hielt dagegen, dass das Wissenschaftszeitvertragsgesetz doch genau darauf abziele, Dauerbefristungen zu verhindern. Es begrenze die Zeit, in der junge Wissenschaftler sich auf befristeten Stellen qualifizieren könnten. „Wären die Stellen nicht befristet, bekämen deutlich weniger Menschen dazu die Chance.“ In der Wissenschaft sei eine gewisse Rotation gewünscht. Dass dies zu „schwierigen persönlichen Situationen“ führen könne, sei leider wahr, räumte Karliczek ein. Astrid Mannes (CDU) verwies auf die Exzellenzstrategie und den Zukunftsvertrag Studium und Lehre, den der Bund gemeinsam mit den Ländern verstetigt habe. „Zwei Milliarden Euro gibt der Bund jedes Jahr, damit die Länder und Hochschulen mehr Dauerstellen einrichten können.“ Götz Frömming (AfD) sieht zwar auch die Gefahr der „Ausbeutung“ von Doktoranden durch Professoren. Doch dem könne man durch ein Bundesgesetz keinen Riegel vorschieben. Die hohe Zahl der Befristungen gehe auf „falsche politische Weichenstellungen“ zurück, welche die Universitäten zu „Massenbetrieben“ gemacht hätten. Dank an die Linksfraktion für die beantragte Debatte äußerte Wiebke Esdar (SPD)

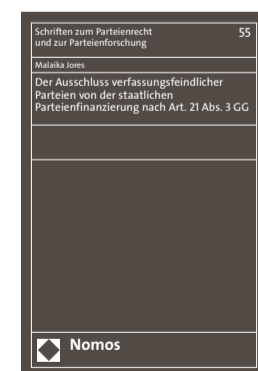
und warb für ein Positionspapier ihrer Fraktion. Demnach soll die Laufzeit von Promotionsverträgen verbindlich auf mindestens drei Jahre festgelegt werden. Wer danach weiter in der Wissenschaft arbeiten wolle, solle spätestens nach einem Jahr eine Dauerstelle bekommen oder eine klare Karriereperspektive für eine Professur, führe sie aus. Die Bedeutung guter Arbeitsbedingungen für den Erfolg hob Thomas Sattelberger (FDP) hervor: Exzellente Wissenschaft lebe von „Begabung, Können und Motivation“, aber Doktoranden arbeiteten meist in einem „außerordentlichen Abhängigkeitsverhältnis“ zu Doktorvater oder -mutter. „Wenn wir Spitzenforscher wollen, müssen wir ihnen eine planbare Lebenssituation bieten“, verlangte der Liberale. Hierfür habe die Regierung viel zu wenig getan. Diese Auffassung vertrat auch Kai Gehring (Grüne). Statt Schadensbegrenzung nach einem „Twitter-Gewitter“ zu betreiben, solle die Bildungsministerin lieber Kettenbefristungen bekämpfen. **Sandra Schmid** ||



Protestaktion wissenschaftlicher Mitarbeiter gegen befristete Verträge an der Universität Kassel im Januar 2020. © picture-alliance/dpa

Anzeige

Zulässigkeit des Parteienfinanzierungsausschlusses nach Art. 21 Abs. 3 GG



Der Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung nach Art. 21 Abs. 3 GG

Von Malaika Jores
2021, 361 S., brosch., 79,- €
ISBN 978-3-8487-8148-5
(Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung, Bd. 55)

Der 2017 ins Grundgesetz eingefügte Art. 21 Abs. 3 GG eröffnet die Möglichkeit, verfassungsfeindliche Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen. Ein solcher Ausschluss berührt das aus dem Demokratieprinzip abgeleitete Recht auf politische Chancengleichheit. Diese Arbeit untersucht die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Finanzierungsausschlusses unter Berücksichtigung des in der „Ewigkeitsgarantie“ aufgeführten Demokratieprinzips und des Konzepts der „wehrhaften Demokratie“.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



In Verfahren wegen schwerster Verbrechen Freigesprochene sollen erneut vor Gericht gestellt werden können, wenn sich aus nachträglich verfügbaren Beweismitteln die hohe Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung ergibt. Der Bundestag nahm in der vergangenen Woche einen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und SPD zur Erweiterung der Wiederaufnahmemöglichkeiten zuungunsten des Verurteilten gemäß Paragraph 362 der Strafprozessordnung (19/30399) an.

Dieses „Gesetz zur Herstellung materieller Gerechtigkeit“ war von den Fraktionen erst in der vorletzten Sitzungswoche kurzfristig eingebracht worden, zu Beginn der letzten Sitzungswoche hatte eine Anhörung gegeben, in der sich die meisten Experten für den Entwurf aussprachen. Für dessen Annahme stimmten in der Nacht zu Freitag (ohne Debatte) neben den Koalitionsfraktionen auch die AfD, die anderen Oppositionsfraktionen enthielten sich.

Wie es in der Vorlage heißt, sind nach bisheriger Rechtslage im Gegensatz zur Wiederaufnahme zu Gunsten des Verurteilten neue Tatsachen und Beweismittel als allgemeiner Wiederaufnahmegrund nicht zugelassen. Dies führe zu dem unbefriedigenden Ergebnis, dass selbst bei schwersten Straftaten wie Mord oder Völkermord sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein in einem Freispruch geendetes Verfahren selbst dann nicht wiederaufgenommen werden kann, wenn nachträglich Beweismittel einen eindeutigen Nachweis der Täterschaft erlauben. Nach geltendem Recht bleibe es somit, sofern der Freigesprochene kein Geständnis ablege, beim Freispruch.

Technischer Fortschritt Neue, belastende Informationen könne es insbesondere dann geben, so der Entwurf, wenn nach Abschluss eines Verfahrens neue Untersuchungsmethoden möglich geworden seien – wie dies beispielsweise seit den späten 1980er Jahren mit der Analyse von DNA-Material der Fall gewesen sei oder wie dies künftig auch durch die digitale Forensik zu erwarten sei.

Kurz vor dem Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens hatten FDP, Linke und Grüne heftige Kritik an dem Entwurf geäußert und sahen sich in dieser Auffassung durch die Anhörung bestätigt. Die Vorlage widerspreche dem Grundsatz des Grundgesetzartikels 103 Absatz 3, wonach niemand wegen derselben Tat auf Grund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals bestraft werden dürfe.

Aus Sicht der Grünen verletzt die Neuregelung den Kern des Doppelbestrafungsverbots und ist damit ein Dammbreach. Auch mit Blick auf die Rückwirkung bestünden verfassungsrechtliche Bedenken. Unverständlich sei, weshalb die Koalitionsfraktionen trotzdem an dem Entwurf festhielten und ihn in größter Eile noch in der letzten Sitzungswoche der Legislatur beschließen wollten.

Die Linke verwies auf ein kritisches Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zu dem Thema aus dem Jahr 2016. Das Verfahren werde überleitet betrieben, juristische Bedenken würden nicht hinreichend abgewogen, hieß es von der Fraktion im Rechtsausschuss. Zwar gebe es sehr bedrückende Einzelfälle, Pflicht der

Suche nach Gerechtigkeit

RECHT I Freigesprochene sollen in Verfahren wegen schwerster Verbrechen erneut vor Gericht gestellt werden können



Mit der jetzt verabschiedeten Reform sind ganz grundsätzliche Gerechtigkeitsfragen verbunden. © picture-alliance/Foto Huebner

Abgeordneten sei es jedoch, Recht so zu setzen, dass es über den Einzelfall hinaus eine Richtschnur darstelle, die sich streng in den Grenzen des Grundgesetzes bewege. Auch die FDP wertete den Entwurf als wesentlichen Eingriff in den verfassungsrechtlichen Grundbestand der Rechtssicherheit, damit sei er keine bloße Grenzkorrektur. Der Umstand, dass bereits an anderer Stelle Rechtsfrieden und Rechtssicherheit durchbrochen worden seien, könne keine Begründung für weitere Einschränkungen sein, auch nicht für eng begrenzte Ausnahmefälle.

Abwägung von Prinzipien Abgeordnete von Union und SPD wiesen die Kritik zurück. Aus der CDU hieß es, die Einbringung eines Gesetzentwurfs zum Ende der

Legislatur sei kein Indiz für mangelnde Sorgfalt. Die Diskussion über eine Erweiterung des Wiederaufnahme-Paragraphen laufe seit Jahrzehnten. Die Anhörung habe gezeigt, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Grenzkorrekturen im Rahmen des Artikels 103 Absatz 3 des Grundgesetzes zulasse.

Zugleich umfasse das Rechtsstaatsprinzip auch die materielle Gerechtigkeit, sodass die Frage der Zulässigkeit einer Wiederaufnahme eine Abwägung innerhalb des Rechtsstaatsprinzips sei. „Wir waren es den Angehörigen von Mordopfern schuldig, dass die Gerechtigkeit der Rechtskraft eines Urteils vorgeht“, erklärte der rechtspolitische Fraktionssprecher Jan-Marco Luczak. Die SPD bezeichnete den Gesetzentwurf als ausgewogene und sinnvolle Neurege-

lung und verwies darauf, dass im Koalitionsvertrag eine Erweiterung der Wiederaufnahmemöglichkeiten zuungunsten einer freigesprochenen Person in Bezug auf unverjährbare Straftaten vereinbart worden sei. Der Vorwurf eines überleitetes Gesetzgebungsverfahrens gehe fehl. Mit Blick auf den hohen Wert der Rechtssicherheit beschränke sich die Reform auf Ausnahmefälle, nämlich unverjährbare Straftaten. Sie beruhe daher nicht die Gefahr eines Dammbreichs.

Die AfD bedauerte, dass die Neuregelung an bestimmte Straftatbestände anknüpft. So sei die Ausnahme des Totschlags problematisch, weil bei einem Angeklagten im wiederaufgenommenen Verfahren Jahre nach der Tat ein Mordmerkmal schwieriger nachzuweisen sei. *Michael Wojtek*

Mehr Verbraucherschutz

RECHT II Vorschriften für regelmäßige Software-Updates

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche drei Vorlagen zum Verbraucherschutz verabschiedet. Ein von der Bundesregierung vorgelegter Entwurf eines Gesetzes für faire Verbraucherverträge (19/26915) wurde mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen von FDP und Grünen bei Enthaltung der Linken angenommen. Überlange Kündigungsfristen und unangemessene Vertragsverlängerungen gehörten damit der Vergangenheit an, hieß es von der CDU. Online werde ein verpflichtender Kündigungs-Button eingeführt. Die SPD hob hervor, dass Verbraucher nun auch besser vor aufdringlichen Anrufen und untergeschobenen Verträgen geschützt würden. Das Gesetz soll zudem mehr Rechtssicherheit beim Kauf gebrauchter Produkte schaffen. Außerdem nahm das Plenum mit den Stimmen von

Koalition und FDP, gegen Linke und Grüne und bei Enthaltung der AfD einen von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes „zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags“ (19/27424) an. Damit soll die europäische Warenkauf-Richtlinie umgesetzt werden, die unter anderem auf die Einführung von Update-Pflichten für Verkäufer digitaler Geräte zielt. Für Kühlschränke mit Online-Zugang, Apps, E-Books oder Streamingdienste gelten jetzt klare Vorschriften für regelmäßige Software-Updates oder Gewährleistungen. Ein Regierungsentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie über vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und Dienstleistungen (19/27653) passierte den Bundestag mit der Mehrheit von Koalition, FDP und AfD. *mwo*

Stiftungsrecht geändert

RECHT III Kritik an Neuregelung im Infektionsschutzgesetz

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag in der vergangenen Woche eine Reform des Stiftungsrechts (19/28173, 19/30938) beschlossen. Infolge einer in den Entwurf eingefügten Änderung, über die auf Antrag der AfD und der Grünen in zweiter Lesung getrennt namentlich abgestimmt wurde, trägt das Gesetz den Titel „Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Stiftungsrechts und zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes“ (IISG). Für die Einfügung votierten 412 Abgeordnete, dagegen 212, zwei Abgeordnete enthielten sich. Die übrigen Teile des Gesetzes fanden die Zustimmung von CDU/CSU, SPD und AfD. FDP, Linke und Grüne enthielten sich. In der Schlussabstimmung wurde das Gesetz mit den Stimmen der Koalition bei Enthaltung der Op-

positionen angenommen. Die Vereinheitlichung des Stiftungsrechts begründet die Bundesregierung damit, dass das Nebeneinander von bundesrechtlichen und landesrechtlichen Vorschriften immer wieder zu Rechtsunsicherheit führe. Mit dem Gesetz soll das Stiftungsrecht abschließend im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt werden.

Die Änderung im IfSG dient der Verlängerung der Geltung einer Rechtsverordnung zur Regelung der Einreise aus Risikogebieten auf bis zu ein Jahr nach Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage. In der Debatte erklärten Abgeordnete der Oppositionsfraktionen, die Reform des Stiftungsrechts gehe in die richtige Richtung, auf heftige Kritik stieß dagegen die kurzfristige Aufnahme der Änderung im IfSG. *mwo*

Abstand im Parlament

CORONAKRISE Sonderregelungen werden verlängert

Zum wiederholten Mal hat der Bundestag seine Geschäftsordnung an die pandemische Lage angepasst und die entsprechenden Regelungen bis zum Ende der Legislatur verlängert. Die Vorlage (19/30669) des Geschäftsordnungsausschusses wurde in der vergangenen Woche mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen, gegen das Votum von AfD und Linken, bei Enthaltung der FDP beschlossen.

Demnach ist das Parlament auch dann beschlussfähig, wenn mehr als ein Viertel seiner Mitglieder im Sitzungssaal anwesend ist. Normalerweise müssen mehr als die Hälfte der Abgeordneten anwesend sein. Für die Ausschüsse gilt eine vergleichbare Regelung. Sie sind beschlussfähig, wenn mehr als ein Viertel der Mitglieder an der Sitzung teilnehmen oder über elektroni-

sche Kommunikationsmittel zugeschaltet sind. Bei öffentlichen Ausschussberatungen und Anhörungen kann der Öffentlichkeit der Zugang ausschließlich durch elektronische Übermittlungswege gewährt werden. Aufgeführt sind die Bestimmungen in Paragraph 126a der Geschäftsordnung des Bundestages (GO-BT). Weitere verlängerte Regelungen betreffen den Paragraphen 122a und Anlage 4 GO-BT.

Die Verlängerung der Coronaregelungen wird mit weiter nötigen Abstands- und Hygieneauflagen begründet. Die GO-BT unterliege im Übrigen der Diskontinuität, heißt es in der Begründung für die verlängerte Geltungsdauer. Der 20. Bundestag könne nach der Konstituierung über die Aufhebung oder Übernahme des Paragraphen 126a entscheiden. *pk*

Neue Kommission

WAHLRECHT Zwischenbericht bis 30. September erwartet

Im Beisein von Bundestagsvizepräsidentin Dagmar Ziegler (SPD) hat sich in der vergangenen Woche die Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit konstituiert. Das Gremium setzt sich aus neun Bundestagsabgeordneten sowie neun Sachverständigen zusammen. Als paritätische Vorsitzende der Kommission wurden die SPD-Abgeordnete Sonja Amalie Steffen und der CDU-Parlamentarier Ansgar Heveling gewählt.

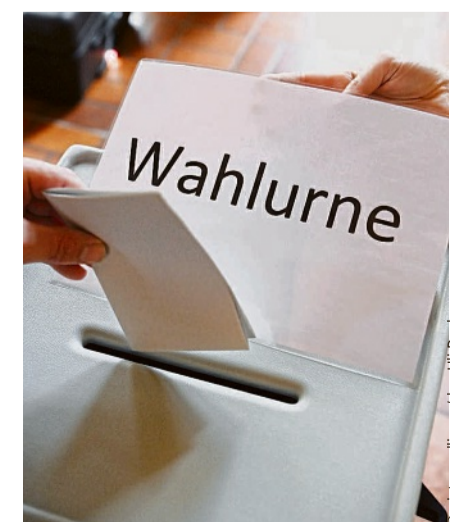
Der Bundestag hatte die Kommission im April dieses Jahres auf Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD (19/28787) gegen die Stimmen der vier Oppositionsfraktionen eingesetzt. Im Koalitionsantrag hieß es, dass dem Bundestag mit der Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 14. November 2020 aufgegeben worden sei, unverzüglich einen Beschluss zur

Einsetzung einer Reformkommission zu fassen, die sich mit Fragen des Wahlrechts beschäftigen und Empfehlungen erarbeiten soll.

Der Kommission gehören drei Abgeordnete der Unionsfraktion an sowie zwei Parlamentarier der SPD-Fraktion und je ein Abgeordneter der Fraktionen von AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, ferner neun Sachverständigen, die im Einvernehmen der Fraktionen benannt wurden.

Zu den Themen der Kommission zählen die Begrenzung der Vergrößerung des Bundestages über dessen gesetzliche Sollgröße von 598 Abgeordneten hinaus und die gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern im Parlament, die Modernisierung der Parlamentsarbeit, die Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre und die Dauer der Legislaturperiode, die Begrenzung der Amtszeiten des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin sowie die Bündelung von Wahlterminen. Dazu soll die Kommission Empfehlungen erarbeiten.

Kompromissbereitschaft Ziegler konstatierte, dass mögliche Reformüberlegungen auf Widerstand stoßen werden. „Hohe Kompromissbereitschaft“ aller Beteiligten sei daher erforderlich, mahnte sie. Darüber hinaus gelte es, die Parlamentsarbeit transparenter und effizienter zu machen. Die Kommission soll dem Bundestag bis zum 30. September dieses Jahres einen Zwischenbericht sowie bis zum 30. Juni 2023 einen Abschlussbericht vorlegen. Das Gremium muss allerdings vom nächsten Bundestag nach der Parlamentswahl am 26. September dieses Jahres in der kommenden Wahlperiode erneut eingesetzt werden. *Volker Müller*



Die Kommission soll Vorschläge zur Reform des Wahlrechts erarbeiten. © picture-alliance/epa Ulfbeck

Instrumente gegen Psychoterror

STRAFRECHT Mehr Schutz vor Cyberstalking und Einschüchterung im Internet

Ein Gesetzespaket zur Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) ist in der vergangenen Woche verabschiedet worden. In der Nacht zu Freitag stimmte das Plenum ohne Debatte über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung für eine effektivere Bekämpfung von Nachstellungen und eine bessere Erfassung des Cyberstalking (19/28679) ab, der in geänderter Fassung mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, AfD und Grünen bei Enthaltung von FDP und Linken angenommen wurde.

Ziel der Änderung des Strafgesetzbuches sei es, mehr Stalking-Fälle vor Gericht zu bringen und Täter konsequenter zur Verantwortung zu ziehen, erklärte die Bundesregierung. Der Gesetzentwurf sehe Änderungen des Straftatbestands der Nachstellung vor, um die Anwendung der Vorschrift in der Praxis zu erleichtern und die Strafbarkeitsschwelle zu senken. So wird im Gesetz etwa der Begriff „beharrlich“ durch „wiederholt“ ersetzt. Zum Cyberstalking hieß es, dabei würden die Opfer etwa durch Stalking-Apps ausgespäht. Täter auch ohne vertiefte IT-Kenntnisse könnten so unbefugt auf E-Mail- oder Social-Media-Konten sowie Bewegungsdaten von Opfern zugreifen und deren Sozialleben ausspähen.

Dirk Wiese (SPD) erklärte, Stalking habe aufgrund zu hoher Hürden bislang selten bestraft werden können. Deswegen würden die Hürden für eine Verurteilung deutlich abgesenkt. Künftig werde das sogenannte Cyberstalking über das Internet mit einbezogen. Zudem werde die bereits bestehende Freierstrafbarkeit bei Zwangsprostitution verschärft.

Wie Jan-Marco Luczak (CDU) erläuterte, soll in besonders schwerwiegenden Fällen, wenn der Täter seinem Opfer wiederholt über einen langen Zeitraum nachstellt, eine Mindeststrafe von drei Monaten einge-



Hassbotschaften im Netz sind verbreitet. © picture-alliance/frank May

führt und die Höchststrafe auf fünf Jahre erhöht werden. Dies diene nicht nur der Abschreckung der Täter, sondern biete den Opfern Sicherheit und die Chance auf eine psychische Erholung. FDP und Linke monierten, die Absenkung der Strafbarkeitsschwelle reiche nicht aus.

Schutz vor Hetze Gegen die Stimmen der Opposition wurde ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes gegen sogenannte Feindeslisten (19/28678), ebenfalls in geänderter Fassung, angenommen. Dabei handelt es sich um Sammlungen personenbezogener Daten, die bei anderen die Bereitschaft wecken sollen, Straftaten gegen die betroffenen Personen zu begehen. Dazu erklärte Wiese, Menschen, die sich für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen, müssten

wirksamer vor Hass und Einschüchterung geschützt werden. Darüber hinaus werde die verhetzende Beleidigung von Juden, Muslimen, von Menschen mit Behinderung oder Homosexuellen zur Straftat heraufgehoben. Um gegen Extremismus und Antisemitismus effektiver vorgehen zu können, werde auch das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Fahnen von Organisationen wie der Palästinenserorganisation Hamas unter Strafe gestellt. Luczak erklärte, die Rede- und Meinungsfreiheit müsse auch im Internet geschützt werden. Täter müssten wissen, dass gegen Hass und Hetze und die Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung konsequent vorgegangen werde.

Das Gesetz sieht zudem die Einführung eines Straftatbestands der Verbreitung und des Besizes von Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern vor. Die Grünen kritisierten, der Gesetzentwurf enthalte ein Sammelsurium verschiedener Regelungen, die teils erstmals in einem unmittelbar vor der Sitzung eingebrachten Änderungsantrag aufgeführt worden seien. Zu den Feindeslisten hieß es, die Neuregelung berge die Gefahr einer ausufernden Strafbarkeit. Ebenfalls zur Abstimmung stand ein Gesetzentwurf zur Strafbarkeit des Betreibens krimineller Handelsplattformen im Internet (19/28175), der in geänderter Fassung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD, gegen die Stimmen von FDP, Linken und Grünen, bei Enthaltung der AfD angenommen wurde.

Aus Sicht der Unionsfraktion werden damit Strafbarkeitslücken beim Verkauf von Waffen oder Drogen im sogenannten Darknet geschlossen. Die Grünen erklärten, die Novelle sei überflüssig, weil alle von dem neuen Tatbestand erfassten Handlungen bereits strafbewehrt seien. *mwo*

KURZ NOTIERT

Keine Mehrheit für AfD-Antrag zu Antifa-Verbot

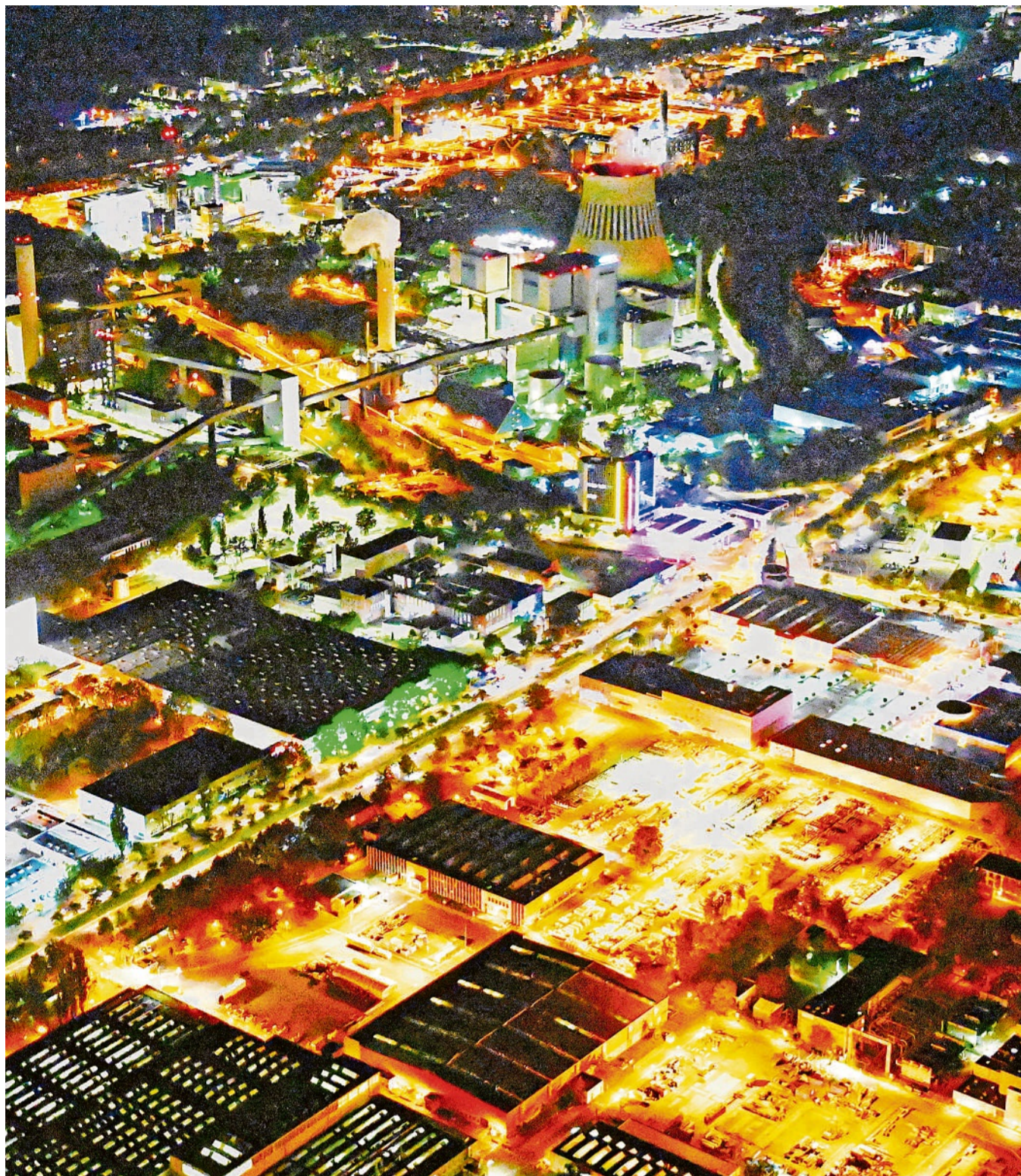
Der Bundestag hat einen AfD-Antrag mit dem Titel „Keine Gemeinnützigkeit für politische Agitation“ (19/30970) abgelehnt. Danach sollten die Steuerverwaltungen „in allen in Betracht kommenden Fällen“ den Leitlinien des Bundesfinanzhofs bei der Zubilligung der Gemeinnützigkeit folgen. Die AfD zitierte dabei den Leitsatz: „Wer politische Zwecke durch Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung verfolgt, erfüllt keinen gemeinnützigen Zweck“. Keine Mehrheit fanden auch AfD-Anträge zu einem „Verbot der Antifa“ (19/20074) und einer Verschärfung des Strafgesetzbuchparagraphen 129a zur „Bildung terroristischer Vereinigungen“ (19/29293).

FDP scheitert mit Vorstoß zu Digitalisierung der Polizei

Mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit hat der Bundestag am Freitag einen Antrag der FDP-Fraktion zur „Digitalisierung der deutschen Polizei“ (19/27172) bei Enthaltung der übrigen Oppositionsfraktionen abgelehnt. In der Vorlage forderte die Fraktion die Bundesregierung unter anderem auf, mit den Landesregierungen einen „Digitalpakt für die Polizei“ auszuarbeiten, der die Entwicklung gemeinsamer Polizei-IT regelt. *sto*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Der Wissenschaftspark Berlin-Adlershof - ein Labor für Technologien der Zukunft.

© picture-alliance/ZB/eurouluftbild.de/Robert Grah

Wege zum Wohl

WACHSTUM Debatte um Kurs in der Wirtschaftspolitik

Armin Laschet will weniger Bürokratie, Olaf Scholz mehr „Leadership“, Annalena Baerbock einen klimaneutralen Wirtschaftsraum – der Auftritt der Kanzlerkandidaten von Union, SPD und Bündnis 90/Die Grünen beim Tag der Industrie zu Beginn der letzten Woche zeigte es deutlich: Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf – und gerade in der Wirtschaftspolitik stehen Richtungsentscheidungen an. Kein Wunder, der Veränderungsbedarf in Sachen Klimaschutz und Digitalisierung ist riesig. Darin stimmten auch die Abgeordneten weitgehend überein, die sich in der letzten Sitzungswoche der Legislaturperiode einen ansonsten recht hitzigen Schlagabtausch über den richtigen Kurs in der Wirtschaftspolitik lieferten.

Anlass für die Debatte im Plenum in der vergangenen Woche war ein Antrag der Grünen mit dem Titel „Wohlstand von morgen sichern“ (19/30952). Außerdem lagen zehn weitere Anträge der Oppositionsfraktionen vor, die der Bundestag alleamt ablehnte: drei weitere Vorlagen der Grünen (19/22502, 19/27444, 19/17521), zwei der FDP (19/22494, 19/23935), drei der Linken (19/28772, 19/28775, 19/28906) sowie ein AfD-Antrag (19/30959). Den Streit über den richtigen Weg und die besten Instrumente eröffnete Anja Hajduk (Grüne): Sie forderte, in der beginnenden wirtschaftlichen Erholung die notwendige ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft voranzutreiben. Die „enormen Ausgabenprogramme“ zur Bewältigung der Corona-Krise gelte es nicht nur zur Stabilisierung zu nutzen, sondern für einen grundlegenden Umbau. Die Regierungskonzepte seien dafür nicht ausreichend. Es brauche ein echtes Umsteuern, um den

Wohlstand von morgen zu sichern, sagte die Abgeordnete. Der Vorschlag ihrer Fraktion liege auf dem Tisch: Bausteine seien ein „wirksamer CO2-Preis“ und Klimaverträge mit Unternehmen. Vor allem aber warb Hajduk für ein „großes Investitionsprogramm“ zur Modernisierung des Standorts Deutschland im kommenden Jahrzehnt.

Wohlstandssicherung – das sei sicher die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre, stimmte Andreas G. Lämmel (CDU) zu. Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit entscheide letztlich über die Finanzierbarkeit seiner sozialen Sicherungssysteme. Deutschland müsse deshalb ein Industriestandort bleiben. Mit „überbordender Bürokratie und hohen Strompreisen“ jedoch gelinge das nicht, sagte er in Richtung der Grünen. Es brauche eine „Entfesselung der Wirtschaft“. Sein Fraktionskollege Carsten Linnemann (CDU) hielt den Grünen vor, zu stark auf den Staat zu setzen. Der Wettbewerb sei „das geeignetste Instrument“, um Innovationen zu ermöglichen – nicht „regulieren, planen, subventionieren“.

Bernd Westphal vom Koalitionspartner SPD verteidigte die Erfolge der Regierungspolitik: Dass Deutschland trotz Coronapandemie zu den „erfolgreichsten Wirtschaftsstandorten“ gehöre, sei einem handlungsfähigen Staat zu verdanken, der mit Konjunkturprogrammen, Wirtschaftshilfen und dem Kurzarbeitergeld Betriebe stabilisiert und Beschäftigung gesichert habe. Dekarbonisierung und Digitalisierung seien große Herausforderungen. Daher brauche es schnellere Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien, räumte der Sozialdemokrat ein. Die Voraussetzungen schaffe die Koalition jedoch: Mit Infrastrukturmaßnahmen lege sie die Basis für den Wohlstand für morgen.

Zum Rundumschlag holte Leif-Erik Holm (AfD) aus: Die „ökologisch-sozialistische Transformation“ führe eher „zurück in die Steinzeit“. Und sozial seien die Pläne der Grünen auch nicht: Neue CO2-Zölle, steigende Sprit- und Strompreise belasteten nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Steuerzahler, monierte Holm. Trotzdem „dackelten“ alle Parteien dem „biologischen Irrsinn“ hinterher. Eine wirkliche Entlastung der Verbraucher sehe die AfD mit ihrem Antrag zur Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum vor.

Reinhard Houben (FDP) nannte den Vorstoß der Grünen einen „Wahlkampfmove“. Der Titel ihres Antrags klinge vielversprechend, aber der Blick in das Kleingedruckte offenbare, dass sie längst noch keine „wirtschaftsfreundliche Partei“ seien. Ob Ceta oder Mercosur – die Grünen lehnten alle Handelsabkommen ab. „Sie legen die Latte bewusst so hoch, dass Sie aufrechtstehend darunter durchlaufen können“, so die Kritik des Liberalen. Wer aber noch nicht einmal mit Kanada einen Vertrag schließen wolle, sei „nicht regierungsfähig“.

Ob es gelingen könne, den Wohlstand für morgen zu sichern – und für wen, sei angesichts der bevorstehenden Herausforderungen eine offene Frage, bemerkte schließlich Pascal Meiser (Linke). Die Beschäftigten stünden heute schon oft mit dem „Rücken zur Wand“. Um Akzeptanz für den nötigen klimagerechten Umbau der Wirtschaft zu schaffen, forderte er eine „aktive staatliche Industriepolitik“, die sich an ihren „berechtigten Interessen“ orientiere. Das heiße konkret: Sicherung von Arbeit und Einkommen sowie eine Mitbestimmung, „die auch vor Investitionsentscheidungen der Unternehmen nicht Halt macht“. Tarifflucht und Lohndumping müsste verhindert werden.

Sandra Schmid

KURZ NOTIERT

Reform des Mietspiegelrechts beschlossen

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche eine Reform des Mietspiegelrechts (19/26918) beschlossen. Mit dem Gesetz sollen die Grundsätze, nach denen qualifizierte Mietspiegel zu erstellen sind, auf das Wesentliche beschränkt werden. Der Bindungszeitraum wird von zwei auf drei Jahre verlängert. Verschiedene Oppositionsvorlagen zu dem Thema wurden abgelehnt.

Anträge zu Nachhaltigkeit und Innovation erörtert

Über insgesamt 16 Anträge der Fraktionen von FDP und AfD rund um die Themen Nachhaltigkeit und Innovation hat der Bundestag in der Nacht zu Freitag beraten. Alle wurden abgelehnt. Bei den Vorlagen handelte es sich um Vorstöße zu Verkehr und Elektromobilität, Grundwasserschutz und Maßnahmen zum Schutz der Wälder sowie Förderung von Smart-City-Ansätzen.

Mehr Geld für Erhalt und Ausbau des Nahverkehrs

Der Bund unterstützt die Länder bei der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs in diesem Jahr zusätzlich. In der vergangenen Woche beschlossen die Abgeordneten einen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU und SPD (19/30400), mit dem die Regionalisierungsmittel im Jahr 2021 um eine Milliarde Euro erhöht werden. Die Verteilung der zusätzlichen Mittel soll gemäß dem Schlüssel erfolgen, der nach dem vorläufigen Mittelausgleich der Länder untereinander bezüglich der zusätzlichen Regionalisierungsmittel für das Jahr 2020 entstanden ist. Oppositionsvorlagen rund um das Thema Bahn und Nahverkehr fanden keine Mehrheit.

Änderungen im Vertragsrecht beschlossen

Der Bundestag hat Änderungen im Vertragsrecht beschlossen. Die Abgeordneten nahmen einen Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags“ (19/27424) an, mit dem Europarecht umgesetzt werden soll. Auch ein Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie „über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen“ (19/27653) wurde angenommen. *pez*

Nein zu Steuerplänen

FINANZEN Keine Mehrheit für Belastung von Krisengewinnen

Die Linksfraktion ist mit ihren Forderungen gescheitert, Coronakrisen-Gewinne von Unternehmen extra zu besteuern sowie eine Investitionspflicht des Staates gesetzlich festzulegen. Der Bundestag erteilte am Freitag einem entsprechenden Antrag (19/28525) mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und AfD eine Absage. Die Grünen enthielten sich. Die Linksfraktion wollte außerordentliche, in Pandemiezeiten erzielte Gewinne von Unternehmen einer so genannten Übergewinnsteuer unterwerfen. Zudem forderte die Fraktion, besondere Gewinne von Digitalunternehmen mit Sitz im Ausland abzuschöpfen. Dazu sollte eine Quellensteuer auf die in Deutschland erwirtschafteten Umsätze ab einer bestimmten Höhe eingeführt werden. Die Antragsteller schlugen eine Umsatzgrenze von zehn Millionen Euro vor. Fabio De Masi (Die Linke) verwies darauf, dass derzeit „viele Innenstädte in Deutschland sterben“, während der Online-Konzern Amazon eine „Coronaparty feiert“. Diese „krasse Wettbewerbsverzerrung muss ein Ende haben“, forderte De Masi. Auch Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf die Diskrepanz zwischen Unternehmen, die unter der Pandemie litten,

und solchen, die davon profitierten. Amazon habe seine „Milliardengewinne verdreifacht, aber zahlt davon keinen Euro für das Gemeinwesen in Deutschland“. Von einem „Griff in die steuerliche Motte“ sprachen hingegen nahezu wortgleich Katja Hessel (FDP) und Fritz Güntzler (CDU). Sie verwiesen wie Paus auf laufende Bemühungen auf europäischer und internationaler Ebene. Beide vermissten zudem eine Definition von „Übergewinn“ im Linken-Antrag. Den Linken-Vorschlag einer Quellensteuer nannte Albrecht Glaser (AfD) „hochgefährlich“. Er verwies wie auch andere Redner darauf, dass sich Deutschland als Exportweltmeister ins eigene Fleisch schneiden könnte, wenn auch andere Länder sie einführen würden. Unter Verweis auf den Beschluss der G7-Staaten zu einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen und laufende Gespräche dazu in der größeren Staatengemeinschaft OECD nannte Cansel Kiziltepe (SPD) den Antrag „vollkommen unausgereift und überholt“. Auch ein zweiter Antrag der Linken (19/14375), in dem die Fraktion eine Investitionspflicht des Bundes forderte, wurde abgelehnt. *pst*

Deckeln oder fördern

WOHNEN Debatte über Konzepte zur Bezahlbarkeit

Die Abgeordneten im Bundestag haben sich in der vergangenen Woche noch einmal einen Schlagabtausch über die Wohnungspolitik der Bundesregierung geliefert. Den Impuls lieferten mehrere Fraktionen mit Anträgen, über die im Anschluss abgestimmt wurde: Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von AfD und Grünen bei Enthaltung von FDP und Linksfraktion nahm das Plenum einen Antrag von CDU/CSU und SPD zu „Perspektiven für lebendige Städte und Zentren“ (19/30978) an. Einen Antrag der FDP-Fraktion mit dem Titel „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen – Eine Bauoffensive für Studierende und Auszubildende unter einem Dach“ (19/23927) lehnten alle übrigen Fraktionen ab – genauso wie einen zweiten FDP-Antrag zur Subjektförderung (19/30944). Die Koalitionsfraktionen, die AfD und die FDP lehnten einen Antrag der Linken bei Enthaltung der Grünen ab, in dem ein „Rettenprogramm für den sozialen Wohnungsbau“ (19/30600) gefordert wurde. Der zweite Antrag der Linken zur Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit (19/17771 neu) wurde mit dem gleichen Abstimmungsverhalten abgelehnt. Abgelehnt wurde zudem ein Gesetzentwurf der Linken zur Einführung eines Grund-

rechts auf Wohnen (19/16479), nur die Grünen unterstützten die Linksfraktion dabei. Für die Linksfraktion warf Caren Lay der Bundesregierung vor, mehr am Baukindergeld zu hängen als am Sozialwohnungsbau. Udo Theodor Hemmelgarn (AfD) machte in der Fehlbelegung von Sozialwohnungen das Hauptproblem aus, während Hagen Reinhold (FDP) für den Lösungsvorschlag seiner Fraktion warb: Anreize zum Umzug in passendere Wohnungen. Der Grünen-Abgeordnete Christian Kühn erneuerte den Ruf nach einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit und sprach sich gegen Steuerprivilegien für Investoren aus. Kai Wegner (CDU) hingegen sah angesichts des Engagements des Bundes die Länder in der Pflicht, „noch ein paar Euro draufzulegen“. Ulli Nissen von der SPD forderte einen bundesweiten Mietendeckel, damit Mietwucher gestoppt werde. *pez*

Anzeige

... jetzt kostenlosen Probezugang anfordern!

Sie suchen Kontakte? Wir haben die Adressen!

Vertrauen Sie der OECKL-Adress-Datenbank – Ihr Kontaktportal zu Akteuren in Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft.

OECKL.de

DIE GUTE ADRESSE

Mit einem Klick zum Ziel



In der Debatte zur Novelle des Klimaschutzgesetzes (19/30230) vergangene Woche wurde es mehrfach laut und lebhaft. Etwa, als Karsten Hilse (AfD) ans Rednerpult trat. Das Gesetz sei „ein weiterer Stein auf dem Weg in Unfreiheit und Armut“, sagte Hilse. Er ging so weit, einen Vergleich zum Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten zu ziehen: Wie bei diesem habe es beim Klimaschutzgesetz nicht schnell genug gehen können. Die Behauptung, CO₂ sei der Hauptgrund für den Klimawandel, sei zu einem religiösen Dogma geworden – und religiöse Dogmen seien schon immer die Grundlage für Freiheitsentzug gewesen. Zahlreiche Zwischenrufe begleiteten die Rede des AfD-Abgeordneten. In namentlicher Abstimmung billigte der Bundestag mit 352 gegen 290 Stimmen und zehn Enthaltungen die Änderung des Klimaschutzgesetzes, die auf einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zurückgeht. Dieses hatte im Frühjahr festgestellt, dass das 2019 verabschiedete Klimaschutzgesetz die durch den Kampf gegen den Klimawandel bewirkten Lasten zu stark auf die Zeit nach 2030 verschiebe und damit die Freiheitsrechte der jungen Generation verletze. Mit der Novelle werden nun die Ziele deutlich verschärft: Schon 2045 (und nicht erst, wie bisher geplant, 2050) soll Deutschland klimaneutral sein.

Das Gesetz stelle sicher, dass die Ziele bis hin zur Treibhausgasneutralität zuverlässig erreicht würden, sagte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD). Alle, die das Klimaschutzgesetz als zahlosen Tiger kritisierten, würden erleben, dass das Gegenteil der Fall sei. Schulze verhehlte nicht, dass sie sich noch mehr gewünscht hätte. Als Beispiele nannte sie ein Tempolimit, eine Solardachpflicht für Neubauten, einen steileren Pfad für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Aufteilung der durch den CO₂-Preis bedingten Mehrkosten beim Heizen zwischen Vermietern und Mietern. Für diesen im Kabinett bereits beschlossenen Punkt habe es leider mit der Unionsfraktion keine Mehrheit gegeben. „Sozial gerechten Klimaschutz“, erklärte sie, „gibt es mit der Sozialdemokratie.“

Die Bundesregierung missbrauche das Argument der sozialen Gerechtigkeit, um die für den Klimaschutz nötigen Maßnahmen nicht zu ergreifen, sagte hingegen Anton Hofreiter. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen warf der Bundesregierung vor, die Möglichkeiten beim Klimaschutz nicht zu nutzen. Während selbst große Teile der Industrie umgedacht hätten, habe die Bundesregierung bei der Energiewende Chaos angerichtet, die Industrie beim Umbau im Stich gelassen und mit der Mobilitätswende noch gar nicht richtig begonnen.

Auch Sabine Leidig (Die Linke) warf der Bundesregierung vor, die Chance für eine sozial-ökologische Transformation ungenutzt verstreichen zu lassen. Damit mache sie den gleichen Fehler wie die Vorgängerregierung im Jahr 2009, die es verpasst habe, die Finanzmarktkrise zum Umsteuern zu nutzen. Dass die Bundesregierung in Wirklichkeit gegen den Klimaschutz handle, zeige der Bundesverkehrswegeplan, der die Infrastruktur für noch mehr Autoverkehr schaffe. Nötig sei eine wirkliche Verkehrswende mit deutlich weniger motorisiertem Verkehr.

Verschärfte Klimaziele

UMWELT Bundestag stimmt in namentlicher Abstimmung der Novelle des Klimaschutzgesetzes zu



Um die Klimaziele zu erreichen, soll auch der Anteil der erneuerbaren Energien steigen.

© picture-alliance/Daniel Kubirski

Mit anderen Argumenten kritisierte Lukas Köhler (FDP) den Gesetzentwurf. Er setze die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht um, da er weder effizient sei noch eine europäische Lösung anstrebe. Stattdessen sei die Bundesregierung mit dem Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2045 vorgeprescht, womit sie ihre Verhandlungsposition auf europäischer Ebene geschwächt habe. Der Ansatz, einzelnen Sektoren Vorgaben für den CO₂-Ausstoß zu machen, sei falsch, da er nicht dafür Sorge, dass der Euro dort ausgegeben werde, wo er am effizientesten eingesetzt werde. Köhler forderte stattdessen ein europaweites Emissionshandelsystem. Für die Fraktion von CDU/CSU hob Stephan Stracke die Aufgabe hervor, in diesem Jahrzehnt die entscheidenden Schritte zu

gehen, damit Deutschland ein klimaneutrales Industrieland werde. Klimaschutz, nachhaltiges Wachstum und soziale Sicherheit seien untrennbar miteinander verbunden, betonte Stracke. Deshalb sei es eine zentrale Aufgabe, trotz der CO₂-Bepreisung von Wärme und Verkehr die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten. Bei der Entlastung von Unternehmen, die stark vom CO₂-Preis betroffen seien, habe die Unionsfraktion weitergehende Vorstellungen gehabt, die mit der SPD nicht umzusetzen gewesen seien. Damit sprach Stracke eine der weiteren Vorlagen an, die im Zusammenhang mit dem Klimaschutzgesetz auf der Tagesordnung standen, die Carbon-Leakage-Verordnung (19/28163) in der vom Umweltausschuss geänderten Fassung (19/30955).

Diese mit der Koalitionsmehrheit angenommene Verordnung soll energieintensivere Unternehmen entlasten und verhindern, dass diese ins Ausland mit weniger strengen Auflagen abwandern. Im Schatten des Klimaschutzgesetzes billigte der Bundestag zudem mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf zur Förderung von Energien aus erneuerbaren Quellen (19/27672) in der vom Umweltausschuss geänderten Fassung (19/30954). Das Gesetz verfolgt das Ziel, die Genehmigung für Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien zu beschleunigen und zu erleichtern. Insbesondere soll das sogenannte Repowering – also der Austausch von älteren Windkraftanlagen durch leistungsfähigere Anlagen – einfacher werden. *Christian Hunziker*

Schutz für Insekten

UMWELT Mehr Biotop und weniger Lichtverschmutzung

Insekten sollen besser geschützt werden. Der Bundestag hat dazu vergangene Woche das dritte Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (19/28182) beschlossen. Es wurde in namentlicher Abstimmung mit 355 Ja-Stimmen bei 278 Gegenstimmen und vier Enthaltungen angenommen. In zweiter Beratung hatten die Koalitionsfraktionen für, die Oppositionsfraktionen gegen den Entwurf gestimmt. Es basiert auf dem Aktionsprogramm Insekten (19/13031, 19/13637 Nummer 3). Die Änderungen betreffen neue Regelungen um Lichtverschmutzung zu vermindern, zur Beschränkung des Betriebs so genannter „Skybeamer“ und zur Verwendung von Insektenfallen außerhalb geschlossener Räume. Außerdem werden Vorschriften zu Lichtemissionen in Naturschutzgebieten und Nationalparks ergänzt

und eine Regelung zu Bioziden mit schutzgebietsbezogenen Anwendungsverbote zu zwei Produktarten (Holzschutzmittel und Biozidprodukte) aufgenommen. Schließlich wird der Biotopschutz auf artenreiches Grünland, Streuobstwiesen, Steinriegel und Trockenmauern ausgeweitet. Abgelehnt wurden Anträge der Fraktion von FDP (19/26779, 19/18603) und der AfD (19/28457) sowie der Fraktion Die Linke (19/17767) zu Landwirtschaft und Pflanzenschutz, ebenso wie ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne (19/29752) zu Klimaschutz und Artenschutz. Ein gemeinsamer Antrag von Grünen und Linken (19/23988) mit dem Titel „Gefährliche Pestizidexporte stoppen - Internationale Abkommen zum Schutz vor Pestizidfolgen stärken“ (19/23988) wurde ebenfalls abgelehnt. *ab*

Würdigung des Handwerks

WIRTSCHAFT Bundestag berät über Hilfe und Perspektiven

Über die passende Unterstützung für das Handwerk hat der Bundestag in der vergangenen Woche auf Initiative der FDP-Fraktion hin debattiert. Diese hatte einen Antrag vorgelegt, in dem sie ein Bündel an Maßnahmen vorschlägt – von Steuererleichterungen über Mitarbeiterbeteiligung bis hin zur Förderung von gezielter Fachkräftezuwanderung. Die Vorlage (19/30160) wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und der AfD-Fraktion abgelehnt. Die FDP mahnte in der Debatte an, stärker auf die Bedürfnisse von Handwerkern einzugehen. Die Bürokratie nehme überhand, Corona habe den Nachwuchs- und Fachkräftemangel verschärft. Für Vertreter der AfD-Fraktion gingen die Vorschläge in die richtige Richtung, allerdings seien viele Maßnahmen beliebig und nicht auf das

Handwerk zugeschnitten. Die Linksfraktion hingegen griff die Antragsteller scharf an und verlangte nach mehr Staat. Steuern senken wollen und gleichzeitig die öffentliche Hand zu mehr Investitionen aufzurufen, sei „Voodoo-Ökonomie“, so ein Abgeordneter. Eine Vertreterin von Bündnis 90/ Die Grünen tat pauschale Steuersenkungsvorstellungen ebenfalls als sinnlos ab und forderte Planungssicherheit und Verlässlichkeit für Betriebe. Vertreter der Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD hoben derweil auf das in dieser Legislaturperiode erreichte ab – wie die Telekommunikationsnovelle – und sahen das Handwerk auf gutem Weg aus der Corona-Krise. Perspektivisch sollten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten weiter gestärkt werden, hieß es. *pez*

Nichts nachzuweisen

PKW-MAUT Debatte zum Abschlussbericht

Koalition und Opposition haben ein diametral unterschiedliches Fazit der Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses zur Pkw-Maut gezogen. In der Debatte über den Abschlussbericht (19/30500) vergangene Woche attackierten Vertreter der Opposition Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) und forderten erneut seinen Rücktritt. Vertreter der Koalition erklärten hingegen, dass Scheuer keine Rechtsverstöße nachzuweisen seien. Die stellvertretende Vorsitzende des 2. Untersuchungsausschusses, Nina Warken (CDU), sagte, der Abschlussbericht entlaste den Minister. Der Bericht übe aber dort, wo es angebracht sei, auch Kritik. So seien die finanziellen Folgen einer Kündigung nicht ausreichend geprüft worden. Die frühzeitige Unterzeichnung der Verträge sei

als „vertretbares Exekutivhandeln“ einzuschätzen. Die Pkw-Maut war im Juni 2019 vom Europäischen Gerichtshof als rechtswidrig gestoppt worden. Die Betreiber fordern Schadenersatz, nachdem der Bund die Verträge nach dem Urteil kündigte. Von einem riesigen Schaden für den Steuerzahler sprach Oliver Lussick, Obmann der FDP-Fraktion im Ausschuss. Die Ausschuss-Arbeit habe gezeigt, dass das Ministerium sowohl Vergabe- als auch Haushaltsrecht gebrochen habe. Zudem habe der Minister das Parlament an vielen Stellen falsch informiert. Der Bundestag nahm den Bericht im Anschluss einstimmig zur Kenntnis. Er enthält ein Sondervotum von FDP, Linken und Grünen sowie ein Sondervotum der AfD. *chb*

KURZ NOTIERT

Steuer auf Online-Poker und virtuelles Automatenspiel

Online-Poker wird besteuert. Der Bundestag hat das vom Bundesrat eingebrachte Gesetz zur Änderung des Rennwett- und Lotteriegesetzes und der Ausführungsbestimmungen dazu (19/28400) beschlossen. Danach werden Online-Poker und virtuelles Automatenspiel ebenso besteuert wie Rennwetten, Sportwetten, öffentliche Lotterien und Ausspielungen. Hintergrund ist die Legalisierung der beiden Spielformen ab dem Sommer. Dafür votierten CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dagegen stimmten AfD und FDP bei Stimmenthaltung der Linken.

Umweltstatistiken erfüllen geänderte EU-Vorgaben

Der Bundestag hat vergangene Woche das Gesetz zur Änderung des Umweltstatistikgesetzes und anderer Gesetze (19/28180) beschlossen. Die Anpassung wurde nötig, um geänderten Anforderungen der Europäischen Union an die Berichterstattung über Umweltthemen zu erfüllen. Sie betreffen die Abfallstatistik, die Statistiken zur Wasserwirtschaft und die umweltökonomische Gesamtrechnung. Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten dafür, die Fraktionen von AfD und FDP dagegen. *ab*

Milliarden für Häuser, Industrie, Verkehr

UMWELT Bundesregierung stellt geplante Maßnahmen für den Klimaschutz vor

Die Bundesregierung hat eine Liste mit möglichen Maßnahmen und Fördergeldern für mehr Klimaschutz vorgelegt. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) stellte das „Klimaschutz-Sofortprogramm 2022“ vergangene Woche vor. Rund acht Milliarden Euro will die Bundesregierung zur Verfügung stellen, um insbesondere in den Bereichen Gebäude, Industrie und Verkehr Maßnahmen für mehr Klimaschutz voranzutreiben. Diese Mittel kommen zu den gut 80 Milliarden Euro hinzu, die nach Angaben der Bundesregierung bereits in den vergangenen beiden Jahren im Rahmen des Konjunkturprogramms für Klimaschutzmaßnahmen bereitgestellt worden sind. Der Löwenanteil der neu eingeplanten Mittel, nämlich 5,5 Milliarden Euro, soll in den Gebäudebereich fließen. Dieser steht besonders im Fokus, weil er laut dem novellierten Klimaschutzgesetz, das der Bundestag am vergangenen Donnerstag verabschiedet hat, seinen CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um gut zwei Drittel gegenüber dem Stand von 1990 verringern muss. Mit dem zusätzlichen Geld will die Bundesregierung die energetische Sanierung von Wohngebäuden und den Neubau von energetisch hochwertigen Sozialwohnungen fördern. Gleichzeitig sollen auch die energetischen Mindeststandards für neue Gebäude angehoben werden. Außerdem will der Bund ab 2023 keine Heizungen mehr fördern, die ausschließlich mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. 860 Millionen Euro sind laut dem Sofortprogramm für den Industriesektor vorgesehen. Konkret sollen damit unter anderem die Umstellung auf Wasserstoff in der Stahlindustrie sowie Innovationen in der chemischen Industrie gefördert werden. Im Verkehrssektor, in den gut eine Milliarde



Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD)

© picture-alliance/dpa

Euro fließen sollen, will die Bundesregierung unter anderem die Radinfrastruktur ausbauen, die Verlagerung von Schwerlasttransporten von der Straße auf die Wasserwege fördern und die Errichtung innerstädtischer Schnellladehäubs für Elektrofahrzeuge unterstützen. Nach Ansicht von Kritikern ist die Bezeichnung „Sofortprogramm“ allerdings irreführend. Denn das Kabinett hat die zusätzlichen Investitionen mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2022 beschlossen. Über diesen Entwurf wird erst der neue Bundestag nach der Wahl am 26. September 2021 entscheiden. Hinzu kommt, dass das Programm diverse besonders strittige Punkte ausklammert. So ist zum Beispiel die in einem früheren Entwurf enthaltene Pflicht, auf Neubauten Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen zu

installieren, nicht mehr Teil des Papiers. Auch die von der SPD-Fraktion erhobene Forderung, die Mehrkosten für den CO₂-Preis beim Heizen zwischen Wohnungvermietern und -mietern aufzuteilen, hat keinen Eingang in das Programm gefunden. Vertreter der CDU/CSU-Fraktion hatten sich gegen diese Forderung gewehrt und dabei argumentiert, Vermieter hätten keinen Einfluss auf das Heizverhalten ihrer Mieter. Offen lässt das Sofortprogramm, ob der CO₂-Preis stärker erhöht werden soll, als dies bisher geplant ist. Die CO₂-Bepreisung sei „ein wichtiges Instrument für den Klimaschutz“, heißt es im Programm. Eine zusätzliche Anhebung des CO₂-Preises im nationalen Brennstoffemissionshandel könne jedoch „nur mit einer zusätzlichen sozialen Abfederung und entsprechendem wirksamem Carbon-Leakage-Schutz“ erfolgen. Der Begriff „Carbon Leakage“ bezeichnet die Gefahr, dass Unternehmen, die in hohem Maß fossile Brennstoffe einsetzen, ins Ausland abwandern, wo weniger strenge Vorgaben in Bezug auf Treibhausgasemissionen gelten. Um das zu verhindern, sollen diese Unternehmen laut der Carbon-Leakage-Verordnung (19/28163) finanziell entlastet werden. Der Verordnung hat der Bundestag zeitgleich mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes zugestimmt. Ebenfalls keine genauen Angaben macht das Sofortprogramm zur Frage, wie es mit der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weitergehen soll. Es sei Ziel der Bundesregierung, „die EEG-Umlage weitergehend zu reduzieren“, heißt es im Programm. „Zudem setzt sich die Bundesregierung auf europäischer und internationaler Ebene für eine konsistente klimafreundliche Besteuerung im Energiesystem ein.“ *Christian Hunziker*

Bilanz des Bilanzskandals

WIRECARD Untersuchungsausschuss legt Bericht vor

Der Untersuchungsausschuss zu einem der größten Bilanzskandale Deutschlands hat seinen Abschlussbericht (19/30900) vorgelegt: Ein einvernehmliches Ergebnis steht nicht am Ende. Neben der Bewertung durch die Koalitionsfraktionen enthält er deshalb ein Sondervotum von FDP, Die Linke und Bündnis 90/Grüne und ein Sondervotum der AfD, die beide politische Verantwortlichkeiten erkennen. Der Ausschuss sollte klären, was Bundesregierung, Behörden und Wirtschaftsprüfer über Bilanzfälschung, Betrug, Marktmanipulation und Geldwäsche bei dem seit Juni 2020 insolventen Zahlungsdienstleister Wirecard wussten und ob sie ihren Aufsichtspflichten nachgekommen sind. Das Gremium hat von November 2020 bis Juni 2021 in 32 Sitzungen 105 Zeugen befragt. Die Koalitionsfraktionen betonten in ihrem Votum, nach Experteneinschätzung habe

Wirecard über mehrere Jahre betrügerische Bilanzen vorgelegt. „Das interne Kontrollsystem des Konzerns wurde gezielt ineffektiv gehalten.“ Die mediale und investigative Berichterstattung habe auch „zu auffälligen Maßnahmen geführt“, etwa seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) habe in der Ausübung seiner Rechts- und Fachaufsicht die operative Unabhängigkeit der BaFin zu achten. „Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme verfügte das Bundeskanzleramt zum Zeitpunkt der Kontakte zur Wirecard AG über keinerlei eigene Informationen und Erkenntnisse, auch nicht über einen möglichen Bilanzbetrug.“ FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen betonten in ihrem Sondervotum, dass es um den größten Börsen- und Finanzskandal der Nachkriegszeit gehe, „der durch kollektives Aufsichtsversagen, deutsche Wagenburgmentalität gegenüber Nicht-Deutschen sowie ein politisches Netzwerk und die Sehnsucht nach einem digitalen nationalen Champion und dessen Markteintritt in China ermöglicht wurde“. Deutsche Aufsichtsbehörden seien „nicht fit für das ‚Internetzeitalter‘ und digitale Geschäftsmodelle.“ Nach Ansicht der AfD spart die Bewertung der Ausschussmehrheit wesentliche Erkenntnisse aus oder verharmlost diese. „Nach unserer Auffassung relativierten die Fraktionen der SPD und der CDU/CSU die Verantwortung ihrer jeweiligen politischen Entscheidungsträger“, erklären die Abgeordneten. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Kay Gottschalk (AfD) überreichte das mehr als 2.000 Seiten starke Dokument vergangene Woche Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU). *Lucas Lyppe*



Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Kay Gottschalk (AfD)

© picture-alliance/dpa



Im Abschiedsmodus

ANGELA MERKEL Vergangene Woche absolvierte die Regierungschefin womöglich letzte Auftritte im Bundestag. Dort saß die seit 1990 stets direkt gewählte Abgeordnete fast doppelt so lange wie im Kanzleramt.

Sie kennen mich.“ Der Spruch aus Angela Merkels Schlusswort im TV-Duell vom Bundestagswahlkampf 2013 war so erfolgreich, dass acht Jahre später Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann das Zitat im Endspurt vor der Landtagswahl in diesem Frühjahr plakativ lesen ließ, in der berechtigten Hoffnung auf eine ebenfalls dritte Amtsperiode. Und ja: Wir kennen sie. Nach mittlerweile fast 16-jähriger Kanzlerschaft sogar so lange, dass die Erstwähler bei der bevorstehenden Bundestagswahl überhaupt niemand anderen an der Spitze der Bundesregierung kennen als Angela Merkel. Nicht von ungefähr ist immer wieder einmal die Anekdote von acht- oder zwölfjährigen Mädchen zu lesen, die ganz überrascht erfahren, dass grundsätzlich auch ein Mann im Amt der Bundeskanzlerin denkbar wäre. Dabei kandidieren neben einer Grünen-Politikerin auch je ein Mann von Union und SPD für die Nachfolge Merkels im Kanzleramt; sie selbst tritt bei der Bundestagswahl nicht mehr an.

Ob und wie lange sie über die Konstituierung des nächsten Bundestages hinaus – dann geschäftsführend – im Amt bleibt, hängt von den Koalitionsverhandlungen im Herbst ab. Sicher aber ist, dass mit dem ersten Zusammentreten der neu gewählten Volksvertreter, spätestens 30 Tage nach der Parlamentswahl vom 26. September, Merkels Mitgliedschaft im Bundestag endet – und die dauerte weit länger als ihre Kanzlerschaft, nämlich fast 31 Jahre.

Direkt gewählt Genauer gesagt seit dem 20. Dezember 1990, als sich der erste gesamtdeutsche Bundestag konstituierte: Mit 48,5 Prozent Erststimmen im Wahlkreis 267 „Stralsund – Rügen – Grimmen“ direkt gewählt, zog die damals 36-Jährige ins Parlament ein. Sieben Mal in Folge gewann sie noch das Direktmandat in dem mehrfach umbenannten Wahlkreis, mit Ergebnissen zwischen 37,3 Prozent im Jahr 1998 und 56,2 Prozent im Jahr 2013.

Vergangene Woche absolvierte Merkel möglicherweise letzte Auftritte unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes, in der letzten regulären Sitzungswoche der ablaufenden Legislaturperiode: Am Mittwoch stellte sie sich noch einmal den Fragen der Abgeordneten, am Donnerstag gab sie eine Regierungserklärung – ihre insgesamt 83. – zum anschließenden EU-Gipfel ab.

Die ersten fünf Regierungserklärungen hatte sie noch als Umweltministerin in den 1990er Jahren vorgetragen, und überhaupt: Wahrgenommen wurde die Volksvertreterin Merkel im Lande zumeist als Politikerin der Exekutive; schließlich bekleidete sie rund 24 Jahre lang ein Regierungsamt. Schon knapp einen Monat nach ihrem Einzug ins Hohe Haus wurde sie im Januar 1991 als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt – bei der Berufung dürfte der vorherigen Vize-Regierungssprecherin der letzten DDR-Administration die Erfüllung der Dreifach-Quote „jung, weiblich, ostdeutsch“ geholfen haben. 1994 wechselte sie ins Umweltressort; 1998 folgte die Oppositionsbank, deren Härte zu kennen auch Langzeit-Kanzlern frommt.

Die einfache Abgeordnete machte auf der Parteischiene Karriere bis hin zum CDU-Vorsitz. Das trockene Brot der Opposition kaute Merkel auch nach der Wahl 2002, nun als CDU/CSU-Fraktionschefin und Oppositionsführerin auf einem der wichtigsten Posten im Parlament. 2005 wählte sie der Bundestag erstmals zur Kanzlerin, und die „Ära Merkel“ begann.

Manches hat sich geändert in diesen 16 Jahren, auch im Bundestag. Die Regierungsbefragung, der sich Merkel am Mittwoch stellen musste, gibt es in dieser Form erst seit 2018; seitdem muss die Regierungschefin den Abgeordneten dreimal im Jahr eine Stunde lang Rede und Antwort stehen; die Fragen die Parlamentarier ziehen sich quer durch den politischen Gemüsegarten. Für die Kanzlerin war es vergangene Woche das zehnte Mal, und auch diesmal präsentierte sie sich dabei souverän und konzentriert, mit Detailkenntnis und etwas Spontanität.

Der Auftritt machte einen wesentlichen Faktor im Verhältnis zwischen der Regierungschefin und den anderen Parlamentariern augenscheinlich: Dass nämlich die Kontrolle der Regierung zu den vornehmsten Aufgaben des Bundestages zählt. Und noch etwas prägt das Beziehungsgeflecht zwischen dem höchstem deutschen Parlament und dem höchstem Regierungssamt im Lande in besonderer Weise: Wer in der Bundesrepublik die „Richtlinien der Politik“ bestimmen will, ist anders als in früheren Zeiten allein vom Vertrauen der Volksvertreter abhängig. Nur „wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt“, so sagt es Grundgesetz-Artikel 63, kann ins Kanzleramt ein-



18. Januar 1991: Noch keinen Monat Abgeordnete, wird die 36-Jährige im Parlament als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt. © picture-alliance/dpa/Martin Gerten



22. Oktober 2002: Blumen der neuen Oppositionsführerin für den wiedergewählten Regierungschef Gerhard Schröder. © picture-alliance/Ulrich Baumgarten



28. Oktober 2009: Die wiedergewählte Kanzlerin nach ihrer Vereidigung alleine auf der Regierungsbank. © picture-alliance/Ulrich Baumgarten



14. März 2018: Nach langer Koalitionsbildung wird Merkel zum vierten Mal als Bundeskanzlerin vereidigt. © picture-alliance/Pacific Press/Simone Kuhlmei



22. November 2005: Schröder gratuliert seiner Amtsnachfolgerin zur ersten Kanzlerinnenwahl. © picture-alliance/dpa/Peer Grimm



17. Dezember 2013: Gratulationscour von Abgeordneten nach der zweiten Wiederwahl als Regierungschefin. © picture-alliance/dpa/Michael Kappeler



23. Juni 2021: In gelöster Stimmung bei ihrer wohl letzten Regierungsbefragung am vergangenen Mittwoch. © picture-alliance/Flashpic/Jens Krick

ziehen – und dort nur bleiben, solange diese Mehrheit dahinter steht.

Merkels dreimalige Wiederwahl resultiert aus Entscheidungen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie, die über eine bloße Bestätigung der Amtsinhaberin hinausgingen, auch wenn ihre Fraktion jeweils die meisten Abgeordneten zählte. 2009 stellten sie zusammen mit der aus der Opposition zurückkehrenden FDP die „Kanzlermehrheit“, 2013 wieder mit den Sozialdemokraten, die nach der Wahl 2017 erneut und teils äußerst widerwillig einsprangen, nachdem die angestrebte Koalitionsbildung mit Freidemokraten und Grünen gescheitert war. Rechnet man 2005 hinzu, war in drei von vier Fällen der parlamentarische Gegner von gestern ihr Regierungspartner von morgen.

Das hat in der Form vor ihr noch kein Bundeskanzler geschafft, auch wenn etwa Konrad Adenauer sich 1961 wieder mit der zuvor oppositionellen FDP zusammenraufen musste, mit der sich auch Willy Brandt 1969 bei seinem Wechsel vom Chefdiplomaten zum Regierungschef zusammenfand oder der Oppositionsführer Helmut Kohl 1982 beim Wechsel auf die Regierungsbank, auf der die Freidemokraten damals schon saßen. Und wengleich zumeist der Wählerwille Merkels Koalitionsbildungen erzwingt, zeugt es doch von einer der höchsten parlamentarischen Tugenden, der Fähigkeit zum Kompromiss.

Und noch ein Alleinstellungsmerkmal kann die Langzeit-Kanzlerin und Abgeordnete Merkel beanspruchen: Weder vom Wahlvolk noch nach einem Koalitionswechsel abgewählt, scheidet sie als erste noch amtierende Regierungschefin aus dem Hohen Haus. Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt, Kohl, sie alle saßen nach ihrer Regierungszeit noch mehr oder weniger lange im Parlament; ihr direkter Amtsvorgänger Gerhard Schröder legte sein Bundestagsmandat 2005 zwei Tage nach ihrer Kanzlerwahl nieder.

Nun ist die Abgeordnete Merkel beileibe nicht die einzige, die vor gut drei Jahrzehnten in den Bundestag gewählt wurde und das Parlament nun verlässt. Christoph Matschie (SPD) beispielsweise, der ebenfalls 1990 sein erstes Mandat errang, zeigte sich unmittelbar vor Merkels Befragung am Mittwoch in seiner letzten Rede „stolz, dass ich diesem Haus angehören durfte“. Oder Christian Schmidt (CSU), zwischenzeitlich Agrarminister in Merkels Kabinett, der einen Tag später in der Debatte über Merkels Regierungserklärung seine Dankbarkeit für „31 unglaubliche Jahre“ äußerte.

Andere nutzten die Gelegenheit, der Kanzlerin ihren Respekt zu zollen für 16 Jahre Europapolitik, während Alice Weidel, die AfD-Fraktionsvorsitzende, Merkels Weg als Kanzlerin von Fehlentscheidungen gesäumt sah. FDP-Fraktionschef Christian Lindner attestierte dagegen der Kanzlerin, sich „stets uneigennützig in den Dienst Deutschlands und Europas gestellt“ und damit große Verdienste erworben zu haben; sein Linken-Pendant Dietmar Bartsch konzedierte Merkel, dabei „vielfach Schlimmeres verhindert“ zu haben, und die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock bescheinigte der Kanzlerin, sie habe „in Krisensituationen in den letzten 16 Jahren dieses Europa zusammengehalten“. Merkel selbst ließ keinen Abschiedsschmerz erkennen, auch als ihr am Vortag Abgeordnete in der Befragung eine Bilanz ihrer Kanzlerschaft zu unterschiedlichen Themen entlocken wollten – teils mit Erfolg und sogar manchem Blick in die Zukunft. Beispiel Klimaschutz: Angesichts der objektiven Situation könne „kein Mensch sagen, dass wir genug getan haben – das ist doch vollkommen klar“, räumte die Kanzlerin ein, aber es sei „viel passiert“. Gleichwohl: „Die Zeit drängt wahnsinnig“, gab sie den Nachfolgern mit auf den Weg.

Kein iPhone „Man glaubt's nicht“, fiel ihr beim Stichwort Digitalisierung ein, „aber als ich Bundeskanzlerin wurde, gab's das iPhone noch nicht“, und beim Thema „Frauenanteil im Parlament“ bekannte sie, damit erst zufrieden zu sein, wenn er bei 50 zu 50 liegt. Ob sie es dann nicht am besten fände, wenn weiterhin eine Frau im Kanzleramt sitzt, wollte da eine Grünen-Abgeordnete nicht ohne Hintergedanken wissen, konnte Merkel aber nicht auf Glatteis locken. Sie sei der Meinung, antwortete sie, „dass nach 16 Jahren Angela Merkel die Bürgerinnen und Bürger mündig genug sind, ihre Entscheidung zu treffen, wen sie als Kanzler möchten – oder als Kanzlerin.“ Helmut Stoltenberg





Der ungarische Premierminister Viktor Orban (links), hier mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (Mitte) in Brüssel, hat die Gipfelteilnehmer mit seinem Gesetz zur Beschränkung von Informationen über Homosexualität gegen sich aufgebracht. Von der Leyen kündigte rechtliche Schritte gegen die Regierung in Budapest an. Am Ende könnte ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs stehen. © picture-alliance/AA/Dursun Aydemir

Überwachung auf See

AUSWÄRTIGES Die Bundeswehr setzt ihre Beteiligung an der UNIFIL-Mission vor der libanesischen Küste fort. Bis zu 300 Soldaten werden unverändert vor allem dafür sorgen, dass keine „Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial ohne Zustimmung der libanesischen Regierung in den Libanon verbracht werden“. Das geht aus einem Antrag (19/29626) der Bundesregierung hervor, den der Bundestag vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung verabschiedet hat. Für die Verlängerung des Mandats stimmten 471 Abgeordnete, dagegen 128. Drei Parlamentarier enthielten sich.

Neben der seegestützten Seeraum- und Luftraumüberwachung umfasst die Operation laut Bundesregierung unter anderem die seewärtige Sicherung der libanesischen Küste und der Küstengewässer sowie die Kontrolle des Seeverkehrs im maritimen Einsatzgebiet inklusive der Kontrolle von Ladung und Personen an Bord von Schiffen. Außerdem leistet die Bundeswehr Ausbildungshilfe für die libanesischen Streitkräfte.

Die Mission bleibt aus Sicht der Bundesregierung ein wichtiges stabilisierendes Element und von zentraler Bedeutung für die Waffenruhe zwischen dem Libanon und Israel. Die Rolle der Hisbollah und der Einfluss des Iran in der Region, der unverändert hohe Anteil syrischer Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung und der fortgesetzte Konflikt im Nachbarland Syrien stellen erhebliche Herausforderungen dar. Zudem sei die Wirtschafts- und Finanzkrise durch die Explosion im Hafen von Beirut am 4. August 2020 und die darauffolgende Regierungskrise noch verstärkt worden. *Joh*

Sinn und Zweck

EUROPA Auf dem EU-Gipfel und im Bundestag wird heftig über den Kitt des Bündnisses gestritten

Am Ende konnten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der französische Präsident Emmanuel Macron nicht durchsetzen: Nach heftigen Diskussionen auf dem EU-Gipfel lehnten die anderen Regierungschefs den Plan der beiden für eine Art europäisches Gipfeltreffen mit Russlands Präsident Wladimir Putin ab. Obwohl die EU ihr Verhältnis zu Russland als historisch schlecht bezeichnet, sahen vor allem die baltischen und osteuropäischen Staaten für ein derartiges Gesprächsangebot derzeit keine Grundlage. In der Abschlussklärung des Gipfels vom vergangenen Donnerstag wird stattdessen ein Plan für Strafmaßnahmen gefordert. Es gebe „die Notwendigkeit einer entschlossenen und koordinierten Reaktion der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf jede weitere böswillige, rechtswidrige und disruptive Aktivität Russlands“, heißt es darin. Merkel sagte hinterher, sie hätte sich „mutigere Schritte“ gewünscht. Mit „mutigen Schritten“ ist es in der EU so eine Sache, auch in Bezug auf den Umgang mit Ungarn. So wurde auf dem Gipfel sehr

heftig über ein neues ungarisches Gesetz gestritten, das es verbietet, Kindern und Jugendlichen in Büchern, Filmen und der Schule das Thema Homosexualität zu vermitteln. Doch wie darauf reagieren? Was wäre „mutig“ in dem Fall? Seit 2018 schon läuft, wie gegen Polen, ein sogenanntes Artikel-7-Verfahren gegen Ungarn, weil die Grundrechte der EU dort „eindeutig gefährdet“ sind. In der vergangenen Woche kochten die Emotionen über die ungarische Politik derart hoch, dass einige Regierungschefs dem Land gar einen EU-Austritt nahelegten und forderten, die Diskussion über europäische Grundwerte entschlossener zu führen.

»Europa taumelt im Kern wie ein angeschlagener Boxer im Ring.«

Dieter Bartsch (Linke)

Zusammenhalt Die Frage, was Europa zusammenhält, bestimmte auch die Debatte im Bundestag kurz vor Beginn des Gipfeltreffens. In ihrer vermutlich letzten europapolitischen Regierungserklärung vermied es Bundeskanzlerin Merkel aber tunlichst, eine Art Abschiedsrede zu halten. Sie forderte in Berlin schon, was sie später in Brüssel noch einmal bekräftigte: Die EU müsse ihre gemeinsame Handlungsfähigkeit stärken. Der Corona-Wiederaufbaufonds mit gemeinsamen Krediten zeige, dass es gehe

„Auf eine außergewöhnliche Krise haben wir eine außergewöhnliche Antwort gefunden.“ Solch eine gemeinsame Strategie sei auch gegenüber Russland nötig: „Wir müssen Mechanismen schaffen, um gemeinsam und geeint auf Provokationen antworten zu können.“ Nur so werde man lernen, „den hybriden Angriffen Russlands etwas entgegenzusetzen“, sagte sie. Die Debatte wurde auch von den drei Kanzlerkandidaten von Union, SPD und Grünen genutzt, um sich, mit unterschiedlichen Gewichtungen, als Europäer zu positionieren. Als erster trat Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) ans Rednerpult und stellte klar: „Die EU ist nicht nur ein wirtschaftliches Zweckbündnis, sie wird getragen von gemeinsamen Werten, von dem Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Da müssen wir klar und unmissverständlich sein.“ Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) sagte: „Wir brauchen Europa mehr als je zuvor.“ Die Veränderungen des internationalen Machtgefüges, die Herausforderungen des Klimawandels zeigen, dass man darauf nicht nationalstaatlich reagieren könne. Annalena Baerbock (Grüne) betonte: „Es reicht nicht mehr, Europa immer nur kurzfristig bei externen Schocks zu stabilisieren. In diesem Jahrzehnt geht es darum, Europas Versprechen zu erneuern.“ Dies bedeute, den Wirtschaftsraum der EU so zu

modernisieren, „dass wir auf den Märkten der Welt klimaneutral eine Chance haben“. Alice Weidel (AfD) warf der Bundeskanzlerin historische Fehlentscheidungen vor. Das fange beim Flüchtlingsabkommen mit der Türkei an, mit dem sich die EU auch künftig erpressbar machen lassen wolle, und gehe bis zur geplanten „Klimaplanwirtschaft“. Der von der EU beschlossene „angebliche Wiederaufbaufonds“ sei „die Tarnkappe für die Einführung der europäischen Schuldenunion“, kritisierte sie. Christian Lindner (FDP) betonte: „Europa ist unsere Zukunft.“ Zugleich warnte er, mit dem Wiederaufbaufonds das Prinzip

des Schuldenmachens wieder einzuführen. Die Folgen der Finanzkrise seien noch nicht überwunden, daher seien Staats-schulden eine Gefahr für die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion. Dieter Bartsch (Die Linke) kritisierte Merkel dafür, den Anspruch, die EU zu stärken, nicht eingelöst zu haben. „Europa taumelt im Kern wie ein angeschlagener Boxer von einer Ecke in die andere.“ So fehle ein gemeinsamer Kompass in der Sozial- und Flüchtlingspolitik. Die Normalverdiener dürften nicht, wie nach der Finanzkrise, die Folgen der Corona-Pandemie bezahlen, warnte er. *Claudia Heine*

STICHWORT

Die wichtigsten Beschlüsse des EU-Gipfels

Ungarn Die Kommission will das ungarische Gesetz gegen angebliche Werbung für Homosexualität prüfen. Präsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete es in Brüssel als „Schande“.

Russland Geplant ist ein härterer Kurs gegenüber Russland und gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen inklusive wirtschaftlicher Sanktionen. Ein Gipfeltreffen mit Präsident Wladimir Putin (Foto) soll es vorerst nicht geben.

Migration Die Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern soll verstärkt und das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei erneuert werden.



© picture-alliance/Spainik/Alexey Nikolsky

Weitere Präsenz im Kosovo

AUSWÄRTIGES Die Bundeswehr wird sich ein weiteres Jahr mit unverändert bis zu 400 Soldatinnen und Soldaten an der von der Nato geführten internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) beteiligen. Für einen dazu von der Bundesregierung vorgelegten Antrag (19/29625) votierten am vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung 468 Abgeordnete und 127 dagegen. Es gab vier Enthaltungen.

Zu den Aufgaben der Bundeswehr gehören laut dem verlängerten Mandat die „Unterstützung zur Entwicklung einer stabilen, demokratischen, multiethnischen und friedlichen Republik Kosovo“. Auch sollen die Soldaten den Aufbau der Kosovo Security Force (KSF) „als demokratisch kontrollierte, multiethnisch geprägte Sicherheitsorganisation“ unterstützen.

Die Sicherheitslage im Kosovo sei weiterhin überwiegend ruhig und stabil, betont die Bundesregierung. Allerdings verbleibe nach wie vor ein Konflikt- und Eskalationspotenzial insbesondere im Norden des Landes. So könnten sich die weiterhin angespannten Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien mittelbar auch auf die Sicherheitslage im Kosovo auswirken.

Die tatsächliche Anzahl der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten wurde in den vergangenen Jahren bereits deutlich gesenkt. Im Juni 2019 halbierte sie sich von 800 auf 400 Kräfte. Bei einer unerwarteten Verschlechterung der Lage könne die Bundeswehr jedoch schnell und flexibel reagieren, betont die Bundesregierung. Erstmals wurde der KFOR-Einsatz vom Bundestag am 11. Juni 1999 gebilligt. *Joh*

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@cover-services.de
Telefon 089-8585 3832



Rechtsstaat im Rückbau

MENSCHENRECHTE Experten verlangen klare Kante gegenüber türkischer Führung

Vor dem Hintergrund der Forderung von Außenminister Heiko Maas (SPD) nach einem neuen EU-Flüchtlingsabkommen haben Experten auf gravierende Menschenrechtsverletzungen in der Türkei hingewiesen. In einer öffentlichen Anhörung des Menschenrechtsausschusses warfen die Sachverständigen dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in der vergangenen Woche vor, Demokratie und Rechtsstaat systematisch auszuhöhlen. Die Gewaltenteilung existiere nur noch auf dem Papier, so ihr Urteil. Von Deutschland und der Europäischen Union verlangen die Experten ein entschiedenes Handeln. Von einem „dramatischen Rückbau“ des Rechtsstaates sprach Günter Seufert von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Dieser habe „verheerende Auswirkungen“ auf die Achtung von Grund- und Menschenrechten. Die Instrumentalisierung der Justiz bedrohe nicht nur die Rechte des Einzelnen, sie verenge auch den Raum für „le-

gales politisches Handeln“. Das zeige das Verbotverfahren gegen die pro-kurdische Partei HDP exemplarisch. Amke Diert von Amnesty International Deutschland sagte, mit seinem im März präsentierten „Aktionsplan Menschenrechte“ gebe Erdogan nur vor, Demokratie und Rechtsstaat stärken zu wollen. Das Gegenteil sei der Fall. Ein Beispiel: die propagierte „Nulltoleranz“ gegen Folter. Lokale Menschenrechtsorganisationen berichteten fast täglich über neue Fälle in Polizeistationen und Gefängnissen.

Abkommen als Druckmittel Deutliche Kritik an der Türkei-Politik der Bundesregierung übte der Journalist Can Dündar: Erdogan kontrolliere Parlament, Justiz und Medien. Trotzdem sei Deutschland bereit, „Kompromisse“ zu schließen. Das EU-Flüchtlingsabkommen nutze Erdogan erfolgreich als Druckmittel. Verletzungen der Menschenrechte würden dafür still in Kauf genommen. Selmin Caliskan von der Open Society Foundations forderte mehr Unterstützung für die Frauenbewegung. Die Zahl der Frauenmorde habe sich in der Türkei in den vergangenen Jahren verdoppelt. Der Austritt aus der Istanbul-Konvention lasse eine weitere Verschlechterung der Lage be-

fürchten. Diese spiele eine „zentrale“ Rolle im Widerstand gegen Erdogans autoritären Kurs. Zudem müsse die EU Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit zur Bedingung für Verhandlungen mit der Türkei machen. Die Autorin Laila Mirzo mahnte, die Weltgemeinschaft dürfe nicht länger wegsehen. Erdogan sei ein „Islamist und Nationalist“, der von einem neuen Osmanischen Reich träume. Angesichts der wiederholten Menschenrechtsverletzungen drängte sie auf „Sanktionen gegen Ankara“.

Auch Thomas Schirmacher, Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, plädierte angesichts der wachsenden religiösen und ethnischen Spannungen in der Region zum Handeln: Ob Nordirak oder Nordsyrien, Armenien oder Aserbaidschan – die Türkei „infiziere“ mit ihrem Kurs ein Land nach dem anderen, sagte der Theologe. Die Journalistin Düzen Tekkal forderte, Deutschland müsse sich auf die Seite der demokratisch gesinnten Zivilbevölkerung stellen: „Das gelingt doch auch im Fall von Belarus, warum nicht für die Türkei?“ Tekkal plädierte außerdem für ein Verbot der „Grauen Wölfe“ in Deutschland. Von der „antisemitisch-völkisch-nationalistischen Bewegung“ gehe auch hierzulande Gefahr aus. *Sandra Schmid*

Dialog mit dem Iran gefordert

MENSCHENRECHTE Die Bundesregierung soll sich gegenüber dem Iran noch stärker für die Achtung der universell gültigen Menschenrechte einsetzen und sich für einen EU-Menschenrechtsdialog mit dem Land stark machen. Einem entsprechenden Antrag (19/3079) der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen stimmte der Bundestag am vergangenen Freitag mit den Stimmen der Antragsteller gegen die Stimmen der AfD zu. Die Linksfraktion enthielt sich.

Außerdem votierte der Bundestag für einen Antrag (19/30980) von Union und SPD, in dem beide Fraktionen eine noch zentralere Rolle für Gleichstellungsthemen in der Entwicklungszusammenarbeit fordern. Die AfD lehnte die Initiative ab, Linke und Grüne enthielten sich.

Abschließend beriet der Bundestag im Zuge der halbstündigen Debatte auch den 14. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung für den Berichtszeitraum 2018 bis 2020 (19/25000) sowie den Entwurf des EU-Jahresberichts über Menschenrechte und Demokratie in der Welt im Jahr 2018 (19/22367 A.68). Zur Abstimmung standen darüber hinaus zahlreiche Anträge von FDP, Grünen und Linken zum Thema Menschenrechte, die jedoch alle abgelehnt wurden. *Joh*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ REZENSiert

Warum Deutschland es besser macht



John Kampfner:

Warum Deutschland es besser macht. Ein bewundernder Blick von außen.

Rowohlt Verlag, Hamburg 2021; 285 S., 12 €

„Aus dem Leben der Deutschen sind ihre Vereine nicht wegzudenken“, stellt John Kampfner verwundert fest. Auch seien die Deutschen mehrheitlich ehrenamtlich aktiv. Die größte Besonderheit Deutschlands sei jedoch sein duales Berufsbildungssystem, für das sich knapp die Hälfte der Schulabgänger entscheide. Auch fühlten sich die Deutschen „wohl, wenn sie über Kultur sprechen“ könnten. Werte, die in der angelsächsischen Welt längst als altmodisch abgetan würden, seien in Deutschland „einfach nie aus der Mode gekommen“. Er nennt die Bedeutung der Familie, Verantwortung und die Rolle des Staates. Kampfners Liste der „deutschen“ Tugenden und Erfolge ist lang. Voll Bewunderung beschreibt der Autor ein Land, das in den vergangenen 75 Jahren mit Hilfe von außen eine funktionierende Demokratie aufbauen durfte.

Anhand von Schlüsseldaten, insbesondere den Jahren 1949, 1968, 1989, 2015 und 2020, bewertet Kampfner die „erstaunliche Erfolgsgeschichte“ des Nachkriegs-Deutschlands. „Wer immer noch meint, mit Schadenfreude auf Deutschland blicken zu können, wird feststellen, dass sie nicht lange anhält“, lautet das Fazit des bekannten britischen Publizisten, der viele Jahre für britischen Medien aus Deutschland berichtete.

Das empfehlenswerte Buch begnügt sich jedoch nicht mit einem Loblied auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Leistung der Deutschen, es enthält auch eine konkrete Forderung: Es sei an der Zeit, dass die Deutschen auch anderen helfen: „Europa und die demokratische Welt verlangen dringend nach Führung“, doch Deutschland zögere, Verantwortung zu übernehmen. Deutschland sei „Europas größte Hoffnung in der Ära des Nationalismus, der Gegenauflärung und der Angst.“ Deutschland könne die liberale Demokratie stark machen, weil es wie kein anderes Land wisse, was geschehe, wenn man keine Lehren aus seiner Geschichte zieht. manu



Gerade die Industrie (Bild oben) verzeichnet einen Rückgang bei den Ausbildungsverträgen in der Pandemie. Wie dem Phänomen begegnet werden kann, darüber diskutierte ein Bundestags-Kommission (Bild unten). © picture-alliance/Rupert Oberhäuser/DBT Henning Schacht

Unterstützung bekam sie von SPD-Bildungspolitikerin Yasmin Fahimi. In der „schönen neuen Arbeitswelt“ sei die Digitalisierung nicht nur ein technischer Prozess, sondern eine Kulturrevolution, es brauche einen neuen Ordnungsrahmen. „In der Pandemie haben die Attraktivität und die Integrationskraft nachgelassen, jetzt gilt es, diese zu stabilisieren über einen Neustart“, sagte sie. Dieser müsse in der Berufsorientierung beginnen. Es sei zudem Zeit, jedem Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie zu geben. Eine weitere Forderung betreffe Azubi-Wohnheime, zur Verfügung gestellt von Bund und Ländern für diejenigen, die Lehrstellen fern der Heimat antreten.

Vor allem die Opposition hatte im Bericht immer wieder zu Sondervoten ge-griffen. AfD-Politikerin Nicole Höchst betonte, dass der weit überwiegende Teil des Berichts im „gemeinschaftlichen Konsens erstritten“ wurde. Für die AfD stehe in der Digitalisierung vor allem der Mensch im Mittelpunkt: Es seien immer noch die Persönlichkeiten, die Schüler förderten und forderten, Lehrer seien keine reinen Moderatoren. Die Pandemie habe zudem gezeigt, dass digitale Lernprozesse, etwa mit dem Fernunterricht, an Grenzen stoßen. Höchst forderte, die Bildungsausgaben zu erhöhen. Deutschland dürfe nicht weiter einen Mangel verwalten.

Mehr Mut nötig Der Bericht sei „kein konsensueller Masterplan für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre“, resümierte Jens Brandenburg (FDP). Dennoch leiste er eine strukturierte Analyse der Debatten. An einigen Stellen habe sich seine Fraktion mehr gewünscht: So hätte das Gremium den Umfang, als auch die Auswirkungen der Digitalisierung unterschätzt. Auch bei der Internationalisierung sei noch mehr möglich: „Die Erasmus+-Programme werden noch viel zu selten von Auszubildenden genutzt“, sagte Brandenburg. Dennoch dürfe die Lage auf dem Ausbildungsmarkt auch nicht schlechter geredet werden als sie sei; in vielen Branchen riefen die Betriebe händeringend nach Lehrlingen.

Der Kritik schloss sich Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen) an. Die Kommission habe zu oft im Alten verharret, über den Status quo diskutiert und das Thema Digitalisierung nicht innovativ genug bearbeitet, sagte sie. Stillstand bei der Suche nach Fachkräften könne man sich nicht leisten, da die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Spiel stehe. „Ich freue mich, dass 400 Auszubildende in der Kommissionsarbeit befragt wurden – allerdings wollen wir mehr Öffentlichkeit und Beteiligung, mehr Mut zu Transparenz“, betonte die Grüne.

Integrationskraft Für die Linkfraktion sprach Birke Bull-Bischoff die Ausbildungsgerechtigkeit an. „Die Herkunft entscheidet in der beruflichen Bildung maßgeblich über die Bildungserfolge“, sagte sie. Zu viele junge Menschen würden in Sonderstrukturen verwiesen und da, wo junge Menschen nicht „auf der Sonnenseite des Lebens“ seien, herrsche oft ein Mangel, etwa was die Ausstattung von Lernorten angehe. Es brauche daher mehr inklusive Angebote, mehr Flexibilität, mehr sozialpädagogische Hilfen und eine Ausbildungs-garantie. Die im Juni 2018 eingesetzte (19/2979) Enquete-Kommission setzte sich aus je 19 Abgeordneten und Sachverständigen aus Praxis, Verbänden und Wissenschaft zusammen. Sie hatte den Auftrag, Entwicklungsperspektiven der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung in der künftigen Arbeitswelt zu analysieren. Lisa Brübler

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

50 Millionen Euro für Förderung der Industriekultur

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ein Sonderprogramm „Lebendige Industriekultur“ aufzulegen. Einen entsprechenden Antrag (19/30982) der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD billigte der Bundestag ohne Aussprache. Für das Programm sollen 50 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt werden. Schwerpunkt des Programms sollen investive Maßnahmen zur Kultur- und Denkmalpflege sein, die auch den Wandel in der Arbeitswelt sichtbar machen und von denen Bildung und Tourismus profitieren.

AfD-Forderung nach Sprachakademie abgelehnt

Die AfD-Fraktion ist mit ihren Forderungen nach einem „Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität“ und einer „Deutschen Akademie für Sprache und Kultur“ gescheitert. Der Bundestag lehnte beide Anträge (19/28794, 19/28764) gemäß einer Beschlussempfehlung des Kulturausschusses (19/31079) mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ohne Aussprache ab.

Linken-Anträge zur Pressefreiheit abgelehnt

Der Bundestag hat zwei Initiativen der Linken zum Schutz der Pressefreiheit und von Journalisten abgelehnt. Mit den Stimmen der Koalition und der AfD lehnte er die beiden entsprechenden Anträge (19/27320, 19/20032) gemäß einer Beschlussempfehlung des Innenausschusses (19/29945) ab. FDP und Grüne enthielten sich jeweils der Stimme.

Grüne und FDP scheitern mit Anträgen zu Bibliotheken

Grüne und FDP sind mit ihrer Forderung nach Sonntagsöffnungszeiten von öffentlichen Bibliotheken gescheitert. Der Bundestag lehnte die beiden Anträge (19/7737, 19/23304) gemäß einer Beschlussempfehlung Arbeits- und Sozialausschusses (19/31074) mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und AfD bei Enthaltung der Linken ab. Grüne und FDP hatten übereinstimmend eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes gefordert.

Forderung der AfD nach Aufarbeitung abgelehnt

Die AfD ist mit ihrer Forderung nach einer Aufarbeitung von personellen und strukturellen Kontinuitäten der NS-Zeit im Bundestag nach 1949 gescheitert. Der Bundestag lehnte den Antrag (19/29308) nach einer Beschlussempfehlung des Kulturausschusses (19/30825) mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab.

FDP-Vorstoß zur Neuordnung der SPK zurückgewiesen

Die FDP ist mit der Forderung, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) aufzulösen und die Staatlichen Museen zu Berlin und die Staatsbibliothek in zwei eigenständige Stiftungen einzubringen, gescheitert. Der Bundestag lehnte den Antrag (19/24534) gemäß einer Beschlussempfehlung des Kulturausschusses (19/30677) mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab. aw

Anzeige

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS



FORDERN SIE JETZT IHR GRATIS-PROBEHEFT AN WWW.POLITIKUM.ORG



Impulsgeber

BILDUNG Die Enquete-Kommission des Bundestags fordert einen eigenen Digitalpakt für Berufsschulen

Weniger Ausbildungsanfänger, ein verkleinerter Ausbildungsmarkt und ein Tiefstand bei den abge-schlossenen Ausbildungsverträgen – im Schatten der Diskussionen um coronabedingte Defizite an Allgemeinbildenden Schulen zeigt auch der aktuelle Berufsbildungsbericht (19/30295) einen negativen Trend, der sich allerdings schon länger ankündigte: Im Jahr 2020 sank die Zahl der neuen Ausbildungsverträge erstmalig seit 1992 unter 500.000, ein Rückgang um elf Prozent im Vergleich zu 2019. Besonders stark betroffen sind Industrie und Handel. In dieser Gemengelage stellte die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ am vergangenen Dienstag nach drei Jahren Arbeit ihren Abschlussbericht (19/30950) vor und forderte einen Pakt für die berufliche Bildung mit einem eigenen Digitalpakt für Berufsschulen. Mobile Endgeräte für Auszubildende und Weiterbildungsteilnehmende müssten über eine allgemeine Lernmittelfreiheit oder über Regelschüsse finanziert werden, fordert das Gremium.

Zeitpunkt stimmt Der Bericht komme „zur rechten Zeit“, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) bei der Vorstellung und verwies mit Blick auf das Ungleichgewicht auf dem Ausbildungsmarkt zugunsten der akademischen Laufbahn auf Handlungsbedarf. Die mit der Digitalisierung verbundenen langfristigen Veränderungsprozesse betreffen etwa die Berufsbilder, die Anpassung von Ausbildungsordnungen aufgrund von veränderten Produktionsprozessen, aber

auch den Einsatz von digitalen Medien in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, heißt es in dem 600 Seiten starken Bericht. Den Wandel von der analogen zur digitalen Arbeitsweise hatte die Kommission mit Beginn der Pandemie selbst erlebt (siehe Interview unten). In der Diskussion im Plenum betonte die Vorsitzende des Gremiums, Antje Lezius (CDU), die konstruktive, fraktionsübergreifende Arbeit. Deutschland habe enorm von der beruflichen Bildung profitiert und daher müssten alle ein Interesse daran haben, diese zukunftsfester zu machen, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und die Teilhabe und Integration junger Menschen zu fördern. „Im Bericht zeigen wir Chancen für die berufliche Bildung, etwa, wie eigenverantwortlich lebensbegleitendes Lernen zur Normalität werden kann“, sagte Lezius.

»Das Elternhaus muss miteinbezogen werden«

INTERVIEW Passgenaue Ausbildungsangebote werden immer wichtiger, sagt Enquete-Vorsitzende Antje Lezius (CDU)

Frau Lezius, die Arbeit der Enquete-Kommission hat durch die in der Pandemie sichtbar gewordenen Schwächen im Bildungssektor eine neue Aktualität bekommen. Welche Herausforderungen sind Ihnen in den Beratungen begegnet? Es gab schon vorher vielfältige Herausforderungen und die sind in der Pandemie wie unter einem Brennglas hervorgetreten: Es bleiben weiter viele Ausbildungsplätze unbesetzt – aus den unterschiedlichsten Gründen. In der Pandemie konnten keine Praktika stattfinden, auch war der normale Ausbildungsbetrieb unterbrochen. Zudem macht mir der ernst zu nehmende Mangel an Lehrkräften an Berufsbildenden Schulen Sorgen. Aber den Digitalisierungsschub durch die Pandemie hätte man mit keinem Gesetz so erreichen können.

Was sind aus Ihrer Sicht die großen Themen für die Berufliche Bildung in den nächsten Jahren? Es sind die Megatrends, die wir alle spüren. Also die digitale Transformation, die Globalisierung, der demographische Wandel und die Künstliche Intelligenz. Was ich bei den jungen Erwachsenen herausgehört habe, war so etwas wie eine Sinnsuche in dem, wie sie arbeiten. Bei unseren Besuchen in Ausbildungsbetrieben haben wir die große Freude von Azubis erlebt, wenn sie etwas mitentscheiden konnten und gefordert wurden.



Attraktivität und Passgenauigkeit von Ausbildungsangeboten werden also noch wichtiger werden in der Zukunft. Ja, wenn Unternehmen gute Auszubildende haben wollen, müssen sie sich und die Ausbildung in ihren Branchen attraktiv machen. „Handwerk hat goldenen Boden“ – das hat man ja gerade in der Pandemie gesehen, aber es muss noch besser kom-

muniziert werden, dass die berufliche Bildung viele Türen und Aufstiegsmöglichkeiten öffnet. Dabei muss auch das Elternhaus miteinbezogen werden. Sie haben am Ende der einzelnen Kapitel Handlungsempfehlungen eingefügt. Was sind für Sie die wichtigsten? Es gibt ungefähr 400 Empfehlungen. Wichtig sind etwa die Abschaffung des Schulgelds, die stärkere Förderung von internationalen Austauschprogrammen und der Pakt für berufsbildende Schulen. Zu betonen ist, dass nicht nur der Bund adressiert ist, sondern auch die Länder und alle an der beruflichen Bildung beteiligten Akteure. Alle müssen etwas beitragen, sonst funktioniert es nicht.

Sie fordern im Bericht einen Pakt für berufsbildende Schulen. Sind diese bislang zu kurz gekommen? Wie wichtig es ist, eine funktionierende technische Ausstattung zu haben, ist in der Pandemie deutlich geworden. Beim Digitalpakt Schule haben wir gesehen, dass es eine funktionierende Infrastruktur braucht. Darauf aufbauend braucht es auch eine dauerhafte, verlässliche Finanzierung digitaler Lehrerausstattung für berufsbildende Schulen. Weil es dort oft recht spezialisiert

ist, gibt es höhere finanzielle Bedarfe – das ist es nicht mit einem Laptop getan. Das bleibt eine Aufgabe für die kommende Legislatur. Was waren denn größere Streitlinien in den Beratungen der Kommission? Ich als Mediatorin bin für den Kompromiss, aber wenn man an Stellen nicht zusammenkommt, ist es gut, ehrlich zu sein. Deswegen haben wir uns für das Mittel der geteilten Voten in dem Abschlussbericht entschieden. Das betraf etwa die Themen Ausbildungs-garantie, ein Recht auf Weiterbildung oder Finanzierungsfragen.

Was wünschen Sie sich für die Umsetzung Ihrer zahlreichen Vorschläge? Ich erhoffe mir, dass viele Handlungsempfehlungen als Grundlage für künftige politische Entscheidungen herangezogen werden, also auch bei den nächsten Koalitionsverhandlungen. Den Adressaten der Empfehlungen wünsche ich ein mutiges Vorgehen bei der Umsetzung. Das Gespräch führte Lisa Brübler. Antje Lezius (CDU) ist Vorsitzende der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“



Adriana Lettrari:

Politische Hochleistungsteams im Deutschen Bundestag

Nomos Verlag, Baden-Baden 2020; 258 S., 54 €

Über den Bundestag und den Politiker-Beruf wurden schon viele Bücher verfasst. Das gilt nicht für die Mitarbeiter in den Abgeordnetenbüros, die „ihren“ Volksvertreter täglich begleiten, Termine planen und sich um deren inhaltliche Vorbereitung kümmern. Die Politikwissenschaftlerin Adriana Lettrari betrat mit ihrer Doktorarbeit daher „Neuland“: Als Mitarbeiterin eines stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden sammelte sie selbst Erfahrungen, bevor sie diese zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung machte. Anhand organisationswissenschaftlicher Konzepte analysiert Lettrari die „Hochleistungsteams“ in den Abgeordnetenbüros und vergleicht sie – durchaus schmeichelhaft – mit Profi-Teams aus dem Sport, Rettungskräften der Feuerwehr, Sondereinheiten der Polizei oder sogar mit OP-Teams in Notfallambulanzen. Besonders interessiert die Autorin dabei, wie die Büros ihre Arbeit organisieren. Zudem untersucht sie, inwieweit deren Handlungspraktiken tatsächlich mit den Profi-Hochleistungsteams verglichen werden können.

Die zunehmende Aufgabenvielfalt und Komplexität der Parlamentsarbeit haben massive Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen dieser kleinen, autonom arbeitenden „Organisationseinheiten“. Lettrari stellt fest, dass die Abgeordnetenbüros in einer „hyperkomplexen Umwelt“ agierten und mit einer wahren Informationsflut zurechtkommen müssten. Dabei seien sie einer erheblichen Dynamik und Unvorhersehbarkeit tagesaktueller Ereignisse ausgesetzt. Anders als bei den Hochleistungsteams gebe es bislang weder für die Abgeordneten noch für deren Mitarbeiter eine auf das Berufsbild ausgerichtete Ausbildung und kaum Weiterbildung. Dessen ungeachtet würden die Büros eine hohe politische Verantwortung tragen und enorme Leistungen bei den vielen parallel zu bewältigenden Aufgaben erbringen. manu

AUFGEKEHRT

Die Niederlage liegt in der Luft

Beim Fußball müssen Regeln überdacht werden, denn zum einen ist es kein Spiel, zum anderen gewinnt doch nicht immer Deutschland. Neuerdings gewinnt Ungarn, selbst wenn Ungarn verliert. Die neben dem Vatikan reformfreudigste Vereinigung der Erde, die UIEFA, hat den kühnen Vorstoß abgewehrt, mit einer Regenbogenbeleuchtung des Münchner Stadions ein Zeichen für Vielfalt zu setzen und gegen die erprobte Einfalt der ungarischen Regierung, die nur noch Viktor Orban für wegweisend hält. Ungarn führte damit schon 1:0, bevor es losging. Zur Strafe mussten die Ungarn wie schon 1954 beim „Wunder von Bern“ wieder im Regen gegen die Deutschen ran – und trotz Remis als Gruppenletzte nach Hause fahren. Kein Zweifel, Länderspiele im Fußball sind die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sehenswert ist das meist nicht, aber wichtig für die Volksseele, die nach Patriotismus hungert. Wir sehen halbnaackte Männerhorden in Kriegsbemalung auf den Tribünen, bereit, alles zu geben, Gejohle, martialische Gesänge, Fahnen. Fußball ist sehr männlich, Politik auch. Entfesselte Männer führen Krieg, drohen mit Atombomben, fälschen Wahlen, schalten Parlamente und die Opposition aus oder stellen die Vereinten Nationen infrage. Frauen dürfen nicht mal ungestraft ein Fußballspiel kommentieren. Fußball ist für die Politik überlebenswichtig, das erklärt auch die Sonderrechte während der Coronakrise. Auflagen? Kurzarbeit? Gehaltsverzicht? Eher nicht. Nun stehen sogar wieder Tausende in den Stadien und herzen sich innig. Das Virus ist nicht eingeladen, aber immer mit dabei. Im Kampf gegen Corona steht es 0:3, und das 0:4 liegt schon in der Luft. *Claus Peter Kosfeld*

VOR 10 JAHREN...

Das Ende der Meiler

30.6.2011: Deutschland beschließt Atomausstieg. „Emsland“, „Neckarwestheim 2“ und „Isar 2“ werden die letzten sein: Im kommenden Jahr werden diese Kernkraftwerke vom Netz genommen – der Schlussstein im deutschen Atomausstieg bis 2022. Am 30. Juni 2011 beschloss der Bundestag mit parteiübergreifender Mehrheit die Energieende: 513 Abgeordnete stimmten für



Das Kernkraftwerk Isar 2 wird 2022 als eines der letzten vom Netz gehen.

eine Änderung im Atomgesetz, 79 dagegen. Widerstand kam von den Linken, die den Atomausstieg im Grundgesetz verankern wollten, um eine „Rückfahrkarte“ auszuschließen. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) sprach im Bundestag zwar von einem „energiepolitischen Konsens“, der „nach mindestens 30-jähriger kontroverser und zum Teil unversöhnlicher Debatte“ beschlossen werde. Auslöser für die Initiative war aber die Atomkatastrophe von Fukushima im März 2011, nach der Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eine Kehrtwende vollzog: Unter anderem wurde die kurz zuvor beschlossene Laufzeitverlängerung der Meiler um bis zu 14 Jahre zurückgenommen. Die Opposition kritisierte diesen Zickzack-Kurs. Dennoch unterstützen SPD und Bündnis 90/Die Grünen das Gesetz der schwarz-gelben Koalition und betonten in Person von SPD-Chef Sigmar Gabriel: „Dieser Ausstieg ist unser Ausstieg.“ Bereits 2001 hatte es unter der rot-grünen Regierung einen Ausstiegsbeschluss gegeben. Grünen-Fraktionschefin Renate Künast kritisierte die beschlossene Steigerung des Öko-Strom-Anteils auf 35 Prozent bis 2020 als zu wenig. Heute kommt immerhin fast die Hälfte des deutschen Stroms aus erneuerbaren Energien. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: JUGENDBEGEGNUNG



Zu dem Programm der Jugendbegegnung gehörte ein Podiumsgespräch mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) und Raphael Gross, Präsident der Stiftung des Deutschen Historischen Museums (Bild oben rechts, von links nach rechts) sowie Exkursionen im Großraum Berlin.

Von der Vergangenheit lernen

„Erinnerung, so viel ist sicher, lebt nur fort, wenn nachfolgende Generationen sie pflegen“ - mit diesen Worten begrüßte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) die Teilnehmer der diesjährigen Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages. Man sei sehr froh, diese Begegnung, die normalerweise rund um den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus stattfindet, coronakonform nachholen zu können. Anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion befassten sich 30 Jugendliche im Alter zwischen 18 und 25 Jahren mit dem Themenkomplex „Nationalsozialistische Verbrechen und Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg“. Vier Tage lang lernten die Teilnehmer mit- und voneinander, setzten sich in Arbeitsgruppen intensiv mit der Materie auseinander, machten Exkursionen und führten Fachgespräche. „Es ist schön zu sehen, wie viele andere junge

Menschen sich ebenfalls in Gedenkstätten und für Erinnerungskultur engagieren“, erklärt die frischgebackene Abiturientin Hannah (19), die an ihrer Schule regelmäßig Exkursionen und Podiumsdiskussionen über die Zeit des Nationalsozialismus organisiert hat. Höhepunkt der diesjährigen Jugendbegegnung ist ein Podiumsgespräch zur deutschen Erinnerungspolitik mit Wolfgang Schäuble und Raphael Gross, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum. Im Fokus der Diskussion steht dabei die vom Bundestag beschlossene, neue Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft. Eine solche Einrichtung sei eine Chance, auch bisher weniger bedachte Opfergruppen und Verbrechen in den Fokus zu nehmen, antwortet Raphael Gross auf die Frage, weshalb Massener-

schießungen und verbrannte Dörfer in Osteuropa bisher kaum Platz im öffentlichen Gedenken finden. Da er mit seinen Kollegen aktuell an einem Realisationskonzept für die Informationsstätte arbeitet, kann er den Jugendlichen aus erster Hand Einblicke in die Planung geben: Ausgehend von den Motiven der Täter und den Verbrechen der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft von 1939 bis 1945 soll das Informationszentrum auch der Frage nachgehen, wie nach Ende des Krieges auf rechtlicher, moralischer und erinnerungspolitischer Ebene mit dem Geschehenen umgegangen wurde. Knapp 90 Minuten geht das Gespräch. „Mich hat positiv überrascht, wie frei und offen der Austausch war. Es gab kein Tabu und so konnten wir viele, auch kritische Themen ansprechen“, zieht Hannah ein kurzes Resümee bevor sie schon zum nächsten Programmpunkt eilt. *Denise Schwarz*

Geschichte hautnah erleben

VORFÜHRUNG Großbildprojektion zur deutschen Parlamentarismusgeschichte

Pünktlich zum Sommeranfang ist das Parlamentsviertel wieder um eine Attraktion reicher. Jeden Abend wird das südliche Spreetufer am Friedrich-Ebert-Platz zum Freiluftkino und das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus zur Großleinwand. Während der 30-minütigen Filmvorführung mit dem Titel „Dem deutschen Volke – Eine parlamentarische Spurensuche. Vom Reichstag zum Bundestag“ bekommen die Zuschauer einen Einblick in mehr als 130 Jahre deutschen Parlamentarismus. Beginnend mit der Kaiserzeit Ende des 19. Jahrhunderts, lädt der Film zu einer Reise durch die Jahrzehnte ein und thematisiert dabei die hellsten und dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte: Von der Weimarer Republik und der Machtübernahme durch die

Nationalsozialisten, über die Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands bis hin zur Gegenwart. Im besonderen Fokus des Films steht auch das Reichstagsgebäude. Als Parlamentssitz erbaut, dann zerstört, instandgesetzt, in einer Kunstinstallation verhüllt und schließlich wieder in seiner Funktion als Parlamentssitz genutzt, zeichnet der Film die Geschichte dieses Gebäudes nach. Auf insgesamt fünf Projektionsflächen an den Fassaden des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses, von der die größte knapp 300 und die kleinste ungefähr 21 Quadratmeter groß ist, wird die Geschichte des Parlamentarismus nachgezeichnet. Zusätzlich sorgen Laserprojektionen auf weiteren Gebäude-teilen sowie Licht- und Töneffekte für eine einzigartige Atmosphäre.

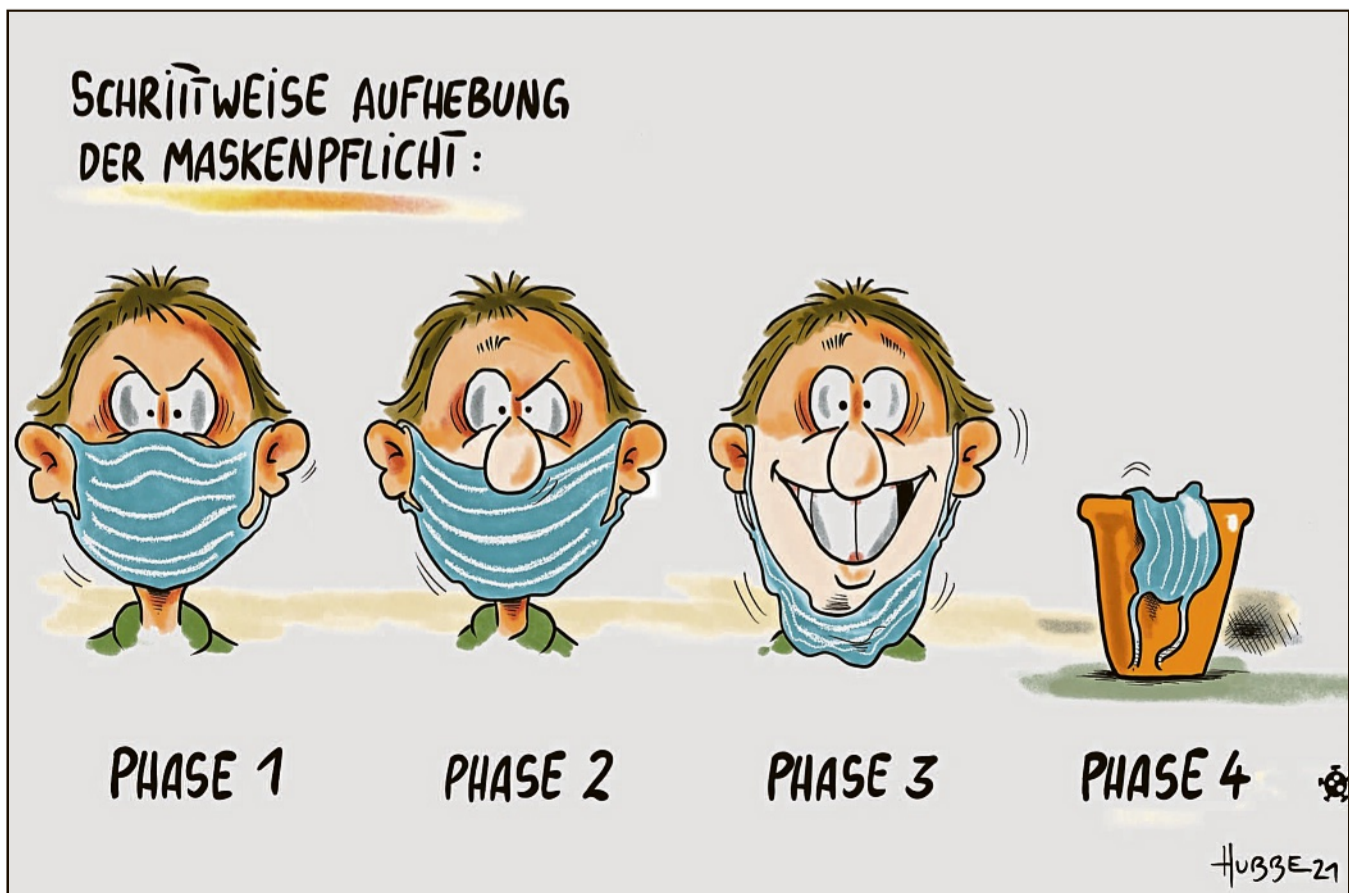
Die Installation richtet sich an Besucher aus aller Welt und ist mit englischen Untertiteln versehen. Untertitel in zehn weiteren Sprachen werden darüberhinaus online angeboten. Diese können über einen QR-Code abgerufen und per Smartphone mitgelesen werden. *Denise Schwarz*

Noch bis zum 03. Oktober 2021 wird der Film täglich zweimal hintereinander gezeigt. Der Eintritt ist frei. Beginn ist immer mit Einbruch der Dunkelheit.
Ab dem 21. Juni um 22.15 Uhr
Ab dem 12. Juli um 22.00 Uhr
Ab dem 26. Juli um 21.45 Uhr
Ab dem 09. August um 21.15 Uhr
Ab dem 23. August um 20.45 Uhr
Ab dem 06. September um 20.15 Uhr



Das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus wird jeden Abend zur Großleinwand

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Anita Schäfer
Bundestagsabgeordnete seit 1998, CDU
Anita Schäfer wird am 9. Juli 70 Jahre alt. Die Angestellte aus Saalstadt/Kreis Südwestpfalz wurde 1979 CDU-Mitglied, war seit 1992 stellvertretende Vorsitzende des dortigen Kreisverbands und wurde 1998 in den Vorstand des CDU-Bezirksverbands Rheinhesen-Pfalz gewählt. Schäfer gehört seit 1998 dem Verteidigungsausschuss an.

>Hans Raidel
Bundestagsabgeordneter 1990-2009, CDU
Hand Raidel wird am 11. Juli 80 Jahre alt. Der Diplom-Verwaltungswirt aus Oettingen war von 1970 bis 1990 dort Erster Bürgermeister und von 1974 bis 1990 Mitglied des Bezirkstags Schwaben. Er arbeitete überwiegend im Verteidigungsausschuss mit.

>Walter Altherr
Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU
Walter Altherr wird am 11. Juli 75 Jahre alt. Der Mediziner trat 1965 der CDU bei. Von 1996 bis 2006 und von 2009 bis 2011 gehörte er dem Landtag von Rheinland-Pfalz an. Altherr war Mitglied des Gesundheitsausschusses.

PERSONALIA

>Karl-Heinz Klejdzinski †
Bundestagsabgeordneter 1980-1990, 1992-1994, SPD
Karl-Heinz Klejdzinski starb am 16. Mai im Alter von 87 Jahren. Der Pädagoge aus Dülmen schloss sich 1960 der SPD an, war dort von 1969 bis 1980 Ratsherr und von 1975 bis 1984 Kreistagsmitglied. Klejdzinski engagierte sich vorwiegend im Verteidigungsausschuss. Von 1983 bis 1991 gehörte der Verstorbenen dem Europarat und der WEU an.

>Siegbert Alber †
Bundestagsabgeordneter 1969-1980, CDU
Siegbert Alber starb am 4. Juni im Alter von 84 Jahren. Der Jurist aus Stuttgart wirkte zumeist im Rechtsausschuss mit. Von 1977 bis 1997 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und von 1984 bis 1992 dessen Vizepräsident. Von 1997 bis 2003 amtierte Alber als Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof.

>Renate Blank †
Bundestagsabgeordnete 1990-2009, CSU
Renate Blank starb am 16. Juni im Alter von 79 Jahren. Die Einzelhändlerin aus Nürnberg trat 1974 der CSU bei und war Mitglied in Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden. Von 1984 bis 1990 gehörte sie dem Stadtrat in Nürnberg an. Blank wirkte vorwiegend im Verkehrsausschuss mit und war Mitglied im Kunstbeirat des Bundestages.

>Hans-Michael Goldmann
Bundestagsabgeordneter 1998-2013, FDP
Am 1. Juli wird Hans-Michael Goldmann 75 Jahre alt. Der Tierarzt aus Aschendorf/Kreis Emsland trat 1984 der FDP bei, war über 25 Jahre Kreistagsabgeordneter und gehörte von 1990 bis 1994 dem niedersächsischen Landtag an. Im Bundestag wirkte er im Landwirtschaftsausschuss mit, dessen Vorsitz er von 2009 bis 2013 innehatte.

>Robert Leidinger
Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD
Am 3. Juli vollendet Robert Leidinger sein 80. Lebensjahr. Der Oberleutnant wurde 1968 SPD-Mitglied, war seit 1983 Unterbezirksvorsitzender von Straubing-Regen und gehörte von 1976 bis 1986 dem Bezirkstag Niederbayern an. Leidinger engagierte sich im Verteidigungs- sowie im Sportausschuss.

>Helmut Lamp
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, 2000-2002, 2003-2005, 2007-2009, CDU
Helmut Lamp wird am 3. Juli 75 Jahre alt. Der Landwirt aus Schönberg/Plön wirkte unter anderem im Landwirtschaftsausschuss und im Ausschuss für humanitäre Hilfe und Menschenrechte mit. Von 1998 bis 2015 war er Vorsitzender des Bundesverbands BioEnergie.

>Birgit Schnieber-Jastram
Bundestagsabgeordnete 1994-2001, CDU
Am 4. Juli begeht Birgit Schnieber-Jastram ihren 75. Geburtstag. Die Redakteurin aus Hamburg trat 1981 der CDU bei und gehörte von 1986 bis 1994 sowie 2008/09 der dortigen Bürgerschaft an. Von 2001 bis 2008 war sie Sozialsenatorin sowie seit 2004 Zweite Bürgermeisterin. Schnieber-Jastram engagierte sich im Arbeits- sowie im Gesundheitsausschuss. Von 2009 bis 2014 gehörte sie dem Europäischen Parlament an.

>Wolfgang Daniels
Bundestagsabgeordneter 1987-1990, Die Grünen
Wolfgang Daniels wird am 4. Juli 70 Jahre alt. Der Diplom-Physiker schloss sich 1980 den Grünen an. Bevor er 1987 Bundestagsabgeordneter wurde, war er bereits von 1983 bis 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter seiner Bundestagsfraktion. Daniels wirkte im Umwelt- und im Forschungsausschuss mit.

>Wolfgang Zeitlmann
Bundestagsabgeordneter 1987-2005, CDU
Wolfgang Zeitlmann begeht am 5. Juli seinen 80. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Bernau/Kreis Rosenheim trat 1962 der CSU bei, war von 1972 bis 1987 dort ehrenamtlicher Bürgermeister und von 1972 bis 1987 Kreisrat. Zeitlmann engagierte sich im Innen- sowie im Rechtsausschuss und war stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums. *bmh*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 12. Juli.



Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Eine Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit diskutieren



Angela Merkel (*1954)
Wahlkreis 15

Seit gut eineinhalb Jahren hält uns die Bekämpfung der Coronaviruspandemie in Atem, national wie international, im Rahmen der G-7- und der G-20-Staaten wie auch natürlich insbesondere im Kreis der EU-Mitgliedstaaten. Mittlerweile dürfen wir in Europa vorsichtig optimistisch sein; denn nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen europäischen Mitgliedstaaten gehen die Infektionszahlen deutlich zurück und steigt gleichsam im Gegenzug die Zahl der geimpften Menschen immer weiter an.

Doch auch wenn es also Grund zur Zuversicht gibt: Vorbei ist die Pandemie noch nicht, schon gar nicht in den armen Ländern dieser Welt. Aber auch wir in Deutschland und in Europa bewegen uns immer noch auf dünnem Eis. Wir müssen weiter wachsam bleiben. Besonders neu auftretende Virusvarianten, jetzt vor allem die Delta-Variante, mahnen uns weiterhin zur Vorsicht. Deshalb müssen wir den Weg aus der Pandemie weiter mit Augenmaß gehen. Vier Themen stehen im Mittelpunkt auch der Beratungen beim heute beginnenden Europäischen Rat:

Erstens: das digitale Covid-Zertifikat. Wir haben uns ja im Mai gemeinsam mit dem Europäischen Parlament auf ein europaweit gültiges Format geeinigt. Das war ein

wichtiges Signal. Technisch wurde das Zertifikat rechtzeitig zur Sommerzeit umgesetzt. Ab dem 1. Juli wird es EU-weit verbindlich gelten. Deutschland hat seine nationalen Hausaufgaben gemacht; Dank dafür allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Inzwischen wurden bereits fast 30 Millionen digitale Zertifikate vergeben, genau genommen – so sagte es mir der Gesundheitsminister gestern Abend um 20 Uhr –: 29,2 Millionen Zertifikate. Damit werden wir unserem Anspruch gerecht, einen gemeinsamen europäischen Standard sowohl für Geimpfte als auch für Getestete und für Genesene zu schaffen. Dabei entscheiden die EU-Mitgliedstaaten weiterhin selbst, welche Rechte sie dann den Inhabern des digitalen Zertifikats einräumen wollen.

Zweitens: der Fortschritt der Impfkampagnen und die weltweite Verteilung von Impfstoffen. Auch darüber werden wir auf dem heute beginnenden Europäischen Rat beraten. Bereits beim G-7-Gipfel in Cornwall vor zwei Wochen haben wir hierzu ein starkes Zeichen gesetzt. Wir wissen: Die Pandemie kann nur global besiegt werden, und der Schlüssel dazu ist die Impfung. Es ist daher wichtig, dass die G-7-Staaten bis 2022 die Verteilung von 2,3 Milliarden Impfdosen an Entwicklungsländer ermöglichen wollen. Richtig ist und bleibt im Übrigen die Entscheidung, die Impfstoffe in Europa gemeinsam zu beschaffen; ich will das hier noch einmal betonen. Alles andere hätte vielleicht kurzzeitig einigen Mitgliedstaaten Vorteile verschafft, das Leben in einem gemeinsamen Binnenmarkt aber empfindlich gestört.

Die Europäische Union – das kann man gar nicht oft genug sagen – war bislang und bleibt weiterhin der weltweit größte Exporteur von Impfstoffen. Wir haben unsere Märkte nicht geschlossen und keine Barrieren aufgebaut.

Deutschland ist mit 2,2 Milliarden Euro zudem der weltweit zweitgrößte Geber des ACT-Accelerators und hat von diesen 2,2 Milliarden Euro 1,6 Milliarden Euro für die Impfstoffsäule der internationalen Impfallianz Covax bereitgestellt. Wir haben beschlossen, dass wir zusätzlich 30 Millionen Impfdosen bis zum Ende des Jahres abgeben werden, auch vorrangig für Covax. Außerdem müssen wir als EU daran arbeiten, die globale Impfstoffproduktion weiter zu erhöhen. Deutschland engagiert sich hier aktiv gemeinsam mit Südafrika als Co-Chair in der hochrangigen Arbeitsgruppe, die Covax dafür gebildet hat.

Ich bin überzeugt, dass wir schnellstmöglich die Produktion von Impfstoffen auf der Basis von Lizenzen vergrößern müssen. Eine politisch erwirkte Freigabe der Patente halte ich dagegen für den falschen Weg; denn so wie wir heute schnellstmöglich Impfstoffe für alle weltweit brauchen, so werden wir auch in Zukunft weiter darauf angewiesen sein, dass Impfstoffe entwickelt werden. Das wird nur gelingen, wenn der Schutz geistigen Eigentums nicht außer Kraft gesetzt wird, sondern gewahrt bleibt.

Ich begrüße auch unsere gemeinsame Team-Europe-Initiative zur Förderung der Produktionsausweitung in Afrika, die die EU mit insgesamt 1 Milliarde Euro unterstützen möchte. Diese Investitionen in Infrastruktur, Produktionskapazitäten, Ausbildung und vieles mehr sind der richtige Weg, um Afrika mehr Mittel zur Selbsthilfe an die Hand zu geben. Das gilt dann später natürlich auch für andere Impfstoffe, nicht nur für die gegen Corona.

Drittens: erste Lehren aus der Krise. Dazu hat die Europäische Kommission vergangene Woche für die Diskussion beim Europäischen Rat eine Mitteilung vorgelegt, in der sie ihre Sicht der Dinge

darlegt. Wir Mitgliedstaaten werden bei der Diskussion unsere Erfahrungen hinzufügen. Klar ist dabei: Solange die Pandemie nicht überwunden ist, kann eine Debatte über Lehren aus der Krise nur ein erster Schritt eines längeren und tiefer gehenden Prozesses sein. Aber dieser Prozess ist wichtig; denn die Fähigkeit und die Bereitschaft dazu werden darüber entscheiden, wie die Europäische Union künftige Herausforderungen dieser Größenordnung meistern wird, und zwar wie ihr das von Beginn an gemeinsam gelingen kann.

Denn in der Pandemie haben im ersten Schock zunächst nationale Anstrengungen unser Handeln bestimmt, bevor wir europäisch abgestimmt vorgegangen sind. Wir wissen heute, dass wir das besser können und es auch in Zukunft besser machen werden. Deshalb sehe ich insbesondere in der Krisenreaktion, im Gesundheitsschutz, bei Schengen und im Binnenmarkt die Bereiche, in denen wir über eine Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit diskutieren müssen. Es ist wichtig, dass wir das Gespräch darüber bei diesem Europäischen Rat beginnen.

Die Koordinierung der ebenso einschneidenden wie im Wortsinne notwendigen freizügigkeitsbeschränkenden Maßnahmen kam viel zu zögerlich in Gang. Das muss im Falle eines Falles in Zukunft schneller gehen; denn – das muss man sagen – auch heute noch gelingt es nicht ausreichend, Einreisen aus Drittstaaten, insbesondere aus Virusvariantengebieten, zu koordinieren. Das werde ich dort auch sehr kritisch anmerken. Das muss besser werden, gerade in einem Bereich, der wie die Freizügigkeit zu den wichtigsten und zugleich sensibelsten Errungenschaften der europäischen Einigung gehört.

Die Europäische Kommission macht auch Vorschläge für eine verbesserte Krisenvorsorge und Krisenreaktion im Bereich der öffentlichen Gesundheitsvorsorge. Deutschland unterstützt die

schrittweise Schaffung einer Gesundheitsunion und die Entstehung einer neuen Gesundheitsbehörde, der Health Emergency Preparedness and Response Authority, einfach gesagt: HERA.

Viertens: die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie. Auch darüber wollen wir auf dem Europäischen Rat beraten. Mit der Einigung auf den europäischen Aufbauplan „Next Generation EU“ hat die Europäische Union in der Coronaviruspandemie ihre Solidarität und ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Auf eine außergewöhnliche Krise haben wir als Europäische Union eine außergewöhnliche Antwort gegeben.

Wir werden auch einen Euro-Gipfel haben im sogenannten inklusiven Format, das heißt: Alle Mitgliedstaaten nehmen daran teil. Auf diesem Gipfel werden wir die Diskussion über den wirtschaftlichen Aufbau nach der Pandemie fortsetzen und zum Stand der Bankenunion und Kapitalmarktunion diskutieren; die Finanzminister haben das vorbereitet, und der Eurogruppen-Vorsitzende wird anwesend sein.

Nach der Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses durch alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union – ich danke an dieser Stelle dem Deutschen Bundestag noch einmal für die Unterstützung – ist die Europäische Kommission jetzt in der Lage und ermächtigt durch die Mitgliedstaaten, am Finanzmarkt Kapital aufzunehmen.

Auch der deutsche Plan wurde vor zwei Tagen von der Kommission positiv bewertet und ist jetzt dem Rat zur Annahme vorgelegt. Die ersten 20 Milliarden Euro sind von der Europäischen Kommission platziert. Die meisten Mitgliedstaaten haben ihre nationalen

Die Pandemie kann nur global besiegt werden, und der Schlüssel dazu ist die Impfung.

Inzwischen wurden bereits fast 30 Millionen digitale Covid-Zertifikate vergeben.

Vorbei ist die Pandemie noch nicht, schon gar nicht in den armen Ländern dieser Welt.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehen als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

Aufbau- und Resilienzpläne vorgelegt. Einige, so eben auch der deutsche, sind bereits von der Europäischen Kommission bewertet worden.

Aber ich will noch mal darauf hinweisen: Es bleibt bei dem, was wir letztes Jahr beschlossen und verabredet haben. Bevor Mittel fließen können, ist es entscheidend, dass die jeweiligen nationalen Aufbau- und Resilienzpläne auch tatsächlich sorgfältig, zukunftsorientiert und innovativ aufgesetzt werden. Darauf werden wir auch bei der weiteren Begutachtung durch den Rat achten; denn es gilt ja, mit diesem Geld nicht nur zu investieren, sondern gleichzeitig zu reformieren.

Wir müssen den Aufbauplan nutzen, um entscheidende Weichen für Europas Zukunft zu stellen und Versäumtes nachzuholen. Deshalb werden Schwerpunkte für den Wiederaufbau vor allem die grüne Erneuerung und die Digitalisierung sein; denn wir wissen, dass Europa erst mit dem Übergang zu einer digitalisierten, grünen Wirtschaft wirklich zukunftsfähig und wettbewerbsfähig sein wird. Weg aus der Pandemie abzuzeichnen beginnt, ist es wichtig, dass wir uns auf dem Europäischen Rat neben der wirtschaftlichen Erholung auch verstärkt den anderen Themen zuwenden, die für Europa von besonderer Bedeutung sind. Dazu gehört natürlich auch das Thema der Migration. Wir dürfen bei der Reform der gemeinsamen europäischen Asylpolitik und des europäischen Asylsystems nicht nachlassen. So schwierig diese Diskussion auch ist, sie wird noch eine ganze Weile weitergehen.

Ich begrüße daher sehr, dass wir der Einrichtung einer europäischen Asylagentur einen Schritt nähergekommen sind. Unser Augenmerk beim Europäischen Rat wird diesmal auf der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern liegen. Dazu sollte der Europäische Rat die Europäische Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst damit beauftragen, konkrete Schritte und Zeitlinien für Migrationspartnerschaften mit Schlüsselländern vorzulegen.

Zudem erwarten wir von der Europäischen Kommission einen konkreten Vorschlag für die Nachfolgefiananzierung der Migrationszusammenarbeit der EU mit der Türkei. In der Türkei sind 3,7 Millionen syrische Flüchtlinge registriert. Es ist klar, dass wir die gegenwärtigen und anstehenden Migrationsfragen nur im Dialog mit der Türkei lösen können. So soll-

ten wir jetzt, wie wir es bereits im März vereinbart hatten, als Europäische Union die Dialogagenda mit der Türkei rasch umsetzen, um unsere Zusammenarbeit bei gemeinsamen Interessen voranzubringen. Dazu zählt auch, dass wir mit unseren Gesprächen zur Modernisierung der Zollunion weiterkommen. Auch die Themen Gesundheit, Klimaschutz und der Kampf gegen den Terror gehören dazu. Diese strategische Zusammenarbeit sollten wir voranbringen, obwohl wir mit der Türkei gravierende Differenzen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Grundrechte haben.

Ein weiteres strategisches außenpolitisches Thema ist unser Verhältnis zu Russland. Dazu werden wir auf dem Europäischen Rat unsere Diskussion, die wir im Mai begonnen haben, fortsetzen. Die Europäische Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst haben ein Diskussionspapier vorgelegt, das insbesondere den Stand der Beziehungen analysiert.

Ich wünsche mir, dass wir beim Europäischen Rat dabei nicht ste-

hen bleiben; denn die Ereignisse der letzten Monate – nicht nur in Deutschland – haben deutlich gezeigt, dass es nicht reicht, wenn wir auf die Vielzahl russischer Provokationen unkoordiniert reagieren. Stattdessen müssen wir Mechanismen schaffen, um gemeinsam und geeint auf Provokationen antworten zu können. Nur so werden wir lernen, den hybriden Angriffen Russlands etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig müssen wir eine Agenda gemeinsamer strategischer Interessen definieren, zum Beispiel im Bereich des Klimaschutzes, aber natürlich auch in den Bereichen von Frieden und Sicherheit, wie bei der Lösung der Lage in Libyen und Syrien.

Dabei steht außer Zweifel: Die Europäische Union ist aufgrund ihrer räumlichen Nähe und ihrer Verantwortung gegenüber den Ländern in der Östlichen Partnerschaft gefordert – zum Beispiel in der Ukraine oder Belarus und auf dem Westbalkan –, eine angemessene Antwort auf die russischen Aktivitäten zu geben. Meines Erachtens müssen wir dazu als Europäische Union auch den direkten Kontakt mit Russland und dem russischen Präsidenten suchen.

Es reicht nicht aus, wenn der amerikanische Präsident Joe Biden mit dem russischen Präsidenten spricht; das begrüße ich sehr, aber

die Europäische Union muss hier auch Gesprächsformate schaffen. Anders wird man die Konflikte nicht lösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns bereits auf dem G-7-Gipfel vom 11. bis 13. Juni in Cornwall und beim NATO-Gipfel am 14. Juni umfangreich über den Umgang mit Russland und auch mit China ausgetauscht. Seit dem letzten G-7-Gipfel 2019 in Biarritz ist die Welt wahrlich nicht ruhiger geworden. Die Vielzahl der Krisen weltweit macht eine enge Abstimmung unter den Partnern notwendiger denn je. Daher war es nun besonders wichtig, dass die G 7 sich in diesem Jahr als geschlossenes Wertebündnis gezeigt hat, das entschieden und gemeinsam für den Multilateralismus eintritt.

Dazu gehört neben der Diskussion über Russland natürlich auch die Frage der Beziehung zu China. Die G 7 will und muss gemeinsam mit China an Lösungen für globale Herausforderungen arbeiten. Gleichzeitig sind wir als G 7 überzeugt, mit unseren gemeinsamen Werten und Interessen vielen Ländern auf der Welt ein besseres Kooperationsangebot als China machen zu können. So wollen wir als G 7 zum Beispiel Entwicklungsländer im Rahmen einer Partnerschaft durch nachhaltige Infra-

strukturfinanzierung unterstützen. Eine Taskforce wird hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten. Deutschland wird im nächsten Jahr den G-7-Vorsitz haben und dann erste Ergebnisse vorlegen.

Ein weiteres wichtiges Thema des G-7-Gipfels war der Schutz des Klimas und der Biodiversität; denn die Pandemie darf – das wissen wir auch hier bei uns zu Hause – nicht davon ablenken, dass wir hier vor einer gewaltigen globalen Herausforderung stehen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft unseres Planeten.

Es ist daher gut, dass die G-7-Staaten ein gemeinsames Bekenntnis zur Klimaneutralität bis spätestens 2050 abgegeben haben; wir gehen in Deutschland ja noch darüber hinaus. Die COP 26 in Glasgow wird zeigen, wie weit wir mit unseren Verpflichtungen dann gekommen sind. Die G-7-Staaten erhöhen auch die internationale Klimafinanzierung. Perspektivisch wird Deutschland seinen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung von heute 4 Milliarden Euro bis spätestens 2025 auf 6 Milliarden Euro jährlich erhöhen. Das ist ein ganz, ganz wichtiges Signal der Glaubwürdigkeit.

Auch beim NATO-Gipfel am 14. Juni stand die multilaterale Zu-

Deutschland unterstützt die schrittweise Schaffung einer Gesundheitsunion.

Die Nato bleibt die unersetzliche Garantin der Sicherheit und Stabilität in Europa.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft unseres Planeten.



Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union diskutierten am 24. und 25. Juni 2021 in Brüssel unter anderem die wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Beschränkungen.

sammenarbeit im Mittelpunkt. Der Gipfel hat der Allianz die Gelegenheit gegeben, ein neues Kapitel in der transatlantischen Zusammenarbeit aufzuschlagen und den Weg für die strategische Ausrichtung der NATO auf die kommende Dekade zu weisen. Das findet seinen Ausdruck in dem Auftrag, bis zum Gipfel in Spanien 2022 ein neues strategisches Konzept auszuarbeiten und ein Maßnahmenpaket „NATO 2030“ anzunehmen. Ich möchte Thomas de Maizière für seine Vorarbeiten

im Rahmen des Berichts der Reflexionsgruppe hier einmal herzlich danken.

Bei alledem ist aus meiner Sicht entscheidend, dass die NATO ihre Kernaufgaben und die primären Herausforderungen fest im Blick hat. Dies sind für mich vor allem Russland, aber auch die Konflikte und die Fragilität in unserer Nachbarschaft, sei es in Zentralasien, Nahost oder in Nordafrika und dem Sahel. Und natürlich gilt es, den Bedrohungen aus dem Cyber- und Hybridraum zu begegnen

und der zunehmenden Bedeutung Chinas angemessen Rechnung zu tragen. Das liegt in unserem unmittelbaren deutschen und europäischen Interesse; denn die NATO ist und bleibt die unersetzliche Garantin der Sicherheit und Stabilität in Europa.

Daher wird Deutschland weiter seinen Beitrag dazu leisten, politisch und militärisch. Und deswegen bleibt es auch notwendig, dass wir die Anstrengungen hinsichtlich unserer Verteidigungsausgaben konsequent fortsetzen, um

unseren Bündnisverpflichtungen und unserer Sicherheitsverantwortung für unser Land und Europa nachkommen zu können.

Immer mehr Mitgliedstaaten in der NATO erreichen das in Wales ins Auge gefasste 2-Prozent-Ziel. Deutschland wird hierbei in den nächsten Jahren weiter gefordert sein.

Meine Damen und Herren, hinter uns liegt ein Monat mit vielen neuen multilateralen Impulsen. Ich bin überzeugt, dass wir nur zusammen als Staatengemein-

schaft erfolgreich die Herausforderungen der Pandemie wie auch der anderen großen Aufgaben meistern können. Eine souveräne Europäische Union sollte hier ein starker Partner sein, und daran werden wir heute und morgen auch in Brüssel arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Bei fall bei der SPD)

Dr. Alice Weidel, AfD:

Wir brauchen eine andere Regierung



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Auch diese Regierungserklärung ist vorbeigegangen wie alle anderen: ohne einen Funken Einsicht in die Fehlentscheidungen, die Ihren Weg als Kanzlerin säumen, Fehlentscheidungen, die dieses Land tief gespalten und ihm schweren Schaden auf Jahre und Jahrzehnte hinaus zugefügt haben.

Sie wollen diesen Weg bis zum bitteren Ende fortsetzen; das dürfen wir Ihren Ausführungen zum bevorstehenden EU-Gipfel entnehmen. Allen Ernstes betreiben Sie die Erneuerung des Migrationsabkommens der EU mit der Türkei. Das ist nichts anderes als die Neuauflage eines historischen Fehlschlags. Die EU erneuert damit ihre Erpressbarkeit. Sie zahlt und bittet dafür den deutschen Steuerzahler zur Kasse. Sie macht sich von den Launen des türkischen Präsidenten abhängig, der die Migrations-schleusen weiter nach Belieben auf- und zudrehen kann.

Der Schlüssel zur Eindämmung der illegalen Migration liegt aber nicht in Ankara; er liegt in Berlin. Hier werden mit den höchsten So-

zialhilfesätzen Menschen auf die gefährliche Überfahrt gelockt. Hier werden Schleuser, die als Seentrotter firmieren, sogar von Kirchen gesponsert. Und hier werden die Signale gesendet, dass so gut wie keiner, der es zu uns schafft, je wieder gehen muss. Stellen Sie also diese Signale ab, und schützen Sie die deutschen Grenzen gegen illegale Migranten!

Frau von der Leyen reist gerade mit dem Scheckbuch durch die europäischen Hauptstädte und verteilt Milliarden aus dem sogenannten Corona-Wiederaufbau-fonds. Auch in Berlin hat sie einen 24-Milliarden-Scheck vorbeigebracht – Geld, das für dirigistische Klimaschutzmaßnahmen mit fragwürdigem Nutzen verpulvert werden wird. Der angebliche Wiederaufbau-fonds ist die Tarnkappe für die Einführung der europäischen Schuldenunion. Die EU-Kommission kann jetzt selbst Anleihen aufnehmen und das Geld nach Gutdünken verteilen. Für die Rückzahlung stehen die Nationalstaaten gerade, allen voran Deutschland und seine Steuerzahler. Ihnen und diesem Parlament wird die Kontrolle über die eigenen Staatsfinanzen, das Budgetrecht, Zug um Zug ent-wunden.

Und auch für diesen Anschlag auf die Grundprinzipien der demokratischen Ordnung, für diesen Anschlag auf das parlamentarische Budgetrecht und die Rechtsstaatlichkeit tragen Sie die Verantwortung. Das ist ein weiterer düsterer Meilenstein in der langen Serie der historischen Fehlentscheidungen Ihrer 16-jährigen Kanzlerschaft. Bedenkenlos missbrauchen Sie die Coronakrise, um diesen Souveränitätstransfer

an die EU zu bemängeln, den staatlichen Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft auszuweiten und den Übergang zu einer gelenkten Klimaschutzplanwirtschaft zu forcieren – auf Kosten der Energiewirtschaft, auf Kosten der Automobilbranche, der Investitionsgüterindustrie, also dort, wo die meisten Arbeitsplätze sind.

Ihre Coronapolitik ist Ihr größter Fehler der letzten Zeit, und deswegen klammern Sie sich auch so verbissen daran fest und verweigern leider jeden Erkenntnisfortschritt. Unsere europäischen Nachbarn suchen längst den Weg zurück zur Normalität, und die deutsche Coronapolitik starrt weiter verklemmt auf Inzidenzwerte und schürt Panik für den Herbst mit der Beschwörung finsterner Bedrohungsszenarien zur sogenannten Deltavariante.

Dabei muss doch eins festgehalten werden: Ihr Lockdown- und Notstandsregime hat für die Gesundheit und Sicherheit keine messbaren Vorteile gegenüber alternativen Handlungsoptionen gebracht, aber sie hat gigantische Kollateralschäden in Wirtschaft und Gesellschaft angerichtet, Mittelstand und Mittelschicht schwer geschädigt, Existenzen ruiniert, Kinder und Senioren leiden lassen und eine ganze Schülergeneration um ihre Bildungschancen gebracht.

Ihre Politik hat mit Panikmache und apodiktischem Schwarz-Weiß-Denken das Land tief gespalten, die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert und die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger in bislang nie dagewesener Dimension zur Disposition gestellt. Die Begründungen für diese Politik fallen wie Dominosteine. Pauschale Grundrechtseinschränkungen und Dauer-Lockdowns sind nicht nur verfassungswidrig, sie bringen auch nichts. Und die

Liste der Beispiele von Ländern, die ohne solche drastischen Eingriffe besser durch die Krise gekommen sind, wird stetig länger: von Schweden, der Schweiz bis zu einer Reihe von US-Bundesstaaten. Distanzunterricht bei monatelang geschlossenen Schulen ist wirkungslos. Er wirft Schüler zurück wie ewige Sommerferien.

Den von Ihnen als Generalargument beschworenen Bettennotstand in den Kliniken hat es offenkundig auch nicht gegeben. Das Gesundheitssystem war zu keinem Zeitpunkt bedroht. Die gemeldeten Bettenzahlen waren, von Subventionsfehlansreizen ermuntert, vielfach manipuliert. Das steht im Bericht des Bundesrechnungshofes; lesen Sie den.

PCR-Tests sind als Mittel zur Massenerkennung des Infektionsgeschehens nicht geeignet. Jeder zweite positiv Getestete war gar nicht infektiös. Auch das sind die Fakten. Abrechnungsbetrug bei

Schnelltests und dubiose Maskendeals zeigen vor allem eins: Wo staatlicher Dirigismus freien Lauf hat, sind Misswirtschaft, Verschwendung und Korruption niemals weit.

Und die Milliarden, die hier ver- geudet wurden, wären in einer Reform der Klinikfinanzierung weitaus besser angelegt gewesen. Das muss man auch mal sagen.

Dieser Irrweg darf sich im Herbst, wenn sich die Virusaktivität saisonal wieder verstärken wird, nicht noch einmal wiederholen. Deutschland muss zurückkehren zu einer Politik von Vernunft und Augenmaß, von bürgerlicher Eigenverantwortung statt Staatseingriff. Und vor allem brauchen wir eins: Wir brauchen eine andere Regierung.

Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland muss zurückkehren zu einer Politik von Vernunft und Augenmaß



Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates

© picture alliance/AA / EU Council / Pool

Schützen Sie die deutschen Grenzen gegen illegale Migranten.

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Europa ist ein Bündnis offener Gesellschaften



Olaf Scholz (*1958)
Bundesminister der Finanzen

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir diskutieren in diesem Bundestag heute wahrscheinlich zum letzten Mal in größerer Runde über die Europapolitik. Das ist für mich ein besonderer Anlass, auch einmal eine Botschaft loszuwerfen: Ich möchte mich bei der Bundeskanzlerin für die Zusammenarbeit in der Europapolitik in den letzten vier Jahren bedanken. Wir haben viele Fortschritte für Europa erreicht; das ist nicht selbstverständlich gewesen. Und, ich glaube, das ist gut für Deutschland und für Europa.

Erinnern wir uns: Es hat große, große Auseinandersetzungen in Europa gegeben in der Folge der Finanzkrise, die durch den Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers ausgelöst wurde. Eine enorme Schuldenkrise hat viele Länder Europas bedroht. Es hat große, große Schwierigkeiten gegeben, eine gemeinsame Antwort Europas auf die Herausforderungen zu finden, als viele Flüchtlinge nach Europa gekommen sind und es so schwer war, einen gemeinsamen Weg in der Auseinandersetzung mit dieser Situation zu formulieren.

Aber in dieser Krise, in der Coronapandemie, hat Europa es nach anfänglichem Ruckeln geschafft, eine gemeinsame Antwort zu finden, und das ist richtig so.

Die Entscheidungen, die im letzten Jahr getroffen worden sind und die jetzt praktisch Zug um Zug zu Ende umgesetzt werden, haben möglich gemacht, dass Europa auf diese Krise ökonomisch gemeinsam reagiert. Wir haben einen Paradigmenwechsel eingeleitet, der tatsächlich dazu

beitragen wird, dass Europa stärker und souveräner wird; genau das, was wichtig ist für unsere gemeinsame Zukunft.

Europa bekämpft die Krise gemeinsam, und wir spüren die Folgen jetzt schon. Jetzt, wo sich die Pandemie so allmählich verflüchtigt, wo wir immer noch vorsichtig sein müssen, können wir doch feststellen, dass wir eine Situation erreichen, in der immer mehr Bürgerinnen und Bürger geimpft sind und dieser Sommer somit anders wird. Was dabei herausgekommen ist, ist ein Aufschwung, den wir in Deutschland und Europa haben, ein Aufschwung, der wahrscheinlich größer sein wird, als wir ihn heute vorausberechnen können. Das ist das Ergebnis der gemeinsamen Krisenbekämpfung.

Europa wird gemeinsam handeln, indem die Europäische Union Kredite aufnimmt. Keine selbstverständliche Entscheidung! Was für aufgeregte Debatten sind zu diesem Thema in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Europa und auch hierzulande geführt worden, und wie wenig aufgeregt waren diese Debatten in dem letzten und in diesem Jahr. Da hat es einen gemeinsamen Erkenntnisfortschritt gegeben, der lautet: In einer Welt mit bald 10 Milliarden Einwohnern, in einer Welt, die geprägt sein wird von vielen wirtschaftlich starken Mächten – selbstverständlich den USA, China, vielen aufstrebenden Nationen Asiens und manchen anderen – wird es nicht möglich sein, dass jedes

europäische Land für sich alleine zurechtkommt; wir werden es nur miteinander schaffen. Deshalb brauchen wir starke Instrumente, um gemeinsam handeln zu können.

Die Kreditaufnahme der Union hat begonnen. Und sie hat auch Erfolg gehabt; sie hat gut funktioniert. Wenn jetzt Stück für Stück die Aufbauprogramme der verschiedenen Länder von der Kommission und von dem Rat akzeptiert und genehmigt werden, dann wird uns das in die Lage versetzen, dass der Fortschritt bei der Digi-

lisierung, bei der Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels beginnen kann, und das ist gut für die Modernisierung der Europäischen Union.

Für mich ist in dem Zusammenhang nicht nur wichtig, dass wir das erste Mal diese Kreditaufnahme haben, sondern auch, dass wir zwei Entscheidungen damit verbunden haben, die mindestens genauso wichtig sind, nämlich dass die aufgenommenen Kredite auch zurückgezahlt werden und dass es eigene Einnahmen der Europäischen Union geben soll, um diese Kreditaufnahme zurückzuführen.

Europa wird nur stärker, wenn wir es politisch begreifen.

Zwei Entscheidungen für eine stärkere Souveränität Europas. Das ist genau das, was wir brauchen!

Deshalb kann es aus der Coronapandemie und den Dingen, die auf der Tagesordnung stehen, nur eine Konsequenz geben: Wir müssen verstehen, dass Europa nur stärker wird, wenn wir es politisch begreifen, wenn dort mehr Politik ge-

macht wird. Europa ist nicht nur ein Binnenmarkt, den wir vollenden. Europa ist politisch, Europa muss politische Fragen lösen wie zum Beispiel die Frage, wie wir mit den Herausforderungen der Migration umgehen – das ist ein Thema dieses Gipfels –, aber auch die Frage, wie wir eine neue europäische Ostpolitik entwickeln, die es möglich macht, dass wir auf diesem Kontinent, insbesondere auch mit Russland, eine Perspektive einer gemeinsamen Sicherheit entwickeln. Beides große Themen für die Zukunft!

Für mich geht es auch darum, dass wir begreifen, dass wir in der Europäischen Union zusammengekommen sind, weil wir gemeinsame Überzeugungen und Werte haben. Das ist nicht nur ein Zweckbündnis und schon gar kein Bündnis nur wegen der Wirtschaft und des Binnenmarktes. Wir haben auch etwas, das uns gemeinsam trägt, nämlich eine Überzeugung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ich will in diesen Tagen ganz ausdrücklich sagen: Wir sind auch zusammengekommen, weil wir uns dazu bekennen, dass wir liberale Demokratien sind. Das ist das, was uns auszeichnet. Europa ist ein Bündnis offener Gesellschaften!

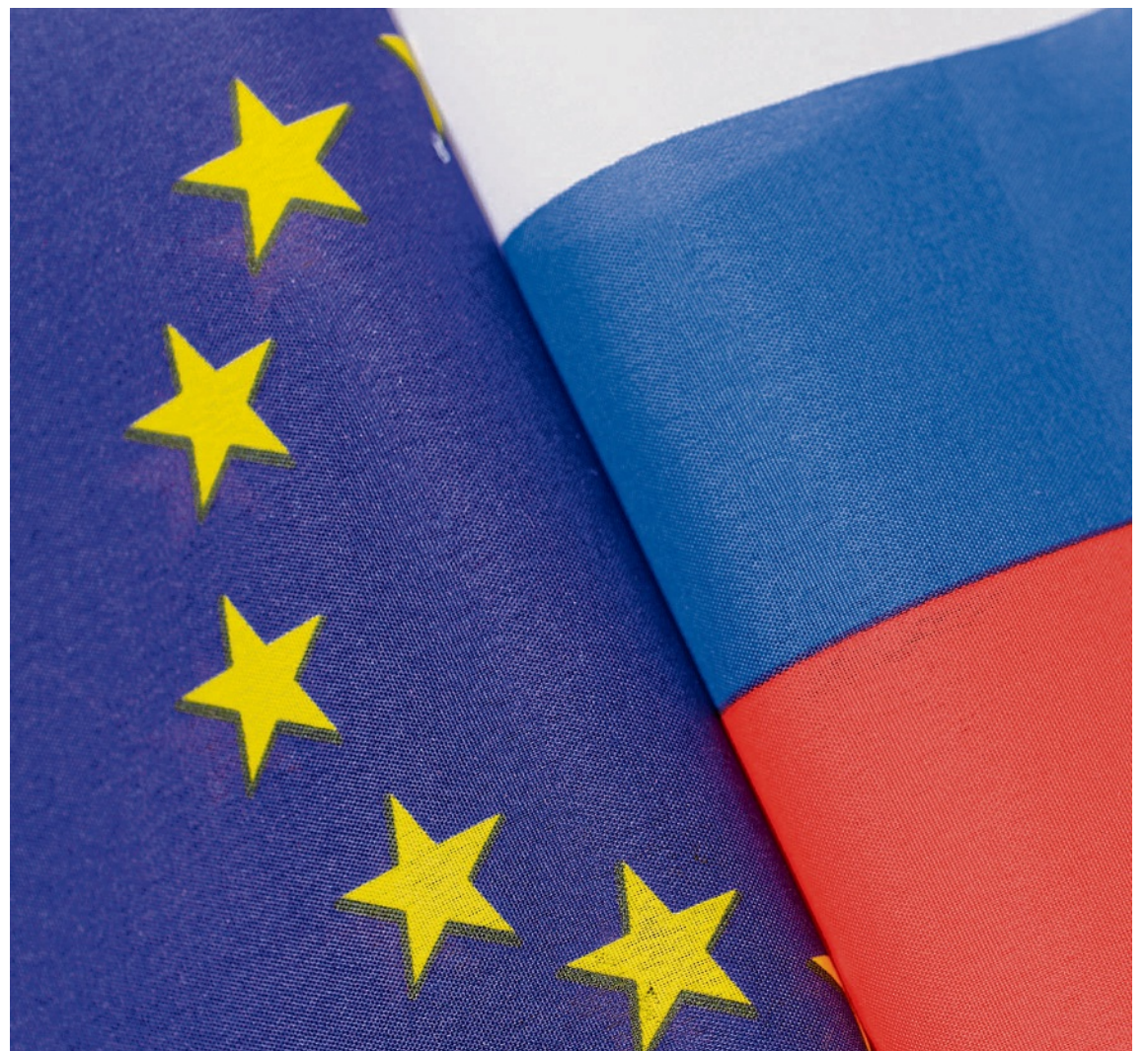
Die Welt ist nicht einfach, und sie wird vermutlich auch nicht leicht friedlicher. In der Welt gibt es Regierungen, mit denen wir nichts gemein haben, aber wo wir vieles unterschiedlich sehen. Mit denen müssen wir uns auch streiten, wenn es darum geht, wie wir gemeinsame Sicherheit in der Welt schaffen können.

Wir müssen klar und unmissverständlich sein!

In der Europäischen Union gibt es einen Unterschied, und der ist wichtig: Wir haben uns darüber verständigt, was uns zusammenführt: Rechtsstaatlichkeit, Schutz von Minderheiten, Offenheit. Dieses Bekenntnis zur liberalen Demokratie ist deshalb auch immer ein Streitpunkt untereinander. Und – das sage ich ausdrücklich – das gilt insbesondere auch, wenn es zum Beispiel um die Rechte von Schwulen und Lesben geht. Wir müssen darüber dann auch in Europa stark und deutlich miteinander diskutieren. Rechte sind etwas, was zur Demokratie dazugehört. Wir müssen klar und unmissverständlich sein!

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)



Einer der Streitpunkte beim EU-Gipfel in Brüssel waren die EU-Beziehungen zu Russland.

Christian Linder, FDP:

Wo wird Deutschland zukünftig stehen?



Christian Linder (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Bundeskanzlerin, heute haben Sie die voraussichtlich letzte Regierungserklärung zu einem Europäischen Rat abgegeben. Historiker werden der einst bewerten, was in Ihrer Kanzlerschaft erreicht wurde und was versäumt wurde. Aber eines kann man heute sagen: Sie haben in den vergangenen 16 Jahren Ihre Kraft und Ihre intellektuellen Gaben stets uneigennützig in den Dienst Deutschlands und Europas gestellt, und damit haben Sie sich große Verdienste erworben.

Die Rednerin der AfD hat über Fehlentscheidungen gesprochen. Eine wesentliche Fehlentscheidung hat sie aber vergessen, nämlich die Fehlentscheidung des AfD-Bundesparteitags, dass Deutschland aus der Europäischen Union austreten soll. Konsequenterweise, Frau Dr. Weidel, hätten Sie dann hier auf Ihre Rede auch gleich verzichten können. Es hätte Ihnen niemand zum Vorwurf gemacht.

Für uns ist klar – wie Hans-Dietrich Genscher gesagt hat -: Europa ist unsere Zukunft, wir haben keine andere. – Dessen müssen wir uns als Parteien des demokratischen Zentrums hier nicht vergewissern. Diese Debatte hier hat aber einen anderen Charakter, wie die Rednerliste zeigt. Es ist keine Debatte, die die Gegenwart oder die Vergangenheit bewertet. Vielmehr weist beispielsweise gerade der Beitrag des Bundesfinanzministers nach vorne; denn er hat hier als Kandidat für die Kanzlerschaft gesprochen. Deshalb wird man Frau Baerbock, Herrn Laschet und Herrn Scholz in dieser Debatte auch daran messen müssen, was sie konzeptionell für die Zukunft vorschlagen.

Herr Scholz, der zentrale und wesentliche Punkt Ihrer Rede war doch, das Schuldenmachen zur neuen Staatsphilosophie zu erklären. „Next Generation EU“ ist

eine Antwort auf die Krise, auf diese Pandemie gewesen. Dass es jetzt eine Konditionalität bei der Auszahlung der Mittel gibt, verdankt sich nicht der deutschen Bundesregierung; das verdankt sich beispielsweise Herrn Rutte und Herrn Kurz. Bei der Bewertung der Konditionalität ist es beklagenswert, dass Italien mit 44 Reformvorschlägen aufwarten kann, Deutschland aber nur mit 14. Da haben Sie die Latte gerissen.

Nun stellt sich nach vorne hin die Frage: Wie wird das zukünftig sein? „Next Generation EU“ war von Frau Merkel und Ihnen, Herr Scholz, zusammen mit der französischen Regierung und Herrn Macron geplant gewesen. Von Rückzahlung war dort keine Rede; von Reformvorhaben war dort keine Rede. Erst durch die Intervention der „Sparsamen Vier“ kam es zu dieser anderen, im Übrigen richtigen Anlage. Nun stellt sich die Frage an Armin Laschet, wenn er den Anspruch auf die Kanzlerschaft erhebt: Wo wird Deutschland zukünftig stehen? Werden wir Vertreter einer eher mediterran geprägten Fiskalpolitik in Europa sein, oder wird Deutschland wieder Anwalt von Stabilität und Marktwirtschaft in Europa sein?

Diese Frage stellt sich. Jeder kann sie für sich beantworten; aber sie muss beantwortet werden. Für uns ist klar: Staatsschulden sind eine Gefahr für die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Krise von vor zehn Jahren ist noch nicht überwunden. Die Europäische Zentralbank ist bisher nicht in den Normalmodus zurückgekommen, Inflationsgefahren drohen. Und deshalb muss klar sein: Finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist ein Garant für Stabilität und für Solidität.

Die zweite Frage, die sich stellt – Frau Bundeskanzlerin, Sie haben es angesprochen -: Wie halten wir es zukünftig mit der Migrationspolitik? Die Probleme und Konflikte des Jahres 2015 sind – bedauerlicherweise – weitgehend ungelöst. Das bezeugt die Tatsache, dass es neue Verabredungen mit der Türkei geben muss, die sich augenscheinlich allerdings inzwischen nun wirklich in eine autoritäre Präsidialdiktatur gewandelt hat. Horst Seehofer hat tatsächlich versucht, im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft richtige Initiativen zu ergreifen,

aber zu einem grundlegenden Beschluss zur Verteilung und Rückführung von Flüchtlingen ist es nicht gekommen. Es fehlt ein Verteilmechanismus, der fair ist. Es gibt immer noch verheerende Zustände in den Lagern, die niemand mit humanitärem Anspruch tolerieren kann. Wir haben immer noch keine Konzepte für gelingende Rückführungen. Wir haben immer noch keinen Schutz unserer Außengrenzen.

Hier stellt sich nun die Frage, wie wir zukünftig darauf reagieren. Das wird insbesondere Frau Baerbock zu beantworten haben.

Es waren die Grünen, die über Jahre etwa die Entscheidung, einzelne Staaten zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, blockiert haben. Wie würde das eine Bundeskanzlerin Baerbock machen? Sie versuchen mit Ihrer Kampagne erkennbar, von links in die politische Mitte zu zielen; also müssen Sie auch eine Politik der politischen Mitte machen. Und da gilt: Die Kontrolle des Zugangs zu einer Gesellschaft ist die Voraus-

setzung für soziale Stabilität und für jede öffentliche Ordnung.

Wir müssen uns dem Klimaschutz widmen, eine große gemeinsame Aufgabe. Die Bundesregierung hat gerade ein Klimapaket beschlossen. Dieses Klimapaket verschärft die Ziele für Deutschland zu einer Zeit, in der die neue Lastenverteilung innerhalb der Europäischen Union, die sich aus dem 55-Prozent-Ziel ergibt, noch gar nicht beschlossen ist. Einseitig setzt sich Deutschland Ziele, ohne sie europäisch abzustimmen, mit dem Ergebnis, dass wir es uns schwerer machen, aber für das Weltklima im Zweifel gar nichts erreichen. Und hier stellt sich die

Frage: Wird Deutschland das zukünftig weiter fortsetzen? Gerade in der Klimapolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt: Wir brauchen mehr europäische Gemeinsamkeit und weniger nationale Alleingänge.

Herr Scholz, dazu hätte ich mir insbesondere von Ihnen Aussagen gewünscht; denn der Anspruch der Sozialdemokratie war immer, auch die Interessen der hochqualifizierten, leistungsorientierten Belegschaften der Industrie zu vertreten. Die Sozialdemokratie müsste uns doch zur Kenntnis geben, ob sie auch zukünftig daran festhält, zum Beispiel die deutsche Automobilindustrie – ohne Beitrag für den Klimaschutz – einseitig

schlechterzustellen, indem etwa die synthetischen Kraftstoffe, die im Wahlprogramm der CDU auftauchen, nicht auf die Flottengrenzwerte der Automobilindustrie angerechnet werden. Frau Baerbock hat neulich gesagt, sie nehme 200 000 abgebaute Arbeitsplätze in der Automobilindustrie hin. Sie auch? Darauf hätten wir eine Antwort gewünscht, genauso wie auf die Frage, ob die veränderte und verschärfte Regulatorik für die Chemieindustrie eine Zustimmung des Bundeskanzlers Olaf Scholz erfahren würde. Wir hätten uns gewünscht, von Ihnen zu erfahren, ob es mit einem Bundeskanzler Scholz eine neue Balance gibt zwischen einerseits den notwendigen ökologischen Veränderungen und Investitionen und andererseits den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie und ihrer Beschäftigten. Dazu haben wir nichts gehört. Was wir wollen? Wir wollen einen europäischen CO₂-Erlaubnis-handel. Wir wollen das Instrument des CO₂-Markts auf Deutschland und Europa ausweiten, sektorübergreifend, weil wir dadurch nämlich eine Antwort geben, auf die die Welt wartet, nämlich dass Europa als Technologieführer die Innovationen entwickelt, die nicht nur bei uns CO₂ einsparen, sondern die einen selteneren Beitrag zu einer Menschheitsaufgabe leisten können.

(Beifall bei der FDP)

Staatsschulden sind eine Gefahr für die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion.

Armin Laschet, CDU:

Europa muss mit einer Stimme sprechen



Armin Laschet (*1961)
Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen

Heute ist der 24. Juni, und an diesem Tag begann die Blockade Berlins. Das war der Angriff auf die freie Welt. Land- und Wasserverbindungen ausgehend von dieser Stadt wurden unterbrochen. Doch der Versuch, den Menschen ihre Freiheit

zu nehmen, ist am Ende gescheitert. Die Luftbrücke war der Inbegriff der ausgestreckten Hand der USA, Großbritanniens, Frankreichs und weiterer Länder. Das hat gezeigt – symbolisch, exemplarisch für eine ganze Generation, auch als Lebensgefühl: Wenn liberale Demokratien zusammenarbeiten, haben Teilung und Konfrontation keine Chance. Freundschaften und Bündnisse mit anderen Demokratien sind die Grundlage des Wohlstandes und des Erfolges unseres Landes.

Und das gilt vor allem für Europa. Zum einen deshalb, weil wir in einem Europa der 27 leistungsfähiger und wettbewerbsfähiger sind als alleine. Zum anderen glaube ich aber auch an die Stärke der europäischen Idee. Das eigentliche Herz Europas ist doch nicht Effizienz, sondern die Idee der

Freiheit und der Menschenwürde. Das ist der Grund, weshalb man sich zusammengeschlossen hat. Diese Idee verbindet uns; deshalb muss dieses Europa nicht mit unbarmherziger Kälte und Härte, nicht technokratisch, sondern in einem Rahmen verantworteter Freiheit agieren.

Wir brauchen Europa mehr als je zuvor. Wir stehen an einem Epochenwechsel. Das haben wir gerade in der Pandemie sehr genau gemerkt. Wir sehen die große wirtschaftliche Dynamik in Asien; wir sehen China, wir sehen, dass sich das internationale Machtgefüge verändert. Um in dieser Welt zu bestehen – das ist bei Ihnen noch nicht angekommen -, ist der Nationalstaat alleine zu schwach.

Fortsetzung auf nächster Seite

Deshalb brauchen wir Europa.

Der Klimawandel kommt hinzu als Herausforderung unserer Generation. Diese Herausforderung ist in einer globalen Welt nur gemeinsam zu bewältigen, mit europäischen Anstrengungen. Die Völkerrechtsbrüche in Europa, die Cyberangriffe, auch auf den Deutschen Bundestag, sind nur bewältigbar – das Verhältnis zu unseren Nachbarn wird auch Thema beim EU-Gipfel sein -, wenn die 27 Nationalstaaten nicht womöglich noch gegeneinander paktieren, tricksen, sondern nur dann, wenn Europa mit einer Stimme spricht und sagt: Das lassen wir uns nicht gefallen! Hier ist die europäische Position, die wir dem entgegenstellen.

Wir haben es doch erlebt während der Pandemie: Eine solch simple Stoffmaske, wenige Cent wert, war plötzlich nicht mehr verfügbar. In manchen Operationssälen konnte nicht mehr operiert werden, weil die simpelsten Dinge fehlten, weil wir abhängig waren von einer fremden Macht. Und deshalb ist es richtig, dass der Gipfel heute danach fragt: Wie können wir autark werden? Wie können wir unsere Daseinsvorsorge selbst sicherstellen? Wie können wir Impfstoffe herstellen? Wie können wir in dieser Welt bestehen?

Das wird Ihnen vielleicht gefallen: Stellen Sie sich doch mal eine Welt vor, in der es nur chinesische und russische Impfstoffe gibt! Wie würde das die geopolitische Situation verändern? Ich bin froh, dass wir in Europa Impfstoffe entwickelt haben und dass wir selbst in der Lage sind, die Welt zu versorgen mit dem, was Wissenschaftler und Forscher in Europa entwickelt haben. Das ist der Unterschied: dieses Selbstbewusstsein, das wir brauchen. Und deshalb schadet eine Partei, die Deutschland aus der Europäischen Union herausführen will, deutschen Interessen. Das ist das, was Ihre Politik bewirkt, und was Sie anstellen mit Ihrem Gegröle!

Die letzten Tage waren gute Tage, weil die Vereinigten Staaten zurückkehren zu multilateralen Lösungen, weil die Vereinigten Staaten in Richtung Europa sagen: Wir als liberale Demokratien wollen in dieser Welt gemeinsam agieren. – Jetzt müssen wir Europäer aber auch in der Lage sein, selbst unsere Stärken zu entwickeln, selbst so stark zu werden, dass wir da handlungsfähig sind.

Das sind wir nicht in allem. Es ist eine große Leistung gewesen, den Wiederaufbaufonds Europas mit 750 Milliarden Euro zu starten. Das ist ein Systembruch: Zum ersten Mal nimmt Europa gemein-

same Anleihen auf, um eine große Aufgabe zu bewältigen. Aber auch hier ist die Erkenntnis: Deutschland wird nur stark, wenn der Binnenmarkt wieder funktioniert, wenn die anderen auch stark sind. Und da, Christian Lindner, bin ich nicht sicher, ob ein Europa bei den vier, die sich lange gesträubt haben, die lange den Taschenrechner als Konzept hatten und nicht die europäische Vision, in dieser Lage in guten Händen gewesen wäre.

Es ist gut, dass Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Macron vorangegangen sind und am Ende die anderen auch überzeugt haben. Das ist besser, als wenn die vier vorangegangen und die anderen den vier gefolgt wären. Das war der richtige Weg, und das ist der Weg, den wir auch in der Zukunft brauchen.

„Mediterrane Finanzpolitik“ ist keine finanzpolitische Kategorie. Es hilft dem Kontinent nicht, mit solchen Adjektiven europäische Finanzpolitik zu bezeichnen.

Ein Zweites: Ich bin der festen Überzeugung, wir brauchen eine umfassende Digital- und Datenunion. Das ist nicht nur die Besteuerung von Unternehmen, Herr Bundesfinanzminister. Das ist ein wichtiger Schritt, den man da erreicht hat, aber wir müssen auch das beste Umfeld für die Unternehmen schaffen, damit der nächste digitale Champion aus Europa kommt. Die Wettbewerbsfähigkeit wieder zum Maßstab europäischer Politik zu machen, wie es die Lissabon-Strategie einmal benannt hat, das ist etwas, das ein wenig zu kurz gekommen ist und wo wir wieder anknüpfen müssen, auch in den europäischen Prozessen.

Die Blockade in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik muss ein Ende finden. Auch da schätze ich es als wichtig ein, dass sich der Europäische Rat heute mit Russland und mit der Türkei beschäftigt. Es ist wichtig, dass das Migrationsabkommen mit der Türkei verlängert wird, dass man diesen Weg geht, gemeinsame Lösungen zu finden mit denen, die unsere Nachbarn sind rund um das Mittelmeer.

Wir brauchen mehr Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir brauchen flexible Koalitionen der Gestaltungswilligen, sonst bleiben wir nur auf der Zuschauertribüne. Das hat immer zwei Seiten. Wenn man sagt: „Ja, wir brauchen mehr Europa, mehr Außen- und Sicherheitspolitik“, dann werden viele bei SPD und Grünen sagen: Ja, stimmt; mehr Europa, weniger Nationalstaat. – Wenn man dann

aber europäisch etwas verabredet, ein Sicherheitsprojekt durchführt, die Idee einer europäischen Drohne und nicht einer nationalen Drohne entwickelt, dann darf man danach nicht im Klein-Klein der Innenpolitik wieder sagen: Dieses und jenes wollen wir jetzt aber doch nicht. Wenn wir Europa wollen, dann müssen wir gemeinsam Verantwortung übernehmen und solche Projekte dann auch gemeinsam durchziehen, wenn es nötig ist.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen: Frau Bundeskanzlerin hat erwähnt, dass man heute beim Europäischen Rat auch Konsequenzen für den Binnenmarkt und für das Schengensystem erörtern will. Wir haben erlebt, dass dann, wenn eine Krise eintritt, immer noch der alte nationalstaatliche Reflex greift. Man glaubte ernsthaft, man könne ein Virus bekämpfen mit dem Schließen von Grenzen, mit Schlagbäumen, mit Zollbeamten. An den Grenzen, wo das geschehen ist,

waren die Menschen dort aber schon längst weiter. Sie haben nicht verstanden, warum man nicht von Straßburg aus über die Europabrücke nach Kehl fahren darf, wenn man einen guten Grund dafür hat. Das war ein Fehler. Wir alle haben gelernt aus dieser ersten Situation.

Wir haben gelernt. Die nordrhein-westfälisch-niederländische und die nordrhein-westfälisch-belgische Grenze war übrigens die ganze Zeit über offen. Wir haben gekämpft dafür, dass diese Grenze offen bleibt, und haben dann einen Mechanismus entwickelt: Wir haben mit den Partnern jenseits der Grenze gemeinsam eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe gegründet, die dreimal die Woche getagt und uns informiert hat – die Gesundheitsämter und alle, die verantwortlich sind -, um so gemeinsam auf die Krise zu reagieren. In der zweiten

und dritten Welle war das dann Konsens.

Und das muss eine Lehre sein: Wir dürfen diesen Binnenmarkt nicht wieder durch Grenzsicherungen zerstören. Der Gipfel wird sich damit beschäftigen, wie der Binnenmarkt wieder konsequent hergestellt wird.

Europa ist nicht nur ein politischer Prozess. Es ist nicht nur ein politischer Prozess, sondern es ist eine Lebenseinstellung. Weder von einem tödlichen Virus, noch von antieuro-

päischer Hämie und Skepsis und erst recht nicht von Populisten und Nationalisten lassen wir uns dieses Europa kaputt machen! Das ist die Ansage an Sie und an alle, die das vorhaben.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

Wir brauchen Europa mehr als je zuvor. Wir stehen an einem Epochenwechsel.

Wenn wir Europa wollen, dann müssen wir gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Wir wollen ein Europa der Menschen



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Ich habe selten so viel Beifall vor einer Rede bekommen. Frau Bundeskanzlerin, nach 16 Jahren ist der anstehende Europäische Rat voraussichtlich Ihr letzter. Nachdem ich die Reden gerade gehört habe, muss ich sehr stark das „voraussichtlich“ betonen; denn ich vermute, die Regierungsbildung wird noch länger dauern als beim letzten Mal. Darauf lassen die sehr unterschiedlichen Positionen hier schließen.

Die Europäische Union, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ist mit dem Ende Ihrer Amtszeit in keinem guten Zustand. Denn was ist denn der Maßstab? Der Maßstab ist nicht, was die Menschen in den europäischen Ländern darüber denken, sondern, wie ihre Situation tatsächlich ist.

Und da sagen alle Befragungen

– nicht nur Die Linke -, dass wir uns in einer sehr problematischen Situation befinden. Ich darf daran erinnern, was vor einem Jahr zu Beginn der Pandemie los war; darüber hat eben sogar Armin Laschet gesprochen: Grenzen wurden zugemacht und Ähnliches. Da hat man gesehen, wie gefährlich die Situation ist. Das Gemeinsame mag sich ja danach entwickelt haben; aber zunächst haben wir die riesengroße Gefahr der unendlich vielen Alleingänge gesehen. Da Sie zu den Impfstoffen eine Bemerkung gemacht haben, möchte auch ich noch etwas dazu sagen. Es ist ja sehr gut, dass jetzt die Vereinbarung über die 2,3 Milliarden Dosen getroffen werden soll. Das ist völlig in Ordnung. Aber Sie haben sich noch mal ausdrücklich dagegen ausgesprochen, dass die Patente freigegeben werden sollen. Ich will noch mal deutlich sagen: Niemand hier im Deutschen Bundestag fordert, dass Patente allgemein und grundsätzlich freigegeben werden, weil dann Forschung behindert wird. Das ist überhaupt nicht die Position. Aber wenn eine Krise ist und es um Leben und Tod geht, dann muss man besondere Entscheidungen treffen. Deshalb ist die Forderung richtig, die Patente freizugeben.

Frau Bundeskanzlerin, im letzten Jahr hatte Deutschland, hatten Sie die europäische Ratspräsident-

schaft inne. Sie haben damals gesagt:

Die höchste Priorität der deutschen Ratspräsidentschaft ist es, dass Europa geeint und gestärkt aus der Krise kommt. Aber wir wollen Europa nicht nur kurzfristig stabilisieren – das wäre zu wenig. Wir wollen auch ein Europa, das Hoffnung macht ... Wir wollen ein Europa, das zukunftsfähig ist ... Wir wollen einen Aufbruch für Europa.

Ich kann dem nur vollinhaltlich zustimmen. Armin Laschet hat gesagt: Europa mehr denn je. – Aber, ehrlich gesagt, den Anspruch, den Sie formuliert haben, haben Sie nicht eingelöst. Europa ist in keiner Phase des Aufbruchs, sondern Europa taumelt im Kern wie ein angeschlagener Boxer vor dem K.o. von einer Ecke in die andere. Vor dem K.o. stehen vor allen Dingen die ganz normalen Bürgerinnen und Bürger der EU, jedenfalls vielfach.

Es geht um ein Europa der Menschen. Das muss doch der Kern sein. Die müssen unser Maßstab sein. Und wenn wir die Situation daran messen, ist sie eine schlechtere. Wir erinnern uns doch an die Finanzkrise; hier ist heute auch schon mehrfach darüber gesprochen worden. Damals war es so, dass die Verkäuferin, die Polizisten, der Paketbote und die Altenpflegerin das, was Banken verur-

sacht haben, letztlich mit Steuermitteln bezahlt haben. Das können wir nicht akzeptieren. Wir sehen doch bei den Schulen, was dabei herausgekommen ist, welche Defizite wir haben.

Und wie wird das diesmal sein? Ich hätte mir gewünscht, dass endlich mal die Profiteure der Krise, die Milliardäre und Multimilliardäre in ganz Europa, einen Beitrag zur Finanzierung leisten und dass Deutschland dazu initiativ geworden wäre. Eine europaweite Vermögensabgabe für diese Leute wäre mal eine deutsche Initiative gewesen, meine Damen und Herren.

Aber die EU hat doch in all den Jahren – ich will das wirklich noch einmal aufzählen – vor allem gegen ein soziales Europa gearbeitet. Seit 2011 hat die EU-Kommission 63-mal zu Kürzungen im Gesundheitswesen und zur Privatisierung von Krankenhäusern

aufgerufen. 50-mal hat die Regierung zu Maßnahmen aufgerufen, um steigende Löhne zu unterbinden. 38-mal wurden Anweisungen zur Reduzierung des Kündigungsschutzes gegeben. Frankreich wurde aufgefordert, die Renten zu kürzen. Das ist die Realität, und deshalb ist die Europäische Union tief gespalten. Das ist die reale Situation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer ein soziales und bürgernahes Europa verhindert, nimmt den Menschen Sicherheit und Kontrolle über ihr Leben und zerstört vor allen Dingen Vertrauen in Politik und in Europa. Es ist doch ein Treppenwitz, dass ausgerechnet der neoli-

berale Boris Johnson auf diesem Nährboden mit dem Slogan „Take back control“ Großbritannien aus der EU geführt hat. Das ist wirklich ein Treppenwitz. Diese Kampagne war schmierig und voller

Lügen, aber das Problem ist doch: Er hat an das Gefühl der Menschen angeschlossen, dass dieses Europa kalt und teuer ist. Da das real ist, hat das funktioniert. Das muss uns doch allen zu denken geben. Das ist doch

Die EU hat doch in all den Jahren vor allem gegen ein soziales Europa gearbeitet.

nicht nur ein kleines Problem in Großbritannien, das ist ein europäisches Problem. Wir müssen gemeinsam etwas tun, damit die Menschen eben nicht sagen: Diese Europäische Union ist kalt, und da wird nur an Geld gedacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, Olaf Scholz hat gesagt: Dieses Europa muss politischer werden. – Sehr richtig. Ja, die Maßstäbe Menschenwürde und Rechtsstaat müssen ganz oben stehen, ohne jede Frage. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa befindet sich doch gerade in diesem Punkt in einer enorm schweren Krise. Seit 2015 ist es zu keinem Zeitpunkt gelungen, eine europäische Flüchtlingspolitik auf den Weg zu bringen, die Humanität großschreibt, die Menschenrechte uneingeschränkt achtet und die Lasten gerecht verteilt. Jede Woche ertrinken Menschen im Mittelmeer, werden in libyschen Lagern Menschen gequält und erniedrigt. Die europäische Moral befindet sich in einem Schraubstock zwischen der libyschen Küstenwache und dem türkischen Despoten Erdogan. Das ist die

Wahrheit, und das ist eine europäische Bankrotterklärung, meine Damen und Herren.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie haben sicherlich noch mehr schlaflose Nächte in Brüssel verbracht als mit den Ministerpräsidenten unseres Landes in der Coronakrise. Es ist wirklich so: Mancher Vorwurf, der Ihnen gemacht worden ist, geht wirklich nicht auf Ihr Konto. Sie haben vielfach Schlimmeres verhindert. Das ist die Wahrheit. Aber ich glaube, das ist letztlich für die Ambitionen, die wir mit Europa haben sollten, zu wenig.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Annalena Baerbock, Bündnis 90/Die Grünen:

Einen klimagerechten Wohlstand in Europa schaffen



Annalena Baerbock (*1980)
Landesliste Brandenburg

Da das aller Wahrscheinlichkeit nach Ihre letzte große europapolitische Rede hier im Bundestag gewesen ist, möchte ich an dieser Stelle sagen: Sehr, sehr viele Menschen in diesem Land sind dankbar dafür, dass Sie in Krisensituationen in den letzten 16 Jahren dieses Europa zusammengehalten haben, gerade auch gegen große Widerstände aus Ihrer eigenen Fraktion und vor allen Dingen von Ihrer Schwesterpartei. Aber es reicht nicht mehr, Europa immer nur kurzfristig – bei externen Schocks – zu stabilisieren. In diesem Jahrzehnt geht es darum, Europas Versprechen zu erneuern, einen klimagerechten Wohlstand in Europa zu schaffen. Klimagerechter Wohlstand bedeutet, unsere Chance, die wir jetzt haben, zu nutzen und unseren Wirtschaftsraum, der der größte gemeinsame Wirtschaftsraum weltweit ist, so zu modernisieren, dass wir auf

den Märkten der Zukunft klimaneutral eine Chance haben. Warum? Weil das kein Selbstzweck ist, sondern weil das die Grundlage, die Stärke Europas, das soziale Versprechen dafür ist, die Daseinsvorsorge für alle im 21. Jahrhundert zu sichern. Das ist der Kitt, der soziale Kitt, der Freiheitskitt, der Europa zusammenhält, gerade im Wettstreit mit autoritären Regimen. Damit verteidigen wir unsere liberale Demokratie.

Blicke ich auf die Tagesordnung für diesen Europäischen Rat, und höre ich vor allen Dingen meine Vorredner hier an dieser Stelle, dann wiederholt sich doch Bekanntes: Die richtigen Themen werden angesprochen, doch die nötigen Antworten für einen wirklich europäischen Aufbruch sucht man vergebens.

Wo ist das Versprechen an die 450 Millionen Europäerinnen und Europäer, es nach dieser Pandemie wirklich besser zu machen und nicht nur zu versprechen? Europa hat mit dem Green Deal einen guten Plan vorgelegt. Aber diesem Green Deal fehlt der pulsierende Herzschlag, ihn auch mit Leben zu füllen, weil die größte Regierung dieses Europas das blockiert. Sorry, mit Pathos und mit Analyse allein erneuern wir Europas Versprechen nicht.

Die Biden-Regierung hat das erkannt. Sie investiert jetzt aus der Krise heraus 1,9 Billionen Dollar in Energiewende und Infrastruktur, um es in Zukunft besser zu machen. China tut das aus anderen

Motiven und ist nichtsdestotrotz mittlerweile Weltmeister bei den erneuerbaren Energien.

Und wir in Deutschland? Sie feiern sich hier gerade alle ab für den Recovery Plan. Dieser Recovery Plan stellt Deutschland 25 Milliarden Euro – round about – zur Verfügung. Und Sie brüsten sich jetzt damit, wer der Erste war, der danach gerufen hat. Ich weiß ganz genau: Seit 2015 haben Sie die Wirtschafts- und Währungsunion blockiert, und auch das ist Europa in der Pandemie auf die Füße gefallen. Und was machen Sie jetzt, als Sie endlich erkannt haben, dass es richtig ist, in Europas Zukunft zu investieren? Schauen wir uns das mal genau an, es geht ja hier schließlich um den Europäischen Rat und den Recovery Plan und nicht um Bewerbungsreden. Es war eigentlich vereinbart, von diesem deutschen Anteil – das waren die Regeln der Europäer, die auf dem Europäischen Rat beim letzten Mal gemeinsam beschlossen wurden – mindestens 37 Prozent der Gelder für Klimaschutz und 20 Prozent für Digitalisierung – da haben wir in Deutschland ziemlichen Nachholbedarf – einzusetzen. Und was machen Sie? Schauen Sie sich das mal genau an! 80 Prozent der Maßnahmen für den deutschen Wiederaufbauteil waren bereits vorher Bestandteil des deutschen Konjunkturprogramms. Das ist nichts Neues, sondern das ist alter Wein in neuen Schläuchen, und damit schaffen wir kei-

ne Zukunft. Damit schaffen wir keinen Klimaschutz und auch keine Digitalisierung.

Institute haben für Sie nachgerechnet – das sind ja nicht meine Zahlen: Läppische 1 Prozent aus dem Recovery Fund gehen in Deutschland in den Klimaschutz. Und dann wundern Sie sich jetzt in Fernsehtalkshows: Wie kann es sein, dass die Next Generation, um die es hier ja eigentlich geht, und das Bundesverfassungsgericht Ihnen plötzlich die Leviten lesen? Ich sage es Ihnen: weil das Versprechen nicht nur an die Next Generation in Deutschland, sondern an alle Europäerinnen und Europäer, „Gemeinsam erneuern wir unsere Zukunft“ von Ihnen weiter ausbleibt. Und das müssen wir ändern.

Wir brauchen eine deutsche

Bundesregierung, die mit vollem Herzen europäisch, solidarisch und klimaneutral tickt, dann auch entsprechend handelt und nicht nur bis zur nächsten Landtagswahl denkt, bei der 1 Cent vielleicht 1 Prozentpunkt kosten könnte. Wir müssen gemeinsam einen klimaneutralen Kontinent schaffen, und Europa kann das. Europa hat aus Feinden Freunde gemacht. Europa kann es schaffen, im nächsten Jahrzehnt den klimaneutralen Weg einzuschlagen und zum ersten klimaneutralen Kontinent dieser Welt zu werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte an dieser Stelle aber auch sehr deutlich sagen: Das



Beim EU-Gipfel in Brüssel wurde auch über die Klimapolitik debattiert.

© picture alliance / Hauke Christian Dittrich / Hauke-Christian Dittrich

schaffen wir, indem wir das ganze Versprechen Europas erneuern, auch das Versprechen zu unseren Werten. Und das bedeutet auch, innerhalb Europas eine deutliche Sprache zu finden, wenn die Menschenrechte – und dazu gehört: ich habe meine Menschenrechte, egal wen ich liebe – in anderen Ländern wie in Ungarn mit Füßen

getreten werden. Dazu gehört auch, wenn Sie jetzt über Flüchtlingspolitik reden, zu sehen, was an der kroatischen Grenze passiert: Da werden kleine Kinder und Familien mit Pushbacks zurückgedrängt. Das Vertrauen in unsere Demokratie, das Versprechen Europas zu erneuern, schaffen wir nur, wenn wir auch ver-

trauen, dass die Kraft unserer Werte größer ist als die Kraft einfacher populistischer Sprüche. In diesem Sinne sagen wir sehr deutlich – anders als Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union -: Jetzt ist der Moment, wir haben ein Fenster of Opportunity. Wir haben 2022 die Midterms in den USA und – ich kom-

me zum Schluss – die Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Nutzen wir gemeinsam dieses Fenster! Wir werden nicht drei Monate abwarten und dann sagen: Wir machen Kassensturz. – Wir wollen Europa jetzt erneuern, mit unseren europäischen Freunden und Nachbarn zusammen; denn unsere Zukunft ist Europa. Erneuern

wir das Versprechen Europas, und zwar jetzt! Machen wir es besser! Das sind wir 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Herzlichen Dank.

Christian Schmidt, CSU:

Europa muss sich weiterentwickeln



Christian Schmidt (*1957)
Wahlkreis Fürth

Frau Baerbock, ich kann Sie von einer Sorge befreien: Eine Bewerbungsrede war das nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Europa ist ein Europa mit Grenzen, die nicht trennen. Mein Europa ist ein Europa vieler: vieler Menschen, vieler Länder. Mein Europa steht für Vielfalt, für Frieden, für Demokratie.

Helmut Kohl hat mit Blick auf die europäische und deutsche Geschichte immer gemahnt: Vergesst die Kleinen nicht! – In gewisser Weise ist das die Doktrin unserer Außen- und Europapolitik. Wir pflegen auch und gerade mit den Staaten enge Beziehungen, die nicht im Konzert der Großen mitspielen.

Meine Zukunft in Europa spielt sich in Zukunft zwei Flugstunden von hier ab. Keine 1 500 Kilometer von hier entfernt leben Menschen in einem wunderschönen Teil Europas, die davon träumen, dazuzugehören: zu Frieden und zu guten Lebenschancen, zu Europa, zu uns. Am 1. August trete ich in Sarajevo das Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina an. Ich danke der Bundeskanzlerin und der gesamten Bundesregierung für diese im Kontext der verstärkten Befassung mit der Situation der Länder im Westbalkan entstandene Initiative und der internationalen Gemeinschaft für die Übertragung dieser spannenden, herausfordernden, sicher nicht einfachen

Aufgabe.

Ich tue das mit dem festen Willen, durch klugen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel aus den Friedensvereinbarungen von Dayton einen entschiedenen Beitrag dahin gehend zu leisten, dass die Narben in der Region nicht wieder aufbrechen. Dazu ist dieses immer noch nötige Amt, auch mit seinen exekutiven Möglichkeiten, da. Es gewährleistet neben der Unterstützung des Landes auf dem Weg in die EU auch die politische Präsenz der Weltgemeinschaft, zuvorderst für die Sicherstellung der territorialen Integrität Bosnien-Herzegowinas. Nach manchen Non-Papers der letzten Wochen konnte man seine Sorgen darüber haben. Insbesondere unsere Freunde und Partner in Washington haben mit europäischen Staaten und der Weltgemeinschaft in Dayton so in und für Europa gehandelt, wie Präsident Biden letzte Woche in Brüssel die amerikanische Verpflichtung für die Sicherheit Europas genannt hat: „a sacred obligation“, eine heilige Verpflichtung. Gut für uns, dass die USA wieder zurück sind! Und wir Europäer werden unseren Beitrag leisten, ob im Baltikum, auf dem Balkan oder wo immer in Europa oder seiner Nachbarschaft.

Der Genozid von Srebrenica und andere monströse Kriegsverbrechen müssen im kollektiven Bewusstsein von uns allen, von uns Europäern als Mahnung gegenwärtig bleiben. Nicht nur wegen dieser schlimmen Erfahrungen dürfen wir den Westbalkan, diese Schlüsselregion Europas, unseren südöstlichen Campus der Vielfaltigkeit, nicht vergessen und müssen den Blick darauf richten.

Der Weg dorthin ist aber so fordernd und bringt auch viele Verpflichtungen für diese Länder und ihre Gesellschaften mit sich, dass wir gut daran tun, in Sichtweite liegende Zwischenstationen zu markieren – Zwischenstationen, damit für die Bürgerinnen und Bürger Vorteile und Nutzen der EU nicht nur als ein utopisches

Konstrukt erscheinen, sondern erfahrbar werden, Realität werden können. Europa darf nicht stehen bleiben. Europa muss sich weiterentwickeln und Wege suchen, die konkrete Antworten geben, die erreichbar und verlässlich sind.

Die entscheidende Frage ist: Machen wir aus der Größe Europas eine Schwerfälligkeit oder doch eine Stärke Europas? Europa spielt in einer globalisierten Welt nur dann eine gewichtige Rolle, wenn unsere Werte in einem konzentrierten Ringen miteinander zu einer gemeinsamen Agenda reifen. Wir brauchen einen offenen Binnenmarkt und Solidarität in der Krise und danach. Wir brauchen aber keine Transfer- und Schuldenunion. Wir brauchen auch eine vernünftige Sicherung der europäischen Außengrenzen. Wir alle wollen unsere Eigenständigkeit, aber das ist kein Argument gegen eine gemeinsame europäische Ver-

fassung. Jeder kann seine Identität pflegen. Das heißt aber nicht, dass nationalistische Überheblichkeit den Ton angeben darf.

Auf dem Balkan waren wir – die EU, die USA – noch vor wenigen Jahren militärisch gefordert. Lassen Sie uns gemeinsam alles daran setzen, dass wir dort und anderswo in Europa in Zukunft nur friedlich gefordert sind.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Bundeskanzlerin, lieber Herr Ministerpräsident, vor 31 Jahren, am 20. Dezember 1990, saß ich das erste Mal in diesem Hohen Haus, noch nicht in diesem Saal – das war noch vor dem Umbau -, ein Jahr nach der Wende, in einer anderen Zeit. Helmut Kohl war Bundeskanzler, der Kanzler der Einheit, der Kanzler Europas. Hans-Dietrich Genscher war sein Außenminister, Theo Waigel war mein Parteivorsitzender, und Willy Brandt war Alterspräsident. 31 Jahre ist das her, 31 unglaubliche Jahre. Damals wurde deutsche Geschichte geschrieben. Die deutsche Einheit, für die ich 1981 noch vor diesem Haus mit meinen Freunden der Jungen Union demonstriert hatte, war friedlich erreicht, der Zwei-plus-Vier-Vertrag gerade

auf den Weg gebracht und die Zukunft Deutschlands von anderen mitgetragen. Ohne diese vier anderen Länder und ihre Einigkeit wären wir heute nicht da, wo wir stehen.

Ich bin dankbar: für diese Zeit, für unsere Demokratie, Ihnen für konstruktive Politik, für das Bestreben, die Welt ein Stück besser zu machen. Ich bin dankbar: meinen Wählern für ihr Vertrauen, den Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag über alle Fraktionen. Direkt ansprechen möchte ich die CSU-Landesgruppe, meine politische und fraktionelle Heimat, Alexander Dobrindt, stellvertretend für die CSU-Landesgruppe, meine Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus und alle anderen, mit denen ich zusammenarbeiten durfte. Meiner Familie danke ich für das Verständnis in all den Jahren.

Viele von Ihnen werde ich, so hoffe ich, in meiner neuen Aufgabe wiedersehen, ob in Brüssel, Berlin oder Sarajevo. Ich freue mich darauf. Danke sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und der LINKEN und des Abg. Martin Hohmann (AfD))

Martin Schulz, SPD:

Wir brauchen ein starkes Europa für eine sichere Zukunft



Martin Schulz (*1955)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Pandemie hat uns herausgefordert. Sie hat den Geist der Solidarität zwischen den Staaten und den inneren Zusammenhalt unserer Gesell-

schaft auf eine harte Probe gestellt. Querulanten und Verschwörungserzähler haben alles getan, um uns auseinanderzutreiben.

Der Europäische Rat, zu dem Sie heute fahren, Frau Merkel, tritt an einem Tag zusammen, an dem die bundesweite Inzidenz bei 6,6 liegt, in ganz Europa Einschränkungen zurückgenommen werden und Impfkampagnen laufen. Das repräsentiert eine Botschaft: Europa hat zusammengehalten. Es ist nicht gelungen, uns auseinanderzutreiben. Wenn die andert halbe Jahre, die hinter uns liegen, eine Schlussfolgerung zulassen, dann diese: Einigkeit macht stark.

Das ist der Geist, in dem Europa gestaltet werden muss. Viel hängt davon ab. Schon vor vier Jahren

haben wir als Sozialdemokraten im Koalitionsvertrag durchsetzen können, dass zum ersten Mal in einem deutschen Regierungsprogramm Europa an erster Stelle stand. Denn Europa, meine Damen und Herren, verdient es, dass seine Stärkung höchste deutsche Regierungspriorität ist. Und diese Regierung hat Europa gestärkt.

Für die Stärkung der Europäischen Union stehen zwei Projekte in besonderer Weise. Das erste Projekt ist, dass die EU über den Wiederaufbaufonds endlich autonom Gelder an den Finanzmärkten aufnehmen kann. In diesen Tagen fällt überall in Europa der Startschuss für milliardenschwere Investitions- und Reformprojekte. Was ist das für ein Kontrast zu der

Zeit vor zehn Jahren, als Besuch aus Brüssel vor allen Dingen Kürzungen bei Renten und Sozialleistungen bedeutete? Und was machen wir jetzt? Statt für Arbeitslosigkeit und Austerität wie damals steht Europa jetzt für Mut, Aufbau und Aufbruch. Das ist das Europa, das wir wollen. Das zweite Projekt: Google, Amazon, Facebook und Apple zahlen endlich in Zukunft Steuern, auch hier in Deutschland, dank der globalen Mindestbesteuerung von 15 Prozent, die die G 7 jetzt anstreben. Das ist ein Schritt zu konkret mehr Gerechtigkeit. Ich halte das für einen der größten Erfolge in der internationalen Politik der letzten Jahre. Neben dem Wiederaufbaufonds ist das ein großer Erfolg deutscher Europapolitik, und er trägt die Handschrift des Bundesfinanzministers der Bundesrepublik Deutschland, Olaf Scholz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin froh, dass ich helfen konnte, all das und vieles mehr mit auf den Weg zu bringen. Das ist jetzt hier meine letzte Rede in einem Parlament nach insgesamt 27 Jahren als Parlamentarier: 23 Jahre im Europäischen Parlament und 4 hier im Deutschen Bundestag. Der größte Teil meiner parlamentarischen Arbeit galt der festen Verankerung Deutschlands in Europa und der Stärkung Europas durch Deutschland, weil ich zutiefst davon überzeugt bin – auch als ein Kind meiner Generation –, dass ein starkes Europa, ein einiges, ökonomisch, sozial und kulturell erfolgreich zusammenarbeitendes Europa die beste Grundlage für eine sichere Zukunft in Frieden und Wohlstand für die nächsten Generationen auf dem gesamten Kontinent ist. Geografisch ge-

sehen liegt Deutschland in der Mitte dieses Kontinents, von neun Nachbarländern umgeben, von denen heute keines mehr Angst

vor Deutschland hat und auch nicht haben muss. Bezogen auf die über tausendjährige Geschichte unserer Nation ist das vielleicht der größte Erfolg.

In diesem Bewusstsein, meine Damen und Herren, habe ich als Abgeordneter gearbeitet. Ich finde, Vertreter der Bürgerinnen und Bürger zu sein, ist die höchste Ehre, die einem in einem republikanischen Staat zuteilwerden kann. Für dieses einzigartige Privileg bin ich den Wählerinnen und Wählern zutiefst zu Dank verpflichtet. Dankbar bin

ich auch all denjenigen, denen ich hier im Hause begegnet bin und mit denen ich zusammenarbeiten durfte. Neben den Erfolgen, die wir erzielen konnten, neben den Herausforderungen

Europa verdient es, dass seine Stärkung höchste deutsche Regierungspriorität ist.

der Coronakrise hat uns jedoch in dieser Legislaturperiode ein Phänomen in außergewöhnlicher Form bewegt: Das ist die neue Gewalt des rechtsextremistischen Terrors. Der feige Mord an Walter Lübcke, der schändliche Anschlag in Halle, die verabscheuungswürdigen Attentate in Hanau – die Atmosphäre von enthemmter Sprache und aggressiver Intoleranz, die zu solchen Taten führt, hat in dieser Wahlperiode auch Einzug in dieses Haus gehalten.

Ich wünsche mir, dass alle Demokratinnen und Demokraten auch im nächsten Deutschen Bundestag wieder eine Brandmauer gegen den Hass errichten, dass kein Tabubruch geduldet wird, dass die Grenze des Sagbaren nicht jeden Tag weiter verschoben wird. Ich für meine Person werde mich bemühen, mich an anderer Stelle, wo ich weiterarbeiten werde, genau dafür einzusetzen: für eine klare Haltung gegen rechts, für eine gerechte Gesellschaft, für Vielfalt, für Respekt und Toleranz und vor allen Dingen für ein starkes, ein friedliches, soziales und demokratisches Europa.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Die Abgeordneten der SPD erheben sich)

Dr. Frauke Petry, fraktionslos:

Die Bedürfnisse der Bürger in den Fokus setzen



Frauke Petry (*1975) Wahlkreis 158

einstmals fortschrittlichen Energieexporteur hat sich Deutschland unter der Führung von Frau Merkel auf den Weg hin zu einem energiepolitischen Entwicklungsland begeben mit den höchsten Energiepreisen in Europa.

Die deutsche Außenpolitik ist spätestens seit der Euro- und der Migrationskrise unter Druck. Frau Merkel rühmt sich gerne multilateraler Kooperationen, tatsächlich aber verschleudern wir vonseiten Deutschlands Milliarden von Steuermitteln vieler fleißiger EU-Bürger und zwingen unseren europäischen Partnern durch nationale Entscheidungen wie die Grenzöffnung 2015 die Folgen dieser Fehlentscheidungen faktisch auf. Das ist keine Kooperation auf Augenhöhe, das ist maximal deutsch-französischer Zentralismus unter einer europäischen Tarnkappe.

Aserbaidschan gegen Armenien zu Felde zieht, um letztlich eine pan-türkische Union als neuen Machtfaktor in der Welt zu schaffen. Dabei ist die Türkei NATO-Partner, aber offenbar einer, den niemand mehr im Griff hat.

Ein Thema, meine Damen und Herren, ist viel näher bei den Bürgern, und das ist Corona. Die Politik der Bundeskanzlerin hat die Angst, pseudowissenschaftliche

Methoden und das Instrument des Einsperrens und Abschottens der Bürger zur neuen Maxime der Krankheitsbekämpfung erhoben. Wäre sie Politikwissenschaftlerin oder käme vom Völkerrecht, dann könnte ich das erklären, für eine Naturwissenschaftlerin aber ist diese Politik eine Bankrotterklärung.

Wir brauchen in diesem Land Freiheit, Wettbewerb und den Mut zur Kontroverse in Wissenschaft und Politik gleichermaßen – und das mehr denn je. Unter der Führung von Frau Bundeskanzlerin Merkel wurden private infantile Machtvorstellungen in fast allen Bereichen der Politik zum neuen politischen Maßstab erhoben. Das ist die Abkehr von einem aufge-

klärten wissenschaftlichen Gesellschaftsverständnis, und das bedauere ich sehr. Ich hoffe, dass Frau Merkels Nachfolger Armin Laschet über mehr politischen Pragmatismus verfügt und die moralisch überladene Argumentation hinter sich lassen wird. Das nämlich ist unsere Aufgabe als Politiker, die wir gewählt sind, sich primär um die Bedürfnisse unserer Bürger zu kümmern.

Herzlichen Dank.

(Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Armin Laschet als Nachfolger, das war gut! – Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Ihre Einschätzung zum Merkel-Nachfolger war gut!- Jan Korte (DIE LINKE): Keiner klatscht!)

Das ist deutsch-französischer Zentralismus unter einer europäischen Tarnkappe.

Die Bundeskanzlerin präsentiert sich hier gerne als Klimakanzlerin, dabei hat sie als erste Regierungschefin die fatale Abkehr von der Kernenergie in Deutschland zu verantworten. Dass dabei die technikfeindlichen Grünen politisch hofiert wurden, dass dadurch die Nutzung von Kohle und Gas vorübergehend zu einem vermehrten CO2-Ausstoß geführt hat, ist Ergebnis gefühlgiger Entscheidungen, nicht jedoch vorausschauender Politik. Von einem

Frau Merkel unterstützt mit einem weiteren Flüchtlingsdeal mit Erdogan eine Politik, in der die schlechten Bilder einfach an andere Grenzen verbannt werden, und zahlt Erdogan dafür bis 2024 weitere 6 Milliarden Euro. Damit unterstützt die deutsche Bundesregierung, damit unterstützen wir als Deutschland insgesamt Erdogans nationalistisches Regime, das völkerrechtswidrig in Syrien einmarschiert ist und zusammen mit



Ab spätestens Ende Juni soll der digitale Impfpass in ganz Europa zum Standard werden.

© picture alliance / Pressefoto Evans / Ryan Evans

Dr. Katja Leikert, CDU:

Europa ist eine echte Herzensangelegenheit



© DBT/Achim Melede

Katja Leikert (*1975)
Wahlkreis Hanau

Über zwölf Jahre Krisenmodus liegen hinter uns in Europa. Finanzkrise, Migration, Pandemie – unserem Europa wurde hier viel abverlangt. Und egal welche Krise, wir als CDU/CSU standen immer im Zentrum der Problemlösung. Den Linken und Grünen waren wir in Europa oft zu streng, wenn wir auf die Einhaltung von Verschuldungsquoten gepocht haben. Da hilft auch Lautstärke nicht, liebe Frau Baerbock. Es gibt auch so etwas wie generationengerechte Finan-

zen. Und der rechte Rand hier im Haus warf uns quasi nichts weniger als permanenten Rechtsbruch vor, und das ausgerechnet beim Euro, der zweitstärksten Währung der Welt.

Wenn die Urteile von rechts und links so ausfallen, dann kann man sagen, dass wir einiges richtig gemacht haben. Mit großem Einsatz und viel Kraft haben wir zwölf Jahre das Haus Europa zusammengehalten, und das mit einer Kanzlerin, die wie keine Zweite für Europa steht. Auf nächstelangen Gipfeln war sie immer diejenige, die am längsten fit war und mit ihrer versöhnlichen und besonnenen Art entscheidend dazu beigetragen hat, dass die 27 Mitgliedstaaten beisammengeblieben sind. Ein herzliches Dankeschön an Angela Merkel! Ich wünsche mir, dass wir auch nach der Bundestagswahl einen Kanzler haben werden, der jeden Tag daran arbeitet, unsere Europäische Union ein Stück besser zu machen – und ich finde, das hat Armin Laschet gerade heute noch einmal leidenschaftlich deutlich gemacht.

Europa ist für ihn und uns als CDU/CSU-Fraktion eine echte Herzensangelegenheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt, dass wir unsere Chancen nutzen müssen, um bei den großen Transformationsthemen unserer Zeit, Digitalisierung und Klimaschutz, wieder nach vorne zu kommen. Wir sollten uns nicht selbst bedauern, dass wir kein europäisches Google, Facebook oder Twitter haben, sondern eben durch gezielte Förderung von Start-ups, Forschung und Innovation für bessere Bedingungen für unsere klügsten Köpfe sorgen. Das digitale EU-Covid-Zertifikat ist ein tolles Beispiel: Fast 30 Millionen Menschen haben es alleine schon in Deutschland. Die USA haben kein einheitliches digitales Zertifikat. Wir haben es in 27 Mitgliedstaaten. Made in Europe, darauf können wir auch einmal stolz sein.

Beim Thema Digitalisierung ist für mich wichtig – das möchte ich explizit heute Morgen hier ansprechen –, den Datenschutz eben nicht in absurde Höhen zu

schauben. Das sehen wir in den nationalen Debatten, und das sehen wir in Brüssel. Und da, liebe Grüne, können Sie noch sehr viel von uns lernen: Auch das Internet ist kein rechtsfreier Raum, die Menschen sollen auch da sicher sein. Für uns heißt das, dass zum Beispiel der Kinderschutz immer über dem Schutz der Verbindungsdaten von Verbrechern stehen muss! Die Debatten der letzten Jahre dazu zeigen: Im digitalen Raum brauchen wir Sicherheit, im digitalen Raum brauchen wir eine ordnende Vernunft. Das geht eben am besten mit der CDU/CSU und nicht mit irgendwelchen ideologischen Debatten!

Vernunft, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch ein supergutes Stichwort für das Thema Klimaschutz. Es ist richtig, dass die Europäische Union hier mit dem Green Deal vorangegangen ist, und das übrigens zu einer Zeit, in der sich die Amerikaner unter Trump vom Klimaabkommen abwenden wollten. Da hat Ursula von der Leyen mutig gehandelt und dieses Thema entschlossen vorgebracht. Ich möchte ganz offen sagen, ich würde ungern aus der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestags dieser Legislatur zu meinen Kindern nach Hause kommen und ihnen sagen: Sorry, liebe Kinder, wir hier machen nur 2 Prozent der Weltbevölkerung aus, deswegen machen wir

nichts für den Klimaschutz. Hier blockiert auch niemand, Frau Baerbock, und schon gar nicht die CDU/CSU-Fraktion. Hier taumelt die Europäische Union auch nicht, Herr Bartsch. Die Europäische Union hat hier Führung bewiesen. Ich freue mich, dass China und die USA in den positiven Wettbewerb um die besten Technologien für den Klimaschutz eingestiegen sind!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin da sehr zuversichtlich. Wir haben Spitzenforschung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa, wir haben Spitzenunternehmen und Innovation. Einer unserer Wirtschaftspioniere, Werner von Siemens, wusste schon vor über 200 Jahren, dass man eben mit Standards Märkte erschließt und dauerhaft Wohlstand sichert. Auch hier sind wir als CDU/CSU konservativ: Wir wollen eine klimaneutrale Union! Wir wollen, dass die Wirtschaft läuft! Wir wollen, dass die Menschen Arbeit haben! Und für uns ist ganz klar: Klimaschutz muss eben auch Wachstumstreiber sein! Nur das ist nachhaltig. Da müssen wir in Europa hin. Packen wir es an – mit Freude im Herzen, Frau Weidel, für das erfolgreichste Friedensprojekt der Welt!

Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Debatte zur Stärkung des Handwerks / 236. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 24. Juni 2021

Manfred Todtenhausen, FDP:

Den Bürokratieaufwand für Handwerker gering halten



© DBT/Julia Nowak

Manfred Todtenhausen (*1950)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es mag sein, dass ich den einen oder anderen jetzt vor den Kopf stoße. Aber ich behaupte einfach mal: Die große Mehrheit der Abgeordneten weiß

überhaupt nicht, wie Handwerker ticken – das ist noch nicht mal böse gemeint –, denn es macht einen gewaltigen Unterschied, ob ich mit 16, 17 eine Ausbildung anfangen, mein Leben lang arbeite, auf kalten, zugigen Baustellen aktiv bin oder ob ich mit 25, 27 mein Studium beende und mich in einem warmen Büro niederlasse. Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob ich für Auszubildende, Mitarbeiter und deren Familien verantwortlich bin – auch finanziell – und dafür sorgen muss, dass das Geld für die Gehälter auf dem Konto ist oder es Monat für Monat automatisch auf dem Konto landet.

Die Handwerker, die ich kenne, die wollen gar nicht im Büro sit-

zen. Die wollen raus zu ihren Mitarbeitern, zu ihren Kunden. Die schreiben vielleicht gerade noch an einem Angebot oder an einer Ausschreibung, und die schreiben nach getaner Arbeit gerne noch die Rechnung; aber auf zusätzliche Bürokratie, die wir ihnen auferlegen, haben die überhaupt keine Lust. Ein Zuviel an Bürokratie, wie etwa bei der Mindestlohndokumentation oder mit dem Draufsatteln europäischer Auflagen – ich nenne hier als Stichwort den Datenschutzbeauftragten gemäß Datenschutz-Grundverordnung –, findet kein Verständnis.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, hier im Bundestag sitzen über 100 Juristen, fast 100 Lehrer und gerade mal 8 Handwerks-

meister. Insofern bin ich meiner Fraktion wirklich sehr dankbar, dass wir uns heute die Zeit nehmen, über das Handwerk zu reden und dessen Probleme aufzuzeigen, Zeit nehmen für das Problem von zu viel Bürokratie, Zeit nehmen für die Problematik des Fachkräftemangels – gerade jetzt während Corona, wo zu wenige junge Menschen den Weg ins Handwerk finden. Wir Freien Demokraten wissen, wo bei den Selbstständigen im Handwerk und im Mittelstand der Schuh drückt. Daher haben wir 26 Forderungen in unserem Antrag aufgelistet – von A wie Aufstiegsfortbildung über M wie Mitarbeiterbeteiligung bis Z wie Zuwanderung –, die aber immer noch nicht abschließend sind.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir für den nächsten Deutschen Bundestag, dass wir mehr auf die Menschen im Handwerk und im Mittelstand eingehen; denn die haben was zu sagen. Das ist nicht nur die schweigende Mitte.

Die äußern sich in unseren

Wahlkreisen, auf Veranstaltungen, in Briefen, in Mails oder mit Petitionen. Die haben oft auch eigene Vorstellungen, wie man Politik gestaltet, wie man Wirtschaft gestaltet. Ja, die „schweigende Mitte“ will im Deutschen Bundestag vertreten sein. Sie will sich weder der Wahl enthalten noch extreme Ränder wählen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, viel mehr zu erklären und Politikverdrossenheit zu bekämpfen. Wir müssen Unternehmen entlasten, den Bürokratieanteil deutlich reduzieren, damit Handwerker das Wochenende nicht im Büro verbringen, sondern mit Familie und Freunden.

Sorgen wir dafür, dass der Weg in eine Selbstständigkeit gerne gegangen wird, ob im Handwerk oder sonst wo. Wenn Ihnen das Handwerk am Herzen liegt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann stimmen Sie unserem Antrag, mit dem das Handwerk entlastet wird, doch einfach zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Astrid Grotelüschen, CDU:

Das Handwerk ist Motor für Wachstum und Wohlstand



Astrid Grotelüschen (*1964)
Wahlkreis 28

Am Anfang waren Himmel und Erde. Den ganzen Rest haben wir gemacht.“ So lautet ein selbstbewusster Slogan der Imagekampagne des Handwerks. Recht haben sie; denn das Handwerk steht für 1 Million Betriebe, für 5,5 Millionen Beschäftigte und für rund 370 000 Auszubildende und nimmt damit eine elementare Rolle in unserer Wirtschaft ein. Das Handwerk ist Motor für Wachstum und Wohlstand. Deshalb lag und liegt mein Fokus und auch der Fokus der Union auf der guten Zusammenarbeit und auf der Stärkung der Mittelständler und der Familienbetriebe.

Wir alle haben Anfang Mai eine, wie ich finde, klassische Übersicht vom ZDH erhalten, die auf den Punkt analysiert und auch sehr sachlich darstellt: Wo steht das Handwerk? Was haben wir mit den Regierungsparteien gemeinsam umgesetzt? Was ist für die Zukunft wichtig? – Und dann liegt 14 Tage später der FDP-Antrag vor, der mir dann doch stark inspiriert – so würde ich es mal nennen –, sehr bekannt vorkam, der aber oppositionsbedingt die positiven Passagen ganz vergisst und zudem ein insgesamt so düsteres Bild zeichnet, liebe FDP, dass ich, ohne es weichzeichnen zu wollen – weil es auch nicht realistisch wäre –, mit Ihren Zahlen einmal umgekehrt sagen will: 70 Prozent der Betriebe im Handwerk sind trotz Corona auf einem guten Umsatzniveau, 20 Prozent verzeichnen sogar ein Umsatzplus zum Vorjahr.

Das, meine Damen und Herren, zeigt, dass – erstens – das Handwerk solide aufgestellt ist, dass – zweitens – auch die staatlichen Hilfen unterstützend gewirkt ha-

ben und dass wir – drittens – diese Katastrophe mit den jetzt vor Ort möglich werdenden Lockerungen und mit dem Zuwachs bei der Geimpftenquote gemeinsam gemeistert haben. Deshalb geht mein Dank an den Fliesenleger, an die Friseurin, an alle Betriebe und an alle Beschäftigten sowie an die Auszubildenden. Wir sollten uns darauf konzentrieren, für die Zukunft die richtigen Impulse zu setzen. Dazu sind wir bereit, und dazu werden wir als CDU/CSU-Fraktion wie bisher unseren Beitrag leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein zentrales Thema im Handwerk ist und bleibt die Nachwuchsgewinnung und die Fachkräftequalifizierung. Hier gibt es zahlreiche Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel oder auch aus der Tatsache ergeben, dass mehr Jugendliche ein Studium aufnehmen, als dass sie eine Ausbildung beginnen, und dass aktuell – Kollege Todtenhausen hat es angesprochen – im letzten Jahr etwa 10 Prozent weniger Ausbildungsverträge als im Vorjahr abgeschlossen worden sind.

Wie wir alle wissen, funktioniert die klassische Kontaktabahnung im Handwerk über Betriebspraktika und Berufsbildungsmessen. Nichts davon konnte stattfinden. Deshalb ist es erwähnenswert, dass die kurzfristig ins Leben gerufene gemeinsame Initiative des Zentralverbandes des Deutschen

Handwerks und der Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung, der Sommer der Berufsausbildung, gestartet wurde, mit der junge Menschen durch eine Vielzahl von Maßnahmen hoffentlich noch für die Besetzung von freien Ausbildungsplätzen gewonnen werden.

Natürlich geht es darum, mittel- und langfristig die duale Ausbildung als Herzstück in ihrer Gesamtheit zu stärken, da sie sowohl für das Handwerk die eigene Nachwuchsgewinnung sicherstellt und seit vielen Jahrzehnten auch zusätzliche Fachkräfte darüber hinaus ausbildet als auch – das ist ja das Besondere – in ihrer Weiterführung, nämlich mit dem Abschluss zum Meister oder zur Meisterin, neue Ausbildungskapazitäten, und zwar auf einem ho-

hen und geschätzten Qualitätsniveau, selber generiert. Dafür brauchen wir eine höhere gesellschaftliche Anerkennung. Deshalb haben wir uns in der Koalition schon lange auf den Weg gemacht. Ich selbst konnte in den letzten Jahren vieles aktiv begleiten, was die Weiterentwicklung der Gleichwertigkeit im Bildungsbereich angeht.

Ein Beispiel: die Stärkung von Aufstiegsmöglichkeiten. Hierzu haben wir novelliert, was die FDP-Forderung bereits im Namen trägt, nämlich das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz. Es stellt das Äquivalent zum BAföG in der beruflichen Bildung dar. Im Mittelpunkt steht die berufliche Höherqualifizierung.

Das heißt in der Praxis, dass sich die finanziellen Leistungen verbessert und die Fördermöglichkeiten erweitert haben, zum Beispiel bei der Vorbereitung auf alle drei beruflichen Fortbildungsstufen. Jetzt kann man bis zum Masterniveau Förderung in Anspruch nehmen. Gut so! Beispielhaft möchte ich auch auf den 2019 gestarteten Wettbewerb InnoVET hinweisen, der auf die Entwicklung exzellenter Konzepte zur Weiterentwicklung der höheren Berufsbildung zielt. Insgesamt werden hier bis 2024 17 herausragende Projekte

– auch mit dem Handwerk gemeinsam – mit 82 Millionen Euro vom Bund gefördert.

Ich könnte Ihnen noch eine Menge Stichpunkte geben wie das BBiG, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Wenn man in unser Wahlprogramm reinschaut, findet man viele konkrete Maßnahmen, deren Umsetzung für das Handwerk und den Mittelstand wichtig sind.

Dabei will ich gerne für unsere Fraktion attestieren, dass es immer etwas zu verbessern gibt, zusammengefasst in einem weiteren Slogan des Handwerks: Die Zukunft ist unsere Baustelle. – Dass ist sie sprichwörtlich, nämlich eine gemeinsame. Seien Sie sich sicher, dass wir als CDU/CSU-Fraktion gerne die Ärmel hochkrepeln und mitarbeiten.

Das Handwerk nimmt eine elementare Rolle in unserer Wirtschaft ein.

Meine Mitarbeit, meine Damen und Herren, endet allerdings, da ich mich vor anderthalb Jahren entschieden habe, nicht erneut für den Bundestag zu kandidieren. Ich habe 2009 das Mandat nach 45 Jahren für die CDU direkt gewonnen. Ich konnte diesen Erfolg zweimal wiederholen. Warum? Als Quereinsteigerin, aus einem mittelständischen Familienunternehmen stammend, mit damals fast 20 Jahren Berufserfahrung, weniger parteipolitischer Erfahrung – das gebe ich zu –, als Mutter dreier Kinder und auch als Kommunalpolitikerin war mein oberstes Ziel immer, eine praxisnahe Politik für die Menschen, für unseren Mittelstand und für unsere ländliche Region zu gestalten. Mein Eindruck ist, dass sich viele Wähler genau dies wünschen, ein

weitaus vielfältigeres Parlament, als es der Bundestag mittlerweile, bezogen auf Praktiker aus Mittelstand, Handwerk oder auch aus der Landwirtschaft, tatsächlich ist.

Die Arbeit hier in Berlin war für mich eine Bereicherung. Ich habe wirklich sehr viel gelernt. Insbesondere die gute Zusammenarbeit und den Austausch, parteiübergreifend, zu meinen Schwerpunkten – Mittelstand, Handwerk, KfW, Gründungen, GRW – habe ich geschätzt. Deshalb sage ich Ihnen allen Danke für die sehr guten und zielgerichteten Diskussionen. Ich danke natürlich meiner Landesgruppe, der AG, in der ich als einzige Frau vier Jahren überstanden habe; das darf man so sagen. Ich schließe natürlich die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter in der Bundestagsverwaltung, in den Ministerien und mein Team in den Dank ein.

Das größte Dankeschön geht an meine Familie und an die Wählerinnen und Wähler im schönsten Wahlkreis Deutschlands, mit der Nr. 28, der die Wesermarsch, die Stadt Delmenhorst – danke, Christian – und meinen Heimatlandkreis Oldenburg, meine Gemeinde Großenkneten und mein Zuhause in Ahlhorn umfasst. Danke, dass ihr mir euer Vertrauen geschenkt habt und damit auch das Mandat in die Hände gegeben habt. Es war für mich immer Verantwortung und Freude zugleich, aber vor allen Dingen war es eine große Ehre. Dafür sage ich Danke und Tschüs! Ihnen alles Gute!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der AfD)



Job- und Ausbildungsmessen sind für Unternehmen erfolgsversprechende Veranstaltungen zur Gewinnung neuer Fachkräfte.

© picture alliance/dpa / Georg Wendt

Enrico Komming, AfD:

Es braucht eine großangelegte Kampagne für das Handwerk



Enrico Komming (*1968)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Lieber Herr Kollege Todtenhausen, Sie haben völlig Recht, wenn Sie hinterfragen, wie dieser Bundestag eigentlich dazu kommen kann, praxisnah zu entscheiden. Ich glaube, wir haben hier in unseren Reihen viel zu wenig Handwerker. Eigentlich hätte ich hier heute gar nicht gesprochen, sondern mein Kollege Chrupalla, der ja Handwerksmeister ist und Bundesvorsitzender unserer Partei. Er ist leider nicht im Lande. Insofern traue ich mir heute die Rede zu. Wie kommt ein Jurist dazu? Nein, ich bin nicht nur Jurist, ich bin auch Handwerker. Ich habe auch einen ordentlichen Beruf gelernt, nämlich Baufacharbeiter. Wenn Sie sich in unseren Reihen umgucken, dann werden Sie sehen, dass wir die größte Quote an Handwerkern hier im Bundestag haben. – So viel vorab.

Das Handwerk, meine Damen und Herren, geht kaputt. Es geht kaputt, weil die Regierenden eine falsche Politik machen. Es gibt in Deutschland mehr als 550 000 Handwerksunternehmen, fast ausschließlich klein- und mittelständische Unternehmen. 15 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten im Handwerk. Es werden 607 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet. Handwerksbetriebe prägen vor allem die Wirtschaft in den strukturschwachen Räumen. Dabei geraten Handwerksregionen bei den Fördermaßnahmen des Bundes und der Länder wegen der zunehmend links-grün-ideologisch geprägten Vergaberichtlinien zunehmend ins Hintertreffen. Meine Damen und Herren, liebe Handwerker, Links-Rot-Grün und inzwischen auch Schwarz tun dem Handwerk nicht gut.

Die unsägliche Coronapolitik hat deutliche Spuren beim Handwerk hinterlassen. Eine aktuelle Umfrage des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks weist aus,

dass 42 Prozent der Betriebe weniger Umsatz als im Vorjahresmonat, also im schon coronageprägten Mai 2020, machen. Drei Viertel der Betriebe fordern die Verlängerung der erleichterten Kurzarbeitergeldregelungen. Das zeigt die prekäre Situation am Arbeitsmarkt im Handwerk.

Gesundes Handwerk heißt Stärkung des ländlichen Raumes. Mit 33 Prozent ist der Anteil des Handwerks an verfügbaren Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen deutlich höher als in Städten. Wenn die Bundesregierung so weitermacht, kann das Handwerk vor allem auch seiner gesellschaftlichen Bedeutung nicht mehr gerecht werden. Integration von Jugendlichen ins Arbeitsleben, ehrenamtliches Engagement dieser zumeist Familienbetriebe – das alles, meine Damen und Herren, steht auf dem Spiel. Die Folge ist eine beschleunigte Abwanderung aus den ländlichen Gebieten. Von daher sind gerade jetzt, wo die Bundesregierung den Menschen zumindest bis zur Bundestagswahl eine Lockdown-Pause gönnt, Weichenstellungen für eine Renaissance des Handwerks geboten. Handwerk, meine Damen und Herren, ist nicht altmodisch, muffig, rückständig. Handwerk kann fortschrittlich, innovativ, modern, zukunftsgerichtet sein. Man darf es nur nicht wie die Bundesregierung am nächsten Pfahl festbinden und dort verhungern lassen.

Der Antrag der FDP ist in großen Teilen gut und richtig, weshalb wir ihm auch zustimmen werden. Aber er ist ein breit angelegtes Wunsch-dir-was-Papier. Die Forderungen sind kaum handwerkspezifisch und zum großen Teil bereits im Parlament thematisiert worden, auch und vor allem durch die AfD. Man merkt, liebe Kollegen der FDP: Der Wahlkampf beginnt.

Meine Damen und Herren, die drei dringendsten Probleme des Handwerks sind:

Erstens: die Wirtschaftlichkeit der Betriebe. Die Steuer- und Abgabenlast ist weltweit betrachtet beispiellos hoch nach 16 Jahren Merkel-Regierung; sie macht die kleinen Handwerksbetriebe kaputt. Unendlich hoch erscheinende Bürokratiehürden verknappen

die Arbeitszeit der Inhaber; denn eigens dafür Angestellte sind zu teuer. Die hohen Kosten durch das schwarze Loch der Energiewende tun ihr Übriges, sodass das Dagegenverdienen zu einer echten Qual wird. Viele Handwerksbetriebe müssen aufgeben, weil die schenkungs- und erbschaftsteuerrechtlichen Vorschriften zu kompliziert sind und viele Übernehmer von Betrieben vor hohe Kosten stellen. Hier brauchen wir eine deutliche Vereinfachung, die zum Ziel haben muss, die Betriebsnachfolger vom gierigen Zugriff des Fiskus freizuhalten. Und, liebe FDP, warum trauen Sie sich nicht, die ersatzlose Abschaffung der EEG-Umlage zu fordern, wo Sie doch

Handwerk kann fortschrittlich, innovativ, zukunftsgerichtet sein.

die Vereinfachung, die zum Ziel haben muss, die Betriebsnachfolger vom gierigen Zugriff des Fiskus freizuhalten. Und, liebe FDP, warum trauen Sie sich nicht, die ersatzlose Abschaffung der EEG-Umlage zu fordern, wo Sie doch

Andreas Rimkus, SPD:

Maßnahmen müssen bei den Ursachen ansetzen



Andreas Rimkus (*1962)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es gibt in der Tat nur sehr wenig handwerkliche Praktiker im Bundestag. Nach meinem letzten Informationsstand sind es weniger als 3 Prozent der MdBs, und so um die 1 Prozent sind, so wie ich auch, Handwerksmeister. Da passt: Ming Mam hätte emmer jesacht: Du bist schon jett einzich. – Insofern ist es richtig, dass wir uns heute mit dem Thema beschäftigen. Danke schön, übrigens, liebe FDP. Tolle Sache, dass wir das geschafft haben, 60 Minuten in der Primetime zu reden. Aber ob das inhaltlich immer richtig ist, werden wir jetzt sehen.

zumindest in Ihrem tiefsten Innern wissen, wie nutzlos das gesamte EEG-Gesetz tatsächlich ist?

Zweitens: der Fachkräftemangel. Das deutsche Handwerk leidet an einem starken Fachkräftemangel – das wissen wir alle –, der gegenwärtig aus eigenem Nachwuchs nicht zu befriedigen ist. Wir brauchen einen Popularitätsschub und mehr gesellschaftliche Anerkennung des Handwerks, sozusagen mehr Installateure, weniger Influencer. Zudem muss die Abwanderung fertig ausgebildeter Handwerker in die Industrie gestoppt werden. Wir müssen schon ausgebildete Handwerker bei der Stange halten. Wir brauchen eine Neugestaltung und Auffächerung attraktiver Bildungs- und Karrierewege innerhalb des Handwerksbereichs, eine geeignete Strategie zur Stärkung der Bindung der jungen Menschen an den Handwerkssektor. Fachkräftezuwanderung ist jedenfalls keine grundlegende Antwort; denn es ist ja gerade die Qualität des deutschen Handwerks, erreicht durch Meisterzwang und duale Ausbildung, die deutsche Handwerker im Ausland so attraktiv macht.

Und nicht zuletzt: fehlende Planungssicherheit. Das deutsche

Handwerk hat nicht nur mit dem chaotischen Hin und Her der Lockdown-Politik der Bundesregierung zu kämpfen, sondern gegenwärtig auch mit stark schwankenden Rohstoffpreisen. Zimmereibetriebe und Tischlereien sind gegenwärtig nicht in der Lage, belastbare Kostenkalkulationen anzustellen, in einer Situation, in der China und die USA unseren Holzmarkt leerkaufen. Arbeitslos trotz voller Auftragsbücher: Das ist die gegenwärtige Realität in Deutschland. Das Handwerk braucht mehr Planungssicherheit, und das bedeutet Sicherheit der Versorgung mit den wesentlichen Rohstoffen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat dem Handwerk in den letzten Jahren schwer zugesetzt und damit vor allem die ländlichen Räume in Deutschland geschwächt. Es braucht daher endlich eine ernsthafte und groß angelegte Kampagne zur Rettung unseres Handwerks. Der FDP-Antrag kann ein Beginn sein. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU): Ich dachte, der ist oberflächlich!)

Ich finde nämlich, dass ich als Handwerksmeister einerseits und als Gewerkschaftsmann andererseits – ihr merkt schon, wo der Schwerpunkt liegt – eine ziemlich gute Vorstellung davon habe, wie außerordentlich wichtig die Arbeit der Handwerkerinnen und Handwerker für unsere Gesellschaft ist und welche Rolle die Anerkennung dieser Arbeit tatsächlich spielt. Ich will sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass Ihr Antrag durchaus ein paar kluge Ansätze mitbringt und einige kluge Beobachtungen anführt. Da ist zum Beispiel die Rede vom Handwerk als Wirtschaftsstabilisator in ländlichen Regionen. Es ist gerade hier aber herausgefordert durch demografischen Wandel und mangelnde Infrastruktur. Da ist auch die Rede von Fachkräftesicherung, von der Stärkung der beruflichen Ausbildung und einer deutlichen Betonung digitaler Kompetenzen.

Wie schade ist es aber, dass die FDP bei den konkreten Forderungen wieder in den steuerpolitischen Diskurs der 80er-Jahre zurückfällt. Die universelle Antwort auf alle Probleme: Steuersenkung – pauschal, undifferenziert, Prinzip „Gießkanne statt Skalpell“. Der Zimmerermeister im Dorf um die Ecke findet keinen neuen Lehrling. Ihre Antwort: Steuersenkung. Die Meisterin Sanitär, Heizung, Klima in der nächsten Stadt

bräuhete drei weitere Gesellen, um die ganzen Aufträge für energetische Sanierung und Modernisierung zu bewerkstelligen, für die sie angefragt wird. Ihre Antwort: Steuersenkung. Die Internetanbindung ist zu langsam, keine Aufträge sind da, weil Pandemie. Ihre Ansage: Steuersenkung. Es ist wirklich schade.

Dabei fängt Ihr Antrag besser an. Sie differenzieren sogar selbst: Ein Teil des Handwerks verzeichnet vor allem pandemiebedingt einen Umsatzrückgang, ein anderer

Das Prinzip »Gießkanne« bringt dem Handwerk gar nichts.

Teil aber sogar ein Umsatzplus. Klar ist doch, dass das Hotellerie- und Gastgewerbe vor einer besonderen Herausforderung steht, anders als der Bau oder, lieber Manfred Todtenhausen, unser Elektrowerk.

Die einen suchen händeringend neue Arbeitskräfte; die anderen sind froh, wenn sie dank Kurzarbeit niemanden entlassen müssen. Hier gibt es keine einfache, pauschale Antwort, jedenfalls keine, die sich nicht auf den zweiten Blick als relativ günstige Wahlkampfprechblase entlarvt. Fest steht: Weite Teile des Handwerks stehen vor erheblichen Herausforderungen. Das verdient zweifelsohne die Aufmerksamkeit und Unterstützung der Politik. Aber das Prinzip „Gießkanne“ bringt dem Handwerk gar nichts. Vielmehr müssen wir mit zielgenauen Maßnahmen da helfen, wo es wirklich brennt. Da ist übrigens auch schon eine ganze Menge passiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Beispiele. In puncto Digitalisierung und Breitbandausbau haben wir kürzlich die größte Überarbeitung des TKG, des Telekommunikationsgesetzes, seit mehr als einer Dekade vorgenommen. Mit dem Breitbandförderprogramm werden gerade auch graue Flecken und der ländliche Raum in den Fokus genommen. Das hilft nicht nur Privatpersonen, sondern natürlich auch den Betrieben in diesen Regionen. Stichwort „Fachkräftemangel“: 2019 hat diese Koalition das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. Zehntausende Fachkräfte haben von verbesserten Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Das hilft, und zwar enorm.

Angesichts der Pandemie haben wir das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ aufgesetzt und erst kürzlich verlängert, um Nachwuchs auch durch die Krise hindurch zu gewährleisten.

Solche Maßnahmen sind präzise. So setzen wir tatsächlich bei den Ursachen an. Und ja, natürlich muss man auch die Finanzen in den Blick nehmen, wenn man dem Handwerk helfen will, aber doch nicht mit pauschalen Steuerensenkungen, die einerseits dem individuellen Betrieb kaum etwas bringen, andererseits aber ein nennenswertes Minus beim Fiskus verursachen. Wenn wir in der Pandemie eins gelernt haben, dann doch wohl, wie wichtig es ist, ein solide finanziertes Gemeinwesen zu haben, zum Beispiel, damit wir in einer solchen Krisensituation mit passgenauen Instrumenten wie der Überbrückungshilfe denjenigen Handwerksbetrieben helfen können, die tatsächlich wegen der eingebrochenen Auftragslage existenziell bedroht sind. Was bringt denen bei Auftragsausfall

eine Steuerensenkung? Nichts. Denen hilft es auch nicht, wenn wir den Soli sofort abschaffen, den im Übrigen ohnehin kaum noch ein Handwerker bezahlt.

Wenn ich als Sozialdemokrat hier vom Handwerk spreche, dann meine ich das anders, als das anscheinend in dem FDP-Antrag steht: Ich meine eben nicht nur den Meister oder den Eigentümer des Betriebes, sondern auch den Lehrling, die Gesellin, diejenigen also, die wahrscheinlich nicht zu

den 10 Prozent verbliebenen Gutverdienern in unserer Gesellschaft zählen, die überhaupt noch Soli zahlen müssen. Vor diesem Hintergrund können wir dem Antrag natürlich nicht zustimmen.

Aber hören Sie, ich will auch gar nicht nur meckern. Es sind ja durchaus kluge Ansätze in dem Antrag. Ich freue mich jedenfalls, wenn die Wichtigkeit des Handwerks einerseits und die besonderen und sehr verschiedenen Herausforderungen und Ansprüche

dieses tragenden Wirtschaftsbereiches andererseits mehr in den Vordergrund geraten.

Wir alle können nicht in die Zukunft sehen. Wer weiß, in welcher Konstellation wir hier in einem halben Jahr sitzen. Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, dass wir als SPD-Fraktion auch in der kommenden Wahlperiode wieder zur Verfügung stehen werden, um uns der Sorgen und Nöte des Handwerks anzunehmen und es zu unterstützen und zu stärken. Ich

freue mich fast über jeden – fast über jeden –, der mitmachen möchte und dies gemeinsam mit uns erreichen will.

In diesem Sinne: Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Kommen Sie gut durch den Wahlkampfsonnensommer! Bleiben Sie gesund! Hoch lebe das Handwerk!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Alexander Ulrich, Die Linke:

Mehr Geld für das Handwerk und die Berufsschulen



Alexander Ulrich (*1971)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Herr Todtenhausen, ich gebe Ihnen insoweit recht, dass wir hier im Parlament eine Überakademisierung haben und dass wir vielleicht mehr Handwerker oder mehr Abgeordnete mit einer dualen Berufsausbildung bräuchten. Ich bin Werkzeugmacher und habe eine duale Ausbildung. Man kann auch da, denke ich, eine andere Politik machen; da gebe ich Ihnen recht.

Aber dann hört es schon auf mit unseren Gemeinsamkeiten. Denn Sie sprechen eher aus dem Blickwinkel des Firmenbesitzers oder des Handwerksmeisters, der auch Eigentümer der Firma ist, und ich diskutiere eher als Gewerkschafter aus der Situation des Arbeitnehmers im Betrieb heraus. Da haben wir schon große Unterschiede. Denn wenn wir über Attraktivität des Handwerks reden, müssen wir erst mal feststellen: Es wäre sinnvoller, man hätte viel mehr Tarifbindung, viel mehr Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, auch viel mehr öffentliche Vergaben mit Tarifbindung. Dann würden auch Handwerker nicht nach einer erfolgreichen Ausbildung in die Industrie abwandern. Das wäre eine Antwort; aber dazu hört man von Ihnen in Ihrem Antrag überhaupt nichts. Alleine schon deshalb muss der Antrag abgelehnt werden.

Der zweite Punkt, wo wir einen großen Unterschied haben: Sie reden ja gar nicht über Handwerk, sondern es ist der gefühlt tausendste Antrag in dieser Legislaturperiode, wo die FDP reinschreibt: Wir brauchen Steuerensenkungen, wir müssen die Lohnnebenkosten begrenzen, und wir müssen die Mindestlohndokumentation abschaffen.

Ich will Ihnen sagen: Sie haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Der Mindestlohn ist gut, wenn auch noch zu niedrig. Aber es gibt zu viele Möglichkeiten, den zu umgehen. Daher: Wir brauchen noch mehr Mindestlohnkontrollen, damit endlich mit diesen Ausnahmen Schluss gemacht wird. Und was wir überhaupt nicht brauchen, sind weniger Steuern und Sozialabgaben. Gerade die Coronakrise hat doch gezeigt, wie

wichtig ein aktiver Staat ist. Wenn es nach der FDP ginge, wäre Kurzarbeit nicht finanzierbar gewesen, und man hätte auch keine Staatshilfen für die wegen der Coronakrise notleidenden Betriebe geben können. Wir hätten viele Insolvenzen mehr, wenn es nach euren Steuerkonzepten gegangen wäre.

Auch deshalb muss dieser Antrag abgelehnt werden.

Und wenn wir über Fachkräftenachwuchs reden, dann ist doch auch ein Problem in diesem Land, dass die berufliche Ausbildung der Bildungsweg ist, der am stiefmütterlichsten behandelt wird. Wenn wir überall sagen: „Es wird viel zu wenig Geld in die Bildung gesteckt“, dann sage ich Ihnen: Schauen Sie sich mal die Berufsschulen in Ihren Wahlkreisen an! Das sind im Zweifel die am

schlechtesten ausgestatteten Schulen, die es im Wahlkreis gibt. Da müsste endlich mal Geld investiert werden, dass auch die berufliche Bildung ebenso wie andere Bildungswege ihre Leistung erbringen kann. Die Berufsschulen bringen das überhaupt nicht. Und wenn wir über Steuerkonzepte reden: Wir als Linke haben schon vor Monaten einen Antrag hier eingebracht, dass der Staat in den nächsten zehn Jahren zusätzliche Investitionen in Bildung, in Gesundheit, in Infrastruktur, in schnelles Internet, wovon auch die Handwerksbetriebe profitieren würden, in Höhe von 450 Milliarden Euro tätigen muss. Davon würde insbesondere das Handwerk profitieren, weil sie diejenigen sind, die das vor Ort umsetzen. Das wäre eine Antwort: mehr Investition, auch durch mehr Steuergerechtigkeit. Aber da ist bei der FDP eine Leerstelle.

Zum Abschluss, Herr Präsident – Die Kommunen sind ein großer Auftraggeber für das Handwerk. Wir brauchen endlich einen Altschuldenfonds, sodass die Kommunen ihre Investitionen tätigen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre eine Antwort: mehr Investition, auch durch mehr Steuergerechtigkeit.



Auszubildende berichten von ihrem Alltag und der Umstellung von der Schule zur Ausbildung. Das kommt bei den Schülern gut an.

© picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild/Patrick Pleul

Claudia Müller, Bündnis 90/Die Grünen:

Das Handwerk braucht Planungssicherheit



© DBF/Thomas Trutschel

Claudia Müller (*1981)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Die Analyse, Herr Todtenhausen, ist absolut richtig: Seit Jahren fehlen im Handwerk Fachkräfte, und Besserung ist nicht in Sicht. Nach wie vor erscheint vielen eine handwerkliche Ausbildung wenig attraktiv. Und es mangelt nicht nur generell an Azubis, sondern dazu kommt häufig auch ein Matching-

Problem. Denn je nach Branche und Ort gibt es auch zu viele Schulabgängerinnen, die keine Lehrstelle finden. Und es gibt Unternehmen, die ich kenne, zum Beispiel in der Biobranche, die sehr, sehr viele Anfragen bekommen und gar nicht so viel ausbilden können, wie sie wollen würden. Und gleichzeitig ist es aber so, dass an vielen Orten die jungen Menschen fehlen.

Es gibt viele Gründe dafür, warum diese Ausbildung nach wie vor nicht so attraktiv ist, wie sie sein sollte: zu niedrige Bezahlung, auch aufgrund einer zu niedrigen Tarifbindung, fehlende Anerkennung und Wertschätzung bei gleichzeitig harten Arbeitsbedingungen und auch Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das übergehen Sie leider in Ihrem Antrag.

Planungssicherheit und gute Rahmenbedingungen sind Voraus-

setzung nicht nur für Investitionen, sondern eben auch für einen Beschäftigtenaufbau. Was hierbei überhaupt nicht hilft, sind billige Steuersparversprechen und Ausgabenbeschränkungen wie von Ihnen, liebe FDP, und auch zum Teil von Ihrer Wirtschaftswillingspartei CDU/CSU.

Die tatsächlichen Probleme der Zukunft nehmen Sie trotz aller Lippenbekenntnisse nicht ernst. Nach der Pandemie braucht es große Investitionen und eine massive Offensive in den Bereichen Ausbildung, Gründungen, Nachfolgen und Fachkräfte, um die Energiewende, die Verkehrswende und die Bauwende für den Klimaschutz zu schaffen, und zwar langfristig und verlässlich. Denn nur mit einem verlässlichen Pfad können Handwerkerinnen entsprechend investieren und die Nachfolgen vorbereiten.

Und hier – ja, hier – ist dann

auch der Staat gefragt. Wir wollen Handwerksunternehmen dabei unterstützen, kurzfristig mehr Liquidität zu beschaffen, indem wir zum Beispiel den Verlustrücktrag nicht nur wie Sie auf drei Jahre, sondern sogar auf vier Jahre verlängern. Wir fordern eine Erhöhung der Istbesteuerungsgrenze. Wir fordern die Erhöhung der Sofortabschreibungsgrenze. All dies sind Maßnahmen, die sowohl kleinen und mittelständischen Unternehmen und damit aber auch Handwerksbetrieben helfen, in die Zukunft zu investieren, weil sie eben helfen, Liquidität zu erhöhen. Und zugleich fordern auch wir die Absenkung des Strompreises und einen klaren Pfad für den CO₂-Preis; denn vage Ankündigungen, die Klimaziele schon irgendwie einhalten und finanzieren zu können, reichen nicht. So bekommt man keine Planungssicherheit. Deswegen: Setzen Sie bitte Ihre ideologische Steuervermeidungsbrille ab; denn diese Debatten gehen an der Realität vorbei. Das haben auch die massiven Kritiken an dem Wischi-

waschi-CDU-Wahlprogramm gezeigt, das allein durch pure Hoffnung gegenfinanziert ist.

Einen letzten Satz noch zur Nachfolge. Durch Corona und den demografischen Wandel wird dieses Thema eine höhere Dringlichkeit bekommen, als es in dieser Legislatur hatte. Wir brauchen neben der Ausweitung der bestehenden Programme auch eine bundesweite Kommunikationsstrategie. Unser Ziel muss doch sein: Die Übernahme von Unternehmen, auch von kleinen und mittelständischen, von Handwerksbetrieben,

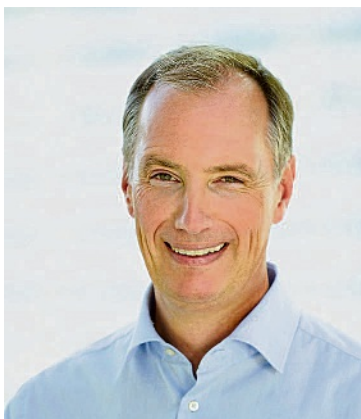
muss genauso hip sein wie das Gründen von Start-ups, und zwar nicht nur für die Gründerinnen, sondern auch für die Kreditgeberinnen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Matthias Heider, CDU:

Die Situation im Handwerk ist angespannt



© Laurence Chaperon

Matthias Heider (*1966)
Wahlkreis Olpe – Märkischer Kreis I

Allem Leben, allem Tun, aller Kunst muss das Handwerk vorausgehen“, sagt Goethe. Mit anderen Worten: Ohne das Handwerk geht eigentlich nichts. Selbst das Bauhaus, dessen 100. Geburtstag wir 2019 begehen konnten, zeichnete sich durch die Einheit von Handwerk und Kunst aus. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erinnerte in seiner Jubiläumsrede daran: „Ein neues Zusammenspiel vieler Künste und Handwerke sollte im Bauhaus eine neue Formgebung ermöglichen ...“.

Heute, im Alltag, in nüchternen Zahlen, ist das etwas anders zu be-

trachten: 1 Million Handwerksbetriebe gibt es in Deutschland, knapp 30 verschiedene Gewerke tragen dazu bei, rund 5,5 Millionen Beschäftigte gibt es, 370 000 Lehrlinge im Handwerk – das sind immerhin 28 Prozent aller Lehrlinge in Deutschland –, und im Jahr 2019, also vor der Krise, lag der Umsatz noch bei 640 Milliarden Euro.

Derzeit ist die Situation im Handwerk angespannt. Wir befinden uns hoffentlich am Ende der Krise. Zu Beginn des Jahres gab es Umsatzrückgänge

um 38 Prozent, heute bei einzelnen Betrieben schon bis 50 Prozent. In 130 Ausbildungsberufen werden noch Lehrlinge gesucht. 30 000 Ausbildungsstellen sind noch unbesetzt. Lieferketten waren oder sind noch beeinträchtigt. Teilweise gibt es einen Materialmangel zu beklagen. Wer gedacht hat, dass diese Krise am Handwerk wegen voller Auftragsbücher vorbeigehen würde, der irrt. Und dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der

FDP ist es zu verdanken, dass das Licht der parlamentarischen Debatte heute auf diesen Bereich fällt, der sich mehr als andere Wirtschaftsbereiche in der Krise behaupten muss.

Auch wenn die Union aus nachvollziehbaren Gründen dem Antrag heute nicht zustimmen kann – wir werden darüber in den nächsten drei Monaten noch mal nachdenken –, so bleibt das Anliegen im Grundsatz doch richtig. Viele Punkte kommen mir auch vertraut vor. Sie finden sich auch in den Beschlüssen der Mittelstandsunion wieder, sodass das so falsch nicht sein kann.

Meine Damen und Herren, es gibt große Herausforderungen: Rohstoff- und Baustoffmangel, Fachkräftemangel, Transformation durch Digitalisierung und Energiewende, Überregulierung und Steuerlast, Schwarzarbeit; Cybersicherheit ist inzwischen auch ein Thema. Und bei allem gilt: Ohne Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Lage und des Handwerks kann auch ein Auf-

schwung in der Wirtschaft nicht stattfinden.

Das Handwerk und der Mittelstand bleiben das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Wenn wir es richtig machen, wird es einen enormen Aufschwung in den nächsten Jahren in Deutschland geben.

Und wir haben für das Handwerk bereits ein paar Leitplanken eingezogen. Ich erinnere an die 10. GWB-Novelle. Da geht es um den besseren Datenzugang, auch für Handwerker, die bei Wartungsarbeiten auf diese Daten angewiesen sind. Gestern erschien der aktuelle Jahresbericht des Bundeskartellamtes, und der zeigt auf, wie wichtig eine faire Datenökonomie ist; „Zugang zum Wettbewerb“ ist dabei das Stichwort.

Mit dem Fünften Gesetz zur Änderung der Handwerksordnung und anderer handwerksrechtlicher Vorschriften haben wir eine Qualitätssicherung des Handwerks durch Wiedereinführung der Meisterpflicht in bestimmten Gewerken und auch eine Flexibilisierung der Meisterprüfung erreicht.

Und gestern – um noch mal einen anderen Bereich anzusprechen – hat Wirtschaftsminister Peter Altmaier Maßnahmen und Vorschläge vom runden Tisch mit Bauwirtschaft, Handwerk und Holzwirtschaft vorgestellt. Der Staat soll nicht intervenieren, aber helfen, die krisenhafte Entwicklung zu begrenzen: Aufhebung der Einschlagsbegrenzung von Fichtenholz, Ausnutzung von vertrag-

lichen Spielräumen, Anpassung von Normen und Standards, da, wo es nur um Schönheitsfehler im Holz geht.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, das ist heute meine letzte Rede im Deutschen Bundestag. Ich habe mich nicht wieder um ein Mandat für die Bundestagswahl im September beworben und werde mich noch einmal neuen beruflichen Aufgaben widmen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei allen Fraktionen des Hauses für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen zwölf Jahren zu bedanken – auch wenn wir nicht einer Meinung waren. Gerade in den letzten vier Jahren war ich als Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA oft gefordert. Wir haben eine schwierige Zeit der transatlantischen Beziehungen gemeinsam zu bestehen gehabt, und ich danke allen Kolleginnen und Kollegen unseres Hauses, die einen persönlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Austausches mit unseren Freunden im US-amerikanischen Kongress geleistet haben. Das findet in den USA Anerkennung und Zuspruch.

Meiner eigenen Fraktion sage ich herzlichen Dank für die Unterstützung in den vergangenen zwölf Jahren. Ich habe gerne das Wirtschafts-, Gewerbe- und Wettbewerbsrecht im Wirtschaftsausschuss in dieser Zeit betreut. Gerade mit der letzten Novelle des Kartellrechts haben wir im Hinblick auf die Plattformökonomie einen

Das Handwerk und der Mittelstand bleiben das Rückgrat unserer Volkswirtschaft.

Meilenstein zum Offenhalten der Märkte im digitalen Zeitalter gesetzt. Schließlich gilt der Dank meiner Familie für die geduldige und tatkräftige Unterstützung in all den Jahren aktiver Politik. Meine Frau hat in ihrer eigenen Berufstätigkeit dafür die größeren

Kompromisse machen müssen, auf mehr verzichtet. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Büros in Attendorn, in Lüdenscheid und in Berlin sowie hier in der Fraktion im Deutschen Bundestag sage ich einen herzlichen Dank für die geleistete

Arbeit. Als direkt gewählter Abgeordneter im südlichen Sauerland schließe ich mit dem Dank an die Bürgerinnen und Bürger, die mir dreimal mit großer Mehrheit den Auftrag für den Deutschen Bundestag gegeben haben. Ich freue mich, dass sich jetzt eine Entspan-

nung zum Ende der Krise abzeichnet und wir Freiheiten gemeinsam wieder genießen können.

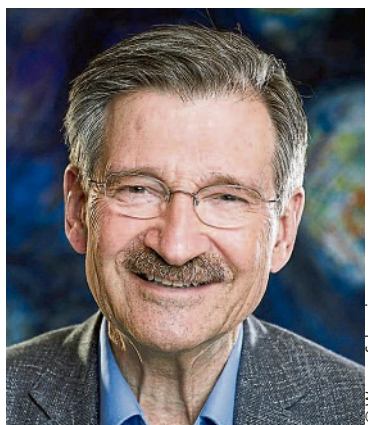
Und zum Schluss habe ich noch eine Bitte an Sie: Passen Sie gut auf auf unser Land!

Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Hermann Otto Solms, FDP

Auf den nächsten Bundestag warten riesige Aufgaben



Hermann Otto Solms (*1940)
Landesliste Hessen

Mein Kollege Manfred Todtenhausen hat das Thema ausführlich und ausreichend behandelt, sodass ich mich auf einige persönliche Bemerkungen begrenzen möchte.

Lassen Sie mich beginnen mit der Aussage, dass ich mich besonders freue, unter Leitung des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble hier sprechen zu dürfen; denn – viele Jüngere wissen das nicht – wir haben in den 90er-Jahren, als wir die Regierungskoalitionen führten, sehr eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Damals wäre die Regierung gar nicht auf die Idee gekommen, über die Köpfe hinweg oder an den Köpfen des Parlaments vorbei Entscheidungen zu treffen. Das war völlig ausgeschlossen.

Nach nun insgesamt 37 Jahren scheidet sich aus dem Deutschen Bundestag aus. Es war eine aufregende Zeit mit Siegen und Niederlagen, mit Überraschungen und mit Enttäuschungen, aber immer herausfordernd und immer begeisternd. Ich empfinde Dankbarkeit für all das, was ich als Parlamentarier erleben und mitgestalten durfte. Das war wirklich schön. Schon kurz nach meinem Eintritt in den Deutschen Bundestag 1980 erlebte das Land eine fundamentale Auseinandersetzung: Sollten wir die Aufstellung sowjetischer Mittelstreckenraketen mit entsprechenden Reaktionen

beantworten? In allen Parteien und in der Gesellschaft gab es unterschiedene Widerstände. Ich erinnere mich gut an die 500 000 Demonstranten im Bonner Hofgarten, angeheizt unter anderem von dem FDP-Außenpolitiker William Borm, der später als Stasi-Agent enttarnt worden ist. Heute wissen wir: Ohne den Doppelbeschluss wäre die Abrüstung von Mittelstreckenraketen und wohl auch die deutsche Einheit nicht so schnell möglich gewesen. Es war also ein stürmischer Beginn für einen jungen Parlamentarier.

Als Deutschland geteilt wurde, war ich ein Kind. Als die Mauer gebaut wurde, war ich junger Soldat, auf das Schlimmste vorbereitet. Am 9. November 1989 war ich Abgeordneter. Die Nachricht vom Mauerfall im Plenum im Bonner Wasserwerk und das spontane Anstimmen der Nationalhymne durch die Kolleginnen und Kollegen waren für mich der bewegendste Augenblick in der Geschichte meiner parlamentarischen Tätigkeit. Die deutsche Einheit war und ist das bedeutendste Ereignis der Nachkriegszeit. Es ist ja nicht nur die deutsche Einheit; es ist die Veränderung der Welt, die damit verbunden war.

Die größte Enttäuschung dagegen war das Scheitern der FDP an der 5-Prozent-Hürde bei der Wahl 2013 – für uns ein Schock. Wir haben aber schnell erkannt: In jeder Niederlage liegt auch eine Chance, und die muss man ergreifen. Diese Chance haben wir ergriffen und die Partei unter Christian Lindner neu aufgestellt. Sie sehen heute: Es ist gelungen. Wir sind zufrieden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf den nächsten Deutschen Bundestag warten riesige Aufgaben. Damit will ich mich kurz befassen. Deutschland ähnelt heute der Romanfigur des Gulliver: Eigentlich groß und außerordentlicher Stärke fähig, wird er von Tausenden Fesseln am Boden gehalten. Unser Land hat sich selbst ge-

fesselt. Mit zahllosen überflüssigen Vorschriften, Auflagen, Geboten und Verboten sind wir handlungsunfähig geworden. Corona hat allen vor Augen geführt, wie unkoordiniert und unflexibel die staatliche Verwaltung in der Not agiert. Sie hat sich als unfähig erwiesen, schnell und unbürokratisch zu reagieren. Das ist auch kein Wunder; denn dafür sind die Beamten auch gar nicht ausgebildet; das ist nicht ihre Aufgabe.

Das Gleiche gilt für die Lösung der seit Jahren anstehenden nationalen und internationalen Probleme. Denken Sie unter anderem an die Energie- und Klimapolitik, an den noch immer nicht existenten digitalen Binnenmarkt in Europa, an die Migrationsproblematik. Denken Sie an die wirtschaftliche Stabilität und zunehmende Staatsverschuldung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zentrale Versprechen der jungen Bundesrepublik lautete: Wohlstand für alle. Es ist an Ihnen, dieses Versprechen zu erneuern. Lassen Sie dabei den Gedanken an die Generationengerechtigkeit Grundlage Ihres Handelns sein. Die Lösung der Probleme kann und darf nicht sein, unseren Kindern und Enkeln die Schulden von heute in die Wiege zu legen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus der Krise können wir nur herauswachsen – das muss man endlich verstehen –, so, wie wir aus der Finanzkrise 2008/09 herausgewachsen sind. Schaffen Sie die Bedingungen für diesen Wachstumsprozess. Entlasten Sie die Gesellschaft und die Wirtschaft. 90 Prozent der volkswirtschaftlichen Investitionen stammen von privaten Haushalten und Unternehmen, nicht vom Staat. Was Millionen von Bürgern freiwillig mit ihrer Kreativität und Leistungsbereitschaft bewirken können, kann der Staat niemals leisten. Es steht Parlament und Regierung gut zu Gesicht, auf die Kreativität, die Schaffenskraft und die Eigenverantwortung der Menschen zu vertrauen. Dieses Vertrauen in die Menschen unseres Landes habe ich in den letzten Jahren schmerzlich vermisst. Da-

mit unser Staat das Land entfesseln kann, muss er schlank, digital und effizient sein. Arbeiten Sie mit Anreizen statt Verboten. Geben Sie Raum für eine neue Gründerkultur. Gute Ideen sind millionenfach vorhanden. Sie brauchen aber Freiräume, um sie zu verwirklichen. Lassen Sie ideologische Scheuklappen auch mal fallen. Denken Sie doch etwas größer. Das Rentensystem muss sich an unsere alternde Gesellschaft anpassen; auch hier ist mehr Flexibilität gefragt. Lassen Sie doch die Arbeitnehmer selbst entscheiden, wie viel und wie lange sie arbeiten wollen. Muss das denn vorgeschrieben werden? Sie werden sehen, dass viele viel länger arbeiten werden wollen, wenn man ihnen den Freiraum und die möglichen Einkunftsquellen lässt. Es braucht zudem eine mutige, umfassende Reform, die das umlagefinanzierte Rentensystem modernisiert. Auch die Rentner sollen am Produktivitätsfortschritt der Weltwirtschaft beteiligt werden. Eine gesetzliche Aktienrente ist dafür ein richtiger Weg.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich verlasse den Deutschen Bundestag in der Hoffnung, dass Sie sich der anstehenden Probleme mit Mut und Sachverstand annehmen werden. Besinnen Sie sich stets auf einen entscheidenden Grundsatz unserer Verfassung: Der Deutsche Bundestag ist das einzige direkt vom Volk legitimierte Staatsorgan. Er ist die Herzammer der Demokratie. Die Parla-

mentarier repräsentieren den Willen des Volkes. Der Deutsche Bundestag gibt die Grundlinien der Politik vor und bedient sich der Regierung zu ihrer Umsetzung, nicht umgekehrt. Diese Aufgabe erfordert Demut vor dem Volk, aber auch Selbstbewusstsein gegenüber der Regierung. Leben Sie beides, ganz gleich, ob Sie einer Regierungskoalition angehören oder in der Opposition arbeiten.

Ich wünsche Ihnen allen trotz Wahlkampf eine erholsame Sommerpause, damit Sie anschließend die Kraft haben, Fesseln zu lösen und die neuen Goldenen Zwanziger einzuleiten. Vertrauen Sie auf die Schaffenskraft der Menschen – denen, die hier geboren sind, und denen, die auf der Suche nach persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit hier eine neue Heimat suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin dankbar für nahezu vier Jahrzehnte in der Herzkammer der Demokratie. Erneut kommen jetzt spannende Zeiten; das wird ja nie aufhören. Nie gab es mehr zu tun. Das möchte ich den neuen Abgeordneten noch mal in ihr Tagebuch schreiben: Nie gab es mehr zu tun.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause – Die Fraktionen der FDP, der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Abgeordnete der AfD erheben sich)

Die deutsche Einheit war und ist das bedeutendste Ereignis der Nachkriegszeit.

In jeder Niederlage liegt auch eine Chance, und die muss man ergreifen.



Der Rohstoff Holz ist derzeit knapp und teuer.

© picture alliance/Zoonar/Robert Kneschke

Michael Gerdes, SPD:

Die Ausbildungssituation im Handwerk verbessern



Michael Gerdes (*1960)
Wahlkreis Bottrop-Recklinghausen III

Gestatten Sie mir zunächst auch von dieser Stelle, Herr Dr. Solms, Ihnen alles Gute für Ihren weiteren Lebensweg auf den Weg zu geben. Ich wünsche Ihnen viel Gesundheit und noch viele gute Jahre. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass Sie sich komplett aus der Politik heraushalten können.

Meine Damen und Herren, jetzt wieder zur Tagesordnung. Gerade Sie von der rechten Seite haben in den letzten Wochen ganz offenbar keine Probleme zum Beispiel mit Ihrem Auto gehabt; denn dann wüssten Sie, dass sich das Kraftfahrzeuggewerbe momentan vor Aufträgen gar nicht retten kann und die Wartezeiten in den Werkstätten lang sind. Für betroffene Autofahrer und Autofahrerinnen ist das kein Spaß. Aber dass die Werkstätten und die Baustellen jetzt brummen, das ist gut, und das sei ihnen auch gegönnt.

Es ist klar, dass es in Coronazeiten mit hohen Coronainzidenzen und harten Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen für viele Branchen erhebliche Einbrüche gab. Das gilt natürlich und vielleicht insbesondere für das Handwerk. Aber ebenso klar ist, dass wir noch eine Zeit brauchen werden, bis sich die Märkte von den Folgen der Pandemie erholen. Dafür unterstützen wir die Unternehmen und vor allen Dingen das Handwerk. Ich erinnere an Überbrückungshilfen, Steuerstundungen, Kurzarbeitergeld, Härtefallregelungen, Neustarthilfen und noch vieles mehr. Wir haben diese Hilfen immer wieder verbessert, verlängert und den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst.

Ich möchte nun auf einige Ihrer 26 Forderungen eingehen, die Sie, liebe FDP, in Ihrem Antrag stellen. Sie wünschen sich zum Beispiel eine E-Government-Strategie. Genau dafür haben wir in dieser Woche die Weichen mit dem Zweiten

Open-Data-Gesetz gestellt. Open Data wird in Zukunft einen hohen Stellenwert für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche haben. Sie wünschen sich ein Einwanderungsrecht nach Punkten für Gutqualifizierte wie in Kanada, die Aufwertung von Mini- und Midijobs und die Vereinfachung der Arbeitszeitdokumentation im Zusammenhang mit dem Mindestlohn. Meine Damen und Herren von der FDP, wir halten mehr davon, zum Beispiel Geflüchtete zu integrieren. Hier ist gerade das Handwerk vorbildlich. Kein Wirtschaftsbereich hat so viel für die Integration der Menschen getan wie das Handwerk. Wir sind froh über junge Leute, die sich so gut integrieren, und wir brauchen sie. Das klappt auch ohne Punktesystem. Was nicht klappen wird, ist die Aufwertung von Mini- und Midijobs; denn sie zementieren den Niedriglohnsektor, garantieren Altersarmut und führen nicht zu mehr Weiterbildung und Qualifizierung. Sie sind nicht krisenfest, wie Corona gezeigt hat. Minijobber waren die ersten, die entlassen wurden; schauen Sie nur mal ins Gastgewerbe. Minijobs gehören mit Übergangsfristen umgewandelt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen.

Meine Damen und Herren, die Arbeitszeitdokumentation ist in vielen Bereichen längst digitalisiert, und es genügen formlose Nachweise. Natürlich muss man beim Mindestlohn und gerade bei den Minijobs nachweisen, wie viele Stunden wann und wo gearbeitet worden ist. Das ist doch selbstverständlich.

Selbstverständlich sollte es auch sein, sich bei einer so umfassenden Betrachtung des Handwerks den Ausbildungsmarkt anzuschauen. Merkwürdigerweise erwähnen Sie das Thema Ausbildung nur am Rande und gehen mehr auf Aufstieg, Exzellenzinitiativen und berufliche Bildung ein, was natürlich grundsätzlich richtig und wichtig ist. Aber aktuell ist eben die Ausbildungssituation das Problem; hier brennt es derzeit. Ohne Azubis keine zukünftigen Facharbeiter, ohne Azubis keine Zukunft im Handwerk – da müssen wir gegensteuern, und das tun wir auch. Es fehlt an Ausbildungsplätzen und an Bewerberinnen und Bewerbern. Das war übrigens auch vor der Pandemie schon ein Problem. Die Berufsberater konnten pandemiebedingt nicht in die Schulen, es konnten keine Ausbildungsmessen stattfinden, Schüle-

rinnen und Schüler konnten keine Praktika absolvieren. Das alles hat gefehlt. Deshalb hat Hubertus Heil im Schulterschluss mit den Wirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften und der Bundesagentur für Arbeit die Allianz für Aus- und Weiterbildung initiiert. Das ist ein Matching-Programm, mit dem Auszubildende und Unternehmen zusammengebracht werden. Es läuft unter dem Motto „Sommer der Ausbildung“. Außerdem haben wir das Bundespro-

Klaus Ernst, Die Linke:

Der Antrag geht an der Realität vorbei



Klaus Ernst (*1954)
Landesliste Bayern

Wir haben beeindruckende letzte Reden gehört. Das Problem ist, dass manche ihre letzte Rede halten und es gar nicht wissen. Ich hoffe, mir persönlich geht es nicht so, weil ich noch mal kandidiere. Das aber nur zum Anfang.

Ich möchte mich auch in der nächsten Legislatur gern noch mal mit der FDP streiten können, zum Beispiel über Anträge wie diesen, über den ich mich eigentlich freue, weil er Gelegenheit zur Diskussion bietet, aber dessen Inhalt ich schon sehr zweifelhaft finde.

Ich fange an mit Ihrer Forderung, den Soli abzuschaffen. – Sie klatschen. Dann klatschen Sie aber für diejenigen, die, wenn sie verheiratet sind und zwei Kinder haben, über 150 000 Euro verdienen. Ich habe den Eindruck: So viel verdient ein Handwerksmeister doch gar nicht. Wenn Sie das als großes Positivum für das Handwerk darstellen, dann oha!

Sie wollen auch den Körperschaftsteuersatz senken. Körperschaftsteuer zahlen Kapitalgesellschaften. Aber die meisten Hand-

gramm „Ausbildungsplätze sichern“ ausgebaut, unter anderem mit einer Verdoppelung der Ausbildungsprämien im kommenden Ausbildungsjahr von 2 000 auf 4 000 bzw. von 3 000 auf 6 000 Euro, wenn Betriebe ihre Ausbildungsplätze halten oder gar deren Zahl erhöhen. Meine Damen und Herren von der FDP, anstatt alle Forderungen, die Sie irgendwann einmal in dieser Legislatur erhoben haben, mit dem Besen zusammenzukehren und in einen Antrag zu schütten, hätten Sie doch einmal einen Antrag mit wirklich neuen Konzepten und Ideen für das Handwerk stellen können. Ich als gelernter Handwerker und Bergmann hätte mich darüber sehr gefreut. Herr Todtenhausen, ich weiß, wie Handwerker und deren Familien ticken; aber ich bin

auch Gewerkschafter. Wir lehnen Ihren Antrag ab; denn da ist einfach zu wenig für Arbeitnehmer drin und zu viel für Arbeitgeber.

Ich will mich an dieser Stelle noch einmal herzlich nicht nur bei den Handwerkerinnen und Handwerkern bedanken, sondern bei all denjenigen, die in Deutschland den Laden am Laufen halten. Dazu zählen ganz viele. Ich nenne beispielsweise die Verkäuferin oder den Verkäufer an der Kasse. Ich rede aber auch von denen, die ganz hart an der Front kämpfen, nämlich von den Pflegekräften in der Alten- oder in der Krankenpflege.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

werksbetriebe sind Personengesellschaften; denen nützt Ihre Forderung nichts. Ich habe den Eindruck: Sie haben diesen Antrag zusammengeschrieben nach dem Motto „Was wir immer schon mal sagen wollten“ und schreiben darüber „Heute fürs Handwerk“. Aber das ist nicht innovativ, Herr Todtenhausen; das ist leider sehr, sehr rückwärtsgerichtet.

Meine Damen und Herren, besonders interessant ist auch ihre Forderung, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Wenn Sie die Gewerbesteuer abschaffen, haben die Kommunen weniger Einnahmen. Selbst wenn Sie Ausgleichszahlungen über andere Steuern vornehmen, führt das zu einer Konkurrenz der Kommunen untereinander; sie würden in einen Unterbietungswettbewerb eintreten. Jetzt lese ich, dass vom Sanitär- und Heizungshandwerk gefordert wird, einen kommunalen Investitionsfonds zu etablieren. Sie müssen mir mal erzählen, wie das gehen soll. Sie fordern auf der einen Seite weniger Steuern für diejenigen, die sie eigentlich zu zahlen hätten, auch Ihr Klientel. Auf der anderen Seite aber soll die öffentliche Hand mehr Geld ausgeben, zum Beispiel für einen solchen Fonds. Ein solcher Fonds ist richtig; aber das geht nicht mit Voodoo-Ökonomie. Sie müssen sagen: Wir wollen mehr Steuern, damit wir auch für solche Dinge Geld ausgeben können. Das machte Sinn fürs Handwerk, anderes aber leider nicht.

Meine Damen und Herren, einen Punkt möchte ich noch ansprechen, nämlich die Arbeitsbedingungen und die Löhne. Ich ha-

be am Montag bei einem parlamentarischen Abend mit den Heizkesselbauern diskutiert. Dort hat mir ein Meister Folgendes erzählt: Herr Ernst, ich bin in meinem Betrieb der Oberaffe. Ich arbeite; aber ich habe den Zugang zur Bananenstaude. Den haben meine Mitarbeiter oft nicht. Ich möchte dazu beitragen, dass auch sie den Zugang zur Bananenstaude haben. Denn nur wenn die Beschäftigten im Handwerk eine Perspektive haben, wenn sie Tarifverträge haben, wenn sie vernünftige Arbeitszeiten haben, wenn sie vergleichbare Bedingungen vorfinden und sie nicht im Vergleich zur Industrie bei gleicher Tätigkeit 20 Prozent weniger verdienen, weil Tariffucht betrieben wird, hat auch das Handwerk eine Zukunft. – Leider steht in Ihrem Antrag dazu überhaupt nichts drin. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, ob es nicht sinnvoll wäre, die Bedingungen zu ändern und zum Beispiel eine Allgemeinverbindlichkeit bei Tarifverträgen herzustellen, damit wir die Bedingungen im Handwerk durch mehr Beschäftigte und bessere Arbeit tatsächlich verbessern können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) und Andreas Lenz (CSU).

leicht
erklärt!

Arm und Reich in Deutschland

Was bedeutet das?



Thema im Bundestag



Letzte Woche hat der Bundestag über folgendes Thema gesprochen:
Wie arm oder reich sind die Menschen in Deutschland?

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden im Text zum Beispiel beantwortet:

- Was ist Armut?
Was ist Reichtum?
- Wie findet man heraus, ob jemand arm oder reich ist?
- Was kann man gegen Armut in Deutschland machen?

Arm und reich



In Deutschland leben Menschen, die ganz unterschiedlich viel Geld zum Leben haben.

Für Politiker ist es wichtig, zu wissen, wie das Geld verteilt ist.



Sie wollen wissen, wie viele sehr reiche Menschen es gibt.
Und wie viele sehr arme.

Denn eine wichtige Aufgabe der Politiker ist: Sie sollen dafür sorgen, dass es so wenig arme Menschen wie möglich gibt.

Was ist Armut?

Wenn man wissen will, wie viele Menschen in einem Land arm sind, muss man das irgendwie feststellen.

Das ist gar nicht so einfach.

Man muss erst einmal überlegen:
Wann ist jemand eigentlich arm?

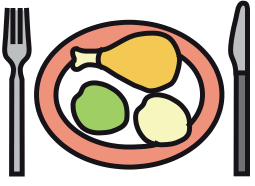
Darauf gibt es keine richtige Antwort.

Es kommt immer darauf an, was man unter Armut versteht.

In Deutschland geht man normalerweise von Folgendem aus:

Ein Mensch ist arm, wenn er nicht genug Geld hat, um die wichtigsten Dinge im Leben zu bezahlen.





Die wichtigsten Dinge sind vor allem Sachen wie Essen, Kleidung und eine Wohnung.

Ein Mensch gilt aber auch als arm, wenn er nicht genug Geld hat, um am Leben in einer Gemeinschaft teilnehmen zu können.

Wenn er also zum Beispiel nicht ins Kino oder Theater gehen kann. Oder wenn er kein Geld für Ausflüge hat.

Wenn man den Begriff „Armut“ so beschreibt, muss man Folgendes überlegen:

Wie viel Geld braucht man, um diese wichtigsten Dinge im Leben bezahlen zu können?

Häufig wird das folgendermaßen berechnet:

Man schaut sich an, wie viel Geld jeder einzelne Mensch in Deutschland zum Leben zur Verfügung hat.

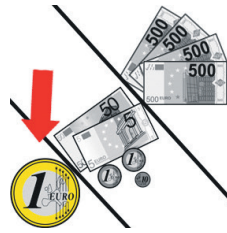
Das wird auch für Kinder berechnet, die ja kein eigenes Geld verdienen. Ihr Geld wird darum aus dem Verdienst ihrer Eltern berechnet.

Man hat dann also eine Liste. Die geht von den Leuten, die sehr wenig Geld zur Verfügung haben, bis zu den Leuten, die sehr viel Geld zur Verfügung haben.

Dann schaut man, welche Geld-Summe auf der Liste in der Mitte liegt.

Das ist das so etwas wie der normale Verdienst.

Die eine Hälfte der Menschen in Deutschland hat mehr Geld zur Verfügung. Die andere Hälfte hat weniger Geld zur Verfügung.



Dann sagt man:

Wer deutlich weniger als diesen normalen Verdienst hat, ist arm.

Oft sagt man: Wer weniger als 60 Prozent von diesem Verdienst hat, ist von Armut bedroht.

In Deutschland ist das im Moment bei ungefähr 1200 Euro oder weniger im Monat der Fall.

Was ist Reichtum?

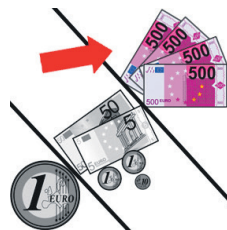
Ähnlich wie Armut wird auch Reichtum beschrieben.

Als reich gilt jemand, der deutlich mehr Geld als den normalen Verdienst zu Verfügung hat.

Oft sagt man: In Deutschland ist jemand reich, wenn er das doppelte vom normalen Verdienst zur Verfügung hat.

In Deutschland sind das im Moment ungefähr 4000 Euro oder mehr im Monat.

Aber auch zu dieser Beschreibung gibt es unterschiedliche Meinungen.



Der Bericht der Bundes-Regierung

Armut und Reichtum in einem Land werden oft ganz genau beobachtet.

Zum Beispiel untersuchen Forscher immer wieder, wie viele Menschen arm oder reich sind.

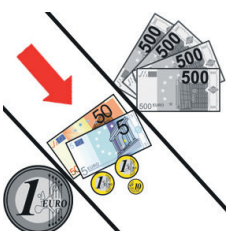
Auch die Bundes-Regierung schaut sich dieses Thema regelmäßig an.

Alle 4 Jahre schreibt sie einen langen Bericht.

Darin geht es um viele verschiedene Themen.

Neben den Themen Geld zum Beispiel auch um:

- Arbeit
- Gesundheit
- Ausbildung
- Wohnen





Denn auch diese Themen haben einen wichtigen Einfluss auf Armut und Reichtum.

Das Ziel vom Bericht ist: Man will genau wissen, wie Armut und Reichtum in Deutschland verteilt sind.



Und welche Gründe es dafür gibt.

Mit diesem Wissen können die Politiker etwas gegen Armut tun.

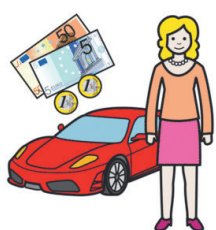
Letzte Woche hat der Bundestag über den neusten Bericht gesprochen.

Hier einige wichtige Ergebnisse:

Im Jahr 2019 waren ungefähr 16 Prozent der Menschen in Deutschland von Armut bedroht.

Also ungefähr 16 von 100 Menschen.

Diese Zahl wird seit Jahren immer ein wenig größer.



Es gibt auch immer mehr reiche Menschen in Deutschland.

Das bedeutet dann: Der Abstand zwischen armen Menschen und reichen Menschen wird in Deutschland größer.

Das kann ein Problem sein, denn es kann zu Streit zwischen den verschiedenen Gruppen führen.



Ärmere Menschen haben schlechtere Chancen, ihren Arbeits-Platz und ihren Verdienst zu verbessern als reichere.

Das liegt zum Beispiel daran, dass sie nicht so gute Möglichkeiten für eine Ausbildung haben.



Was kann man gegen Armut machen?

Wenn man etwas gegen Armut machen will, hat man verschiedene Möglichkeiten.

Hier ein paar Beispiele:

Gute Arbeits-Plätze

Die meisten Menschen in Deutschland verdienen ihr Geld durch Arbeit.

Wenige Menschen haben zum Beispiel so viel Geld, dass sie gar nicht arbeiten müssen.

Wenn die meisten Menschen ihr Geld durch die eigene Arbeit verdienen, dann kann man hier etwas gegen Armut machen.

Viele Experten sagen:

Möglichst viele Menschen in Deutschland müssen einen Arbeits-Platz haben.

Das reicht aber noch nicht.

Wichtig ist auch: Die Arbeit muss gerecht bezahlt sein.

Denn es gibt auch viele Menschen, die zwar arbeiten, damit aber nicht genug verdienen.

Damit möglichst viele Menschen gute Arbeit haben, sind vor allem 2 Dinge wichtig.

Zum einen muss es genug gute Arbeits-Plätze geben.



Der Staat kann zum Beispiel Firmen so unterstützen, dass sie mehr gute Arbeits-Plätze anbieten können.



Außerdem kann der Staat einen Lohn festlegen, den Arbeit-Nehmer mindestens bekommen müssen.



Eine Firma darf ihren Mitarbeitern dann nicht weniger zahlen. Mehr natürlich schon.

Das nennt man: Mindest-Lohn. So etwas gibt es in Deutschland.



Außerdem muss es auch gute Ausbildung geben.

Denn: Je besser jemand ausgebildet ist, desto bessere Chancen hat er auf einen guten Arbeits-Platz.

Deswegen ist es wichtig, allen Menschen gute Möglichkeiten für die Ausbildung zu geben.

Das fängt schon im Kinder-Garten an. Dann geht es weiter über die Schule bis hin zur Lehre oder Uni.

Unterstützung von Menschen ohne Arbeit



Viele Menschen sind von Armut bedroht, weil sie keine Arbeit haben.

In Deutschland hat der Staat die Pflicht, diesen Menschen zu helfen.

Zum einen muss er sie unterstützen, Arbeit zu finden.

Dafür gibt es zum Beispiel die Arbeits-Ämter.

Außerdem kann man vom Staat Geld als Unterstützung bekommen.

Damit sollen Menschen vor Armut geschützt werden.

Eine wichtige Frage ist deswegen: Wie viel Unterstützung vom Staat muss ein Mensch bekommen, damit er nicht arm ist?

Wie viel Geld muss er also bekommen, um die wichtigsten Dinge im Leben bezahlen zu können?

Über diese Geld-Summe wird in der Politik immer wieder gestritten.



Kurz zusammengefasst

2 wichtige Fragen in einem Land wie Deutschland lauten:

Wie viele Menschen sind arm?

Wie viele Menschen sind reich?

Als arm gilt man, wenn man zu wenig Geld hat, um die wichtigsten Dinge im Leben zu bezahlen.

Als reich gilt man, wenn man deutlich mehr Geld als einen normalen Verdienst zur Verfügung hat.

Die Bundes-Regierung schreibt alle 4 Jahre einen langen Bericht zu diesen Fragen.

Der neueste Bericht wurde letzte Woche im Bundestag besprochen.

Gegen Armut kann man verschiedene Dinge tun.

Man kann zum Beispiel dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen Arbeit haben.

Und dass sie mit dieser Arbeit genug Geld verdienen.

Manche Menschen haben keine Arbeit oder verdienen nicht genug Geld damit.

Die kann der Staat dann mit Geld unterstützen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Fotostand / Fotostand / K. Schmitt. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 26-27/2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 12. Juli 2021.